

rb Interview mit Minister Tsatsos, Griechenland

Studentenmagazin Oktober 1974 4. Jahrgang 1,— DM

rote blätter 20

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

**Vor der neuen
BAFöG-Runde**

**Tübingen:
450 von
Exmatrikulation
bedroht**


**Fotoreportage:
Baikal-Amur-
Eisenbahn**

**E. A. Rauter:
Arbeiter und
Wissenschaft**

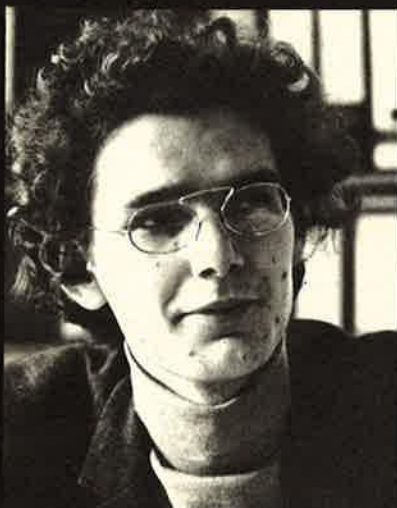
**Neues über
RCDS-Prozeß**

PORTUGAL

**FÜR
DIE
EINHEIT
VON
VOLK
UND
ARMEE**



**14 Seiten mehr:
Erstsemester-
Magazin**



Andreas Martin
Mitglied
des Bundesvorstandes
des MSB Spartakus

Vor der neuen BAFöG-Runde

Man spürt es am politischen Klima in unserem Lande: Es steht wieder eine Lohnrunde vor der Tür. Und mit ihr steht — zum zweiten Male in der Geschichte der demokratischen Studentenbewegung — eine neue BAFöG-Runde auf der Tagesordnung! Anlaß genug, sich die politische Landschaft etwas näher zu betrachten.

Bundesregierung und Unternehmerverbände starten gegenwärtig Tag für Tag heftige Angriffe auf die Gewerkschaften und die grundgesetzlich verbrieft Tarifaautonomie. Mit der konzertierten Aktion, mit der Demagogie von der Sozialpartnerschaft, die die Finanzmagnaten Schleyer und Abs in ein Boot mit dem um seinen Arbeitsplatz bangenden Automobilarbeiter setzen soll, und mit Lohnleitlinien sollen die berechtigten Forderungen nach einer spürbaren Erhöhung des Realinkommens unterdrückt werden.

In dieser Situation, in der zudem durch Kurzarbeit und Massenentlassungen die Folgen der Krise auf die Schultern der arbeitenden Menschen abgewälzt werden, versucht die herrschende Klasse ein Klima zu schaffen, in dem jede Forderung nach einer wirklichen Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten, der Lehrlinge, Schüler und Studenten als Verrat am angeblich gemeinsamen Ringen um mehr Stabilität, als Dolchstoß in den Rücken der sich angeblich um Eindämmung der Inflation mühenden Bundesregierung erscheinen. Auf diese Weise sollen besonders auch sozialdemokratische und liberale Anhänger der Regierung zur Zurückhaltung bewegt werden.

Aber damit nicht genug: Man versucht die Gewerkschaften als verfassungswidrig zu diffamieren, die Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung, nach Preiskontrolle und nach Überführung der Schlüsselindustrien in demokratisch kontrolliertes, gesellschaftliches Eigentum als grundgesetzwidrig hinzustellen.

Um das Bild abzurunden: schon drohen Regierung und Großkapital wieder offen mit Massenarbeitslosigkeit; man spricht vornehm von der „Gefährdung der Arbeitsplätze durch überhöhte Lohnforderungen“.

Solchermaßen verstärkter sozialer und politischer Druck hat natürlich auch seine Auswirkungen unter den Studenten. Auch ihnen sollen die Forderungen nach 600 DM Höchstsatz und 1200 DM Elternfreibetrag, nach der ersatzlosen Streichung der Darlehensregelung als zu hoch und nicht in die gegenwärtige wirtschaftliche Landschaft passend erscheinen. Die verfaßte Studentenschaft soll ebenso wie die Gewerkschaften in die verfassungsfeindliche Ecke gestellt werden. VdS, ASTen und Fachschaften, die sich zu schlagkräftigen Kampfinstrumenten im Interessenkampf der Studenten entwickelt haben, sollen soweit als möglich völlig liquidiert werden oder durch Entzug des politischen Mandates kastriert und in die gesellschaftliche Isolation gedrängt werden. Denn wie wir hat auch die herrschende Klasse aus den Bewegungen der letzten Jahre, besonders natürlich aus der Sternmarschbewegung, gelernt. Sie weiß, daß es für die demokratische Studentenbewegung nur eine Chance gibt, Erfolge zu erringen: das Bündnis mit der Arbeiterbewegung! Deshalb auch will der Rektor der Uni Münster, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Münsteraner AStA gemeinsame Flugblätter mit dem DGB verbieten. Regelstudienzeit, Zwangsexmatrikulationen wie in Tübingen, Büchertisch- und Hörsaalverbote für Spartakusveranstaltungen wie in Marburg und München und als Kernstück dieser antidemokratischen Maßnahmen die Berufsverbote sollen ein übriges zur „Be-

friedung“ der Hochschulen tun.

Die Bundesregierung wird also ein lebhaftes Interesse daran haben, daß die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung zu hoch gegriffen scheinen, um Studenten und Bevölkerung gegeneinander ausspielen zu können. „Jetzt wollen die Studenten schon wieder mehr Geld, wo sie doch gerade erst eine Erhöhung zugestanden bekommen haben; und das in einem Moment, in dem doch alle etwas zurückstecken müssen“, ist eine auf den ersten Blick sehr eingängige Argumentation, die die Regierung auf jeden Fall gegen uns auffahren wird. Dieser Demagogie müssen wir nicht nur dadurch begegnen, daß man aufzeigt, daß das BAFöG hinten und vorn nicht ausreicht, wie selbst die Bundesregierung in ihrem Bericht über die soziale Lage der Studenten zugibt, wenn sie dort sagt, daß der Student heute mindestens 584 DM benötigt.

Ebenso notwendig ist es, deutlich zu machen, daß die Regierung offensichtlich den Arbeiterkindern zunehmend die Chance nehmen will, an einer Hochschule zu studieren. So haben auf einer Klausurtagung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft die Ministeriumsspitzen festgelegt, daß der Kreis der Geförderten auf keinen Fall erweitert werden solle. Im Gegenteil, dadurch, daß man in den nächsten Jahren bei den nach dem Gesetz fälligen Anpassungen der BAFöG-Richtsätze an die inflationäre Entwicklung den Elternfreibetrag stagnieren lassen will, wird mit jeder Lohnerhöhung die Zahl der Geförderten kleiner werden, immer weniger werden den vollen Höchstsatz erhalten.

Die herrschende Klasse hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht! Überall in den Hochschulen der Bundesrepublik wächst die Unzufriedenheit der Studenten über ihre katastrophale soziale Lage, über die materielle Misere und die chaotischen Studienbedingungen. Es gibt vielmehr die große Chance der Verbreiterung der Studentenbewegung, der Verbreiterung durch all jene, die bislang Hoffnungen auf Reformen von oben hatten und denen jetzt die Augen aufzugehen beginnen über das Treiben der großen Konzerne und ihrer Regierung.

Rubrik	Titel	Rubrik	Titel
4 Briefe		29 Erstsemestermagazin	Tips von A-Z Ist die Studentenbewegung tot? AStA, Fachschaften, vds Studium — was kann man machen Zum Studienbetrieb Warum noch nicht im MSB — warum doch!
6 politik aktuell	BDA-Papier Chile — Der Terror geht weiter Vietnam Automobilkrise Bankenkrach Berufsverbote: Nur Demokraten betroffen Die Fälscher sind unter uns	42	RCDS — gutes Verhältnis zu Faschisten . . .
12 rb Nachrichten		48 Sozialismus	Baikal — Amur Magistrale Polen — Polytechnik und Kultur- revolution DDR — Ferien im Sozialismus
4 Gastkommentar:	Martha Buschmann: Zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zu- sammenarbeit	56 Theorie	Vor dem Gewerkschaftsstaat?
16 Internationales	Griechenland — ein Neubeginn, rb Exklusiv — Interview mit Dimi- tris Tsatsos, Staatssekretär für Erziehung und Kultur im Minister- rang Portugal — Für die Einheit von Volk und Armee Chile: Pisagua — salziges Gefängnis	58	Verlag „Pläne“ stellt sich vor
26 Hochschule	Warum Minister Rohde schweigt Politik im Stil des HRG — 450 auf einen Streich Lebenshaltungsthermometer So nicht Herr Minister Hamburger Skandalurteil Gebührenverweigerung in NRW — wie geht es weiter Lehrlinge bei Rohde	60 rb Buch	Aus der Geschichte für die Gegenwart Der rote Großvater erzählt Resistance Interview mit Uwe Timm Wovon lebt ihr eigentlich?
		64 rb Kolumne	E. A. Rauter: Arbeiter und Wissenschaft
		66 rb Film	Effi Briest von Faßbinder
		67	Ergebnisse der Preisverlosung

rote blätter

Studentenmagazin
Organ des
Marxistischen Studentenbundes
SPARTAKUS
53 Poppelsdorfer Allee 58a
Tel. 0 22 21 / 63 12 02 / 03

Postadresse:
MSB SPARTAKUS Bundesvorstand
53 Bonn, Postfach

Herausgeber
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

Verantwortlich: Franz Hutzfeldt

Gestaltung: Friederike Görke

Fotos/Karikaturen Taroni, Scholz,
Rose, Polydor-Bild, Siegert

Anzeigenbüro: Ulrich Maske
2 Hamburg 76, Buchtstraße 12 a
Telefon (0 40) 2 29 84 83

Druck Plambeck & Co Druck und
Verlag GmbH
404 Neuss, Xantener Straße 7

Auflage 30 000, **Preis** 1,— DM

Erhältlich bei jedem SPARTAKUS-Bücher-
tisch oder beim MSB SPARTAKUS-Bun-
desvorstand Bonn

Namentlich gekennzeichnete Artikel kön-
nen, müssen aber nicht die Meinung der
Redaktion wiedergeben.

Abdruck nur mit Quellenangabe und 2
Belegexemplare an die Redaktion.
Ein Abonnement kostet für 8 Ausgaben
einschl. Porto 8,44 DM. Bestellungen an
den Verlag.

Wir empfehlen allen Lesern die Beilagen
der Deutschen Volkszeitung, der Zeit-
schriften päd extra und nachrichten (letz-
tere nur einem Teil der Auflage beilie-
gend).

briefe

Immer noch erreichen uns viele Leserbriefe zur neuen Konzeption der roten blätter mit zahlreichen Vorschlägen:

...man kann die Fotos nämlich bis an die Schnittkante laufen lassen, was Größe ermöglicht. Man kann große Überschriften in Negativ in die Fotos, dort, wo sie dunkel sind, einkopieren. Das geht prima, da Ihr die Verwendung von Negativschriften (auf Schwarz) schon ganz wunderbar einsetzt (zum Beispiel auf dieser Büchertippseite!). Auch ist das Layout noch großzügiger geworden, was die Kollegen und Genossen hier außerordentlich begeistert. Und auch inhaltlich werdet Ihr dem Magazin-Anspruch (durch Themenwahl wie durch Sprache) wirklich gerecht. Vielleicht sollte und könnte man noch mehr Autoren wie den Kroetz heranziehen. Ich denke da an Herburger, Jens Hagen, Wallraff und solche Leute.

Stefan Siegert, Hamburg



Glückwunsch zu den beiden letzten Nummern der rb. In der etwas gelockerten Aufmachung (inhaltlich, stilistisch und vom Layout her) kommen die rb sicher bei noch mehr Studenten an als bisher.

Uwe Naumann, Hamburg

Wir möchten uns hier einmal kritisch mit den roten blättern 18 auseinandersetzen.

Uns ist beim Studium der Mai/Juni-Ausgabe aufgefallen, daß sie keinen größeren Beitrag zum HRG enthält; und das zu einem Zeitpunkt, wo am 30. Mai zentrale HRG-Demonstrationen stattfanden. Abgesehen davon ist der Kampf gegen das HRG doch wohl der politische Schwerpunkt dieses Semesters, so daß es uns unverständlich erscheint, daß in den rb (auch in den letzten) relativ wenig dazu steht. Dabei kann es durchaus politisch ausgewiesen sein, daß auf der Titelseite offen der Hauptstoß gegen die reaktionärsten Teile der Bourgeoisie (z. B. RCDS) gerichtet wird, aber im Gesamthalt der rb muß das HRG entschieden mehr berücksichtigt werden. Dies ist auch gerade deshalb wichtig, weil wir im Kampf gegen das HRG endlich mal zu einer längerfristig kontinuierlichen Arbeitsweise kommen müssen.

Vielleicht werdet Ihr einwenden, daß Ihr gerne mehr zum HRG bringen würdet, wenn Ihr mehr Arbeitsberichte von der Basis hättet. Wir meinen aber, daß doch gerade der noch teilweise schleppende Arbeitsstil im Kampf gegen das HRG zeigt, daß noch etliche ideologische Aufklärungsarbeit zum HRG geleistet werden muß, um eben zu zeigen, was das HRG für unsere Kampfbedingungen an den Hochschulen bedeutet.

In der Hoffnung, daß unsere Kritik Euch etwas nützt, verbleiben wir

MSB-Spartakus,
Gruppe Math.-Nat., Hamburg

rb gefällt mir in der neuen Aufmachung. Könntet Ihr nicht ab und zu Grafiken und Texte des Werkkreises abdrucken? Viele fortschrittliche Künstler und Künstlergruppen haben zur Chilesolidarität Grafiken und Plakate hergestellt. Wenn Ihr diese Grafiken sammeln würdet, könnte der MSB eine Wanderausstellung durch alle Hochschulen schicken. Viel Erfolg für die rb!

H. Schröter,
Dortmund-Berghofen

F. X. Kroetz über Alfred Tetzlaff

rote blätter 19



Ich möchte einige Verbesserungsvorschläge für die rb machen:

1. müßte es wie in elan eine feste Witzseite geben, mit Karikaturen, Zitaten etc.
2. In der sprachlichen Aufbereitung unserer Politik sollten noch mehr Möglichkeiten genutzt werden. Begriffe, die unter Genossen klar sind, werden für Unorganisierte noch viele Probleme auf und nicht immer ist ein Spartakist da, der mit ihnen lange Diskussionen führen kann. Es tut unserer wissenschaftlichen Weltanschauung und ihrer Terminologie ja keinen Abbruch, wenn wir uns bemühen, Begriffe an aktuellen Gegebenheiten klarzumachen und Formulierungen, die gemeinhin als „Hammer“ bezeichnet werden, rauslassen. Was natürlich nicht heißen soll, daß man Faschistenkollaborateure nicht mehr als solche bezeichnet, sondern daß man antimonopolistische Demokratie verdeutlicht etc.

Bei der Titelgestaltung könnte von elan abgesehen werden, er darf aber auch gern politischer sein.

Jürgen Schneider, Hamburg

Während meines Studiums seit Oktober vorigen Jahres habe ich des öfteren die „roten blätter“ gekauft; doch ehrlich gesagt, mehr aus Solidarität wegen der gleichen politischen Grundeinstellung.

Doch die Ausgabe 18 der „roten blätter“ fand ich über den genannten Grund hinaus so gelungen, daß ich mich trotz finanzieller Misere und Abonnements mehrerer fortschrittlicher Zeitungen hiermit entschieße, auch ein Abo der „roten blätter“ einzugehen.

Ich wünsche Ihnen, d. h. uns allen, viel Erfolg.

Gerda Konietzky, Bremen

die roten blätter werden immer besser, jetzt macht das Verkaufen noch mehr Spaß; wir erreichen mehr Kommilitonen. Das ist eine großartige Leistung. Solche Erfolge beflügeln unsere Initiativen, unsere Ideen.

Ich habe noch einige wenige Anregungen, die eventuell die roten blätter noch attraktiver für unsere Kommilitonen macht: Ausgehend von der Bedeutung von „Kultur als Waffe“ im Klassenkampf schlage ich vor, die roten blätter in jeder Ausgabe mit einem sogenannten „Polit-Poster“ von mindestens einer Doppelseitengröße zu ergänzen. Nach unseren Erfahrungen findet z. B. die „elan“ oder auch die „ran“ (des DGB) sehr viel Anklang damit.

Ich denke dabei als Vorschlag z. B. an die Auflage von sogenannten „Polit-Poster-Klassikern“ oder auch Großabdruck von Gedichten von Pablo Neruda oder auch von Brecht.

Ich schlage vor, daß solche „Polit-Poster“ auf Papier wie dem der Umschlagseiten gedruckt werden und in der Heftmitte eingeklebt werden können, oder man verbreitet das Umschlagblatt auf Doppelte und faltet das Polit-Poster hinten ein, so daß es leicht abgeschnitten werden kann.

Helmut Koch, Münster

rb 18, S. 41: Peter Schütt, Sozialistischer Realismus – Stählernes Korsett oder schöpferische Methode?

Es ist wohl selbstverständlich, daß innerhalb einer Kunstrichtung eine große Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Werken auftreten kann, jedoch sagt dies doch noch nichts über ein „freies“ oder gebundenes Kunstschaffen aus.

In dem Artikel wird davon gesprochen, daß sich die sozialistischen Künstler an der Wirklichkeit orientieren und damit die Zeitepoche im Werk des Schöpfers widerspiegelt wird. Zugleich werden die westlichen Kunstrichtungen unserer Zeit als bürgerliche, die Herrschaft der Bourgeoisie sichernde und vollkommen an das Individuum gebundene dargestellt, vollkommen mißachtend, daß die Kunst zu jeder Zeit die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegelt, sei es als herrschende Ideologie in Zeiten, als die Kunst nur einen geringen Autonomiegrad besaß, oder als Aufklärung bei Verschärfung der Widersprüche und Entwicklung der Gesellschaft. So kann die Kunst selbst im Surrealismus durch Form, In-Beziehung-Setzen der einzelnen Gegenstände usw. sehr wohl Irrationalität einer nach kapitalistischen Prinzipien geformten Gesellschaft darstellen. Es ist hier doch wohl die Einschätzung eines Werkes und nicht das Werk selber maßgeblich. Sozialistischer Realismus – dieser Begriff wird nicht in Frage gestellt. Ist es denn überhaupt

möglich, von Kunst und nicht von Massenproduktion zum einfachen Konsum zu sprechen, wenn sich ein Werk nicht von der Empirie, in der sie begründet ist, löst, gleichsam autonom über sie hinausgeht? Dazu ein Wort von Adorno: „Die Spannungsverhältnisse in den Werken kristallisieren sich rein in diesen und treffen durch ihre Emanzipation von der faktischen Fassade des Auswendigen das reale Wesen.“

Weiter darauf einzugehen, ist in einem Leserbrief nicht möglich, jedoch kann man von einem Artikel erwarten, daß er sich intensiver mit der gesamten Kunstproblematik auseinandersetzt — auch als Serie — und nicht platt und vordergründig die Errungenschaften der sozialistischen Kunst heiligt, was auch dem Titel nicht entspricht. Vielleicht würden sich dadurch viele meiner Einwände erübrigen. So jedenfalls ist die sozialistische Bewegung innerhalb der Studentenschaft nicht zu stärken!

Gerhard Kuck,
5144 Wegberg

rb 19, S. 48: Stefan Siegert,
Rund um den Ball, 2 WM —
Seiten für die Fans des heißen Leders.



Die „Humor“-Seite von Siegert war mir zu albrig (das soll wohl typisch deutscher Humor sein); mit dem Netzer-Interview kann meine Lachmuschel nichts anfangen. — Aber das alles nur am Rande; ansonsten wird mein Verhältnis zu den roten blättern immer besser (jetzt bereitet es Lust, sie zu verkaufen).

Wolfgang Herrmann, 2 Hamburg

rb 19, S. 34: Michael Willmes,
Sir Popper und der RCDS —
Politik auf wissenschaftlicher
Grundlage oder wissenschaft-
liche Verklärung der Politik

Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zu den „neuen rb“; das neue Konzept halte ich für einen echten Gewinn.

Kleiner Verbesserungsvorschlag: Im (Nr. 19) Theorie-Artikel „Sir Popper und der RCDS“, S. 36, linke Spalte unten wird von „der wissenschaftlich längst widerlegten“ Totalitarismustheorie gesprochen — ich halte hier eine Fußnote für erforderlich mit Verweisen auf Quellen, die sich intensiver damit befassen, um damit überzeugender zu wirken und „Indifferenten“ die Möglichkeit zu geben, sich damit auseinanderzusetzen und insofern ideologische Fortschritte zu machen.

Walter Kunzmann, Mainz

rb 18, S. 46: Klaus Peter
Zyweck, Entlarvende Realität
kapitalistischen Strafvollzugs.

Im großen und ganzen stimme ich Ihrer Besprechung zu, nur in einem Punkt muß ich sie als verfehlt betrachten: Was soll die kleinbürgerlich-puritanische Mockerei an sexuellen Darstellungen bzw. Erzählungen? — Die „auf billige Wirkung auf den Leser bedachten Szenen“ (Ihr Zitat), in dem zitierten Zusammenhang aber eigentlich „Erzählungen“, habe ich anders verstanden. Oder haben Gefangene keine sexuellen Probleme, oder dürfen solche — Ihrer Meinung nach — nicht dargestellt werden? Ob Gefangene so sprechen, oder ob sie gelesene Pornoliteratur so erzählen, kann ich nicht beurteilen. Auf jeden Fall geht eine Kritik, die da nur „marktgerechte, verkaufbare Ware“ (natürlich soll das Buch verkauft werden) sieht, daneben.

Der letzte Absatz macht vieles wieder gut, aber trotzdem, was soll der Puritanismus?

Hans Jürgen Stöppler,
6336 Solms/Lahn

rb intern

Mit dieser Ausgabe der roten blätter erscheinen wir zum ersten Mal im Dortmunder Weltkreis-Verlag. Die schnelle Steigerung der Auflage und Verbreitung, die hohe Zahl der Abonnenten war anders nicht mehr zu bewältigen. Im Weltkreis Verlag erscheint unter anderem auch das sozialistische Jugendmagazin elan. Durch die Übernahme in den Verlag und den damit möglich gewordenen Postvertrieb konnte der Abonnentenpreis auf 8, 44 DM einschl. Porto für 8 Ausgaben gesenkt werden. Am Anfang wird es bei der Abonnentenbelieferung sicher noch Schwierigkeiten geben, zumal der volle Postvertrieb erst mit der Ausgabe 21 beginnt. Wir bitten darum bei Verzögerungen alle Leser um Verständnis. Anfragen bei Lieferungsschwierigkeiten sind bitte an den Verlag zu richten.

Der RCDS - Prozeß läuft weiter (siehe Bericht im Heft). Jede politische und sachliche Auseinandersetzung mit unserer Dokumentation ist bislang von den Jüngern der CDU/CSU unterblieben. Statt dessen hat der RCDS 3 Monate nach Erscheinen unserer Dokumentation Strafanzeige gegen den Bundesvorsitzenden und einige Bonner Genossen gestellt, die die roten blätter verkauften. Unser Beweismaterial ist selbst für bürgerliche Gerichte schlagkräftig. Darum sehen wir auch diesem Prozeß ruhig und gelassen entgegen.

+

+++++

Dieses Heft hat ausnahmsweise 16 Seiten mehr für das Erstsemestermagazin. Trotz der über 60 % gestiegenen Papierpreise können wir den Preis zur Zeit noch halten. Wie lange wissen wir nicht. Darum sind die Spendenabonnements (siehe Aufruf im Inneren des Heftes) besonders wichtig. Jedes Spendenabonnement trägt dazu bei den noch immer sehr sozialen Preis der roten blätter zu halten.

Automobilkrise

DKP: Arbeiter-Sofortprogramm

Die Automobilindustrie der Bundesrepublik steuert einen radikalen Abbau der Beschäftigtenzahlen an. Trotz Kurzarbeit und Verringerung der Belegschaften durch Einstellungsstopp und sogenannte Kündigungsverträge waren Ende Juli 195 000 Kraftfahrzeuge bei den Autowerken und Händlern auf „Halde“. Die Auftragseingänge lagen um zehn Prozent unter dem Vorjahr. Angesichts dieser Entwicklung halten mit Ausnahme von Daimler-Benz — alle BRD-Automobilwerke Produktionsverringern ausschließ- lich durch Kurzarbeit nicht mehr für ausreichend. Bis zum Jahresende sollen daher die Belegschaften um 20 000 bis 30 000 Arbeiter und Angestellte verringert werden. Die ausländischen Gesellschaften planen darüber hinaus, die in der BRD ansässigen Tochterbetriebe ganz oder teilweise stillzulegen.

Zur Sicherung der Gewinne, die zum Beispiel bei Opel im Durchschnitt 300 DM pro Kraftwagen betragen, ist auch die Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer in Erwägung gezogen. Nach dem Beispiel des Volkswagenkonzerns, der in Brasilien und Mexiko Zweigbetriebe unterhält, wollen auch die anderen Automobilwerke der BRD die niedrigen Löhne als Quelle für Extraprofiten nutzen. Das „Handelsblatt“ schreibt, daß die Automobilindustrie der BRD jetzt zum „Überdenken“ der Standortfrage gezwungen sei. Über kurz oder lang werde die Autoindustrie versuchen, in „fremden Ländern mehr noch als bisher Produktionsstätten zu errichten, nicht zuletzt wegen geringerer Kosten als im Inland“.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat Vorschläge unterbreitet, mit denen die Krisenfolgen von den Arbeitern und Angestellten abgewendet werden sollen. Diese Vorschläge sind das Ergebnis einer Automobilarbeiterberatung der DKP, an der in Hannover über 200 Ar-

beiter und Angestellte der Kraftfahrzeugindustrie teilnahmen.

Folgende konkrete Maßnahmen fordert die DKP in ihrem Sofortprogramm:

1. Spürbare Senkung der Lohnsteuer für kleine und mittlere Löhne und Gehälter, Abschaffung der Lohnsteuerprogression. Die Einkommen der Großverdiener und die Profite der großen Unternehmer sind stärker steuerlich heranzuziehen.

2. Gesetzliches Verbot von Massenentlassungen. Massenentlassungen als Ausdruck unternehmerischer Alleinbestimmung sind gesetzlich zu untersagen. Arbeitern und Angestellten, die gekündigt werden, ist bis zum Eintritt in ein neues, gleichwertiges Arbeitsverhältnis Lohn bzw. Gehalt aus Mitteln des Unternehmens weiterzuzahlen.

3. Weiterzahlung des vollen Lohnes bei Kurzarbeit. Auch bei Kurzarbeit muß das Unternehmen, das sie anordnet, für die Aufrechterhaltung des sozialen Standards der Betroffenen einstehen. Als erster Schritt, bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung dieser Frage, haben die betreffenden Unternehmen, die Kurzarbeit verfügen, sofort die Differenz zwischen dem bisherigen Lohn und dem Kurzarbeitergeld zu zahlen.

4. Unverzüglich ist die Bandgeschwindigkeit in den Montagehallen an die verringerte Absatzlage anzupassen. Diese Forderung, Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten bei vollem Lohnausgleich, die auf Belegschaftsversammlungen der Opel AG in Bochum von Betriebsräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Arbeitern erhoben wurde, ist eines von mehreren Mitteln im Kampf um sichere Arbeitsplätze.

5. Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und Verlängerung des Urlaubs. Auch diese tarifpolitischen Ziele sollten die Unterstützung finden, um Massenentlassungen zu verhindern.

6. Einführung einer wirksamen Investitionskontrolle. Ziel dieser Maßnahme muß sein, die weitere unkontrollierte Schaf-

fung von Überkapazitäten zu unterbinden und den Konzernen die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland wegen niedriger Löhne und höherer Profite zu untersagen.

Werner Cieslak, Sekretär des DKP-Parteivorstandes, betonte, diese Vorschläge zielten auf die Stärkung der Massenkraft. Angesichts der fortdauernden inflationären Entwicklung, der steigenden Leistungen der Arbeiter und Angestellten in den Produktionsstätten der Automobilindustrie und den ständig wachsenden Sozialabzügen seien spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen notwendig, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu erhalten und zu verbessern. Nur so könnten die Krisenerscheinungen in der Automobilindustrie, die typische Symptome einer Überproduktionskrise seien, von den Arbeitern abgewendet werden.

Die Forderungen, betonte Werner Cieslak, seien nur ein Sofortprogramm zur Abwendung der unmittelbaren Krisenfolgen. Die Arbeitsplätze könnten erst gesichert werden, wenn der antisozialen Machtpolitik der Konzerne ein Ende gesetzt werde. Die DKP wiederhole deshalb ihre Forderung nach Verstaatlichung der Automobilindustrie bei demokratischer Kontrolle.

Chile

Der Terror geht weiter

30 000 Menschen sind nach einem Bericht der Internationalen Kommission für Menschenrechte seit dem Putsch in Chile ermordet worden. Die Kommis-

sion bestätigte, daß ein Jahr nach dem faschistischen Umsturz eine neue Terrorwelle durch das Land geht. Allein in den vergangenen zwei Monaten wurden 20 000 Chilenen verhaftet. Eine Gesetzesänderung ermöglicht die Todesstrafe selbst bei geringsten Vergehen.

Jeder einigermaßen politische begründbare Fall wird vor ein Militärgericht gebracht. Die Zustände bei diesen Prozessen schildert ein Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ so: „Die Offiziersrichter haben meist vom Recht keine Ahnung, so daß die Prozesse im juristischen Sinne chaotisch ablaufen. Anwälte, die als Verteidiger auftreten, bemühen sich um einen einigermaßen geordneten Prozeßverlauf. Gelingt es ihnen, Anklagepunkte zu Fall zu bringen, wird nicht selten ein Urteilsspruch wegen eines Deliktes gefällt, das im Prozeß überhaupt nicht verhandelt worden ist... Von dieser Justiz ist keine Gerechtigkeit zu erwarten. Die Angst geht um. Angst vor Verhaftung, die Angst vor Folterung, die Angst vor solchen Prozessen. Ein Verteidiger sagt: „Ich hatte bisher keinen Klienten, der nicht gefoltert worden ist.“

Durch die brutale Unterdrückung ist das geistige Leben in Chile gelähmt. Die Büros der Zeitungen der Linken wurden in Brand gesteckt, alle Zeitungen und Rundfunkstationen verboten außer denen, die bedingungslos die Junta unterstützen.

Zahlreiche Journalisten wurden verhaftet und ermordet. Der chilenische Rundfunk- und Zeitungsredakteur Ivan Ljubetic, der in den Gefängnissen der Junta gesessen hat, berichtete bei einer Pressekonferenz am Jahrestag des Putsches über die Lage seiner Kollegen. In Santiago erscheinen zur Zeit nur



vier Zeitungen. Nicht nur die Organe der Parteien der Unidad Popular dürfen nicht mehr erscheinen, sondern auch Blätter wie die von der Nationalen Partei herausgegebene „Tribuna“ oder „La Prensa“ von der christlich-demokratischen Partei. Rundfunkstationen und Zeitungen, alle Kommunikationsmittel unterliegen einer scharfen Zensur. Wer in den Bibliotheken Zeitungen aus der Regierungszeit Allendes lesen möchte, muß seine Personalien angeben und wird auf einer Sonderliste erfaßt. Die Zeitung erhält er nicht. Von 4000 eingetragenen Journalisten sind über die Hälfte arbeitslos und müssen als Straßenverkäufer ihren Unterhalt verdienen. Die Unterdrückung der Presse ist derart brutal, das selbst die der Volksfront gegenüber feindlich eingestellte „So-ciaded Interamericana de Prensa“ erklärte, es gebe „keine Entschuldigung für die verhängte Zensur, die massive Sperrung von Zeitungen und Zeitschriften und noch viel weniger für die Verhaftung von Direktoren, Herausgebern und Redakteuren“. Um die internationale Berichterstattung über diese Verbrechen zu erschweren, hat die Junta jetzt eine Verordnung erlassen, nach der alle ausländischen Journalisten, die das Militärregime einmal kritisiert haben, an der Grenze verhaftet und bis zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt werden können.

Die wirtschaftliche Lage der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ist katastrophal. Die sozialen Errungenschaften der Allende-Regierung wurden abgeschafft. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Prozent. Gewerkschaften sind verboten, Löhne und soziale Bedingungen werden von der Junta festgesetzt. Dem ständig sinkenden Einkommen der Bevölkerung



Heinrich Gewandt, CDU-Bundestagsabgeordneter, im Gespräch mit Junta-Chief Pinochet: „Chile ist auf dem Weg, kreditwürdig zu werden.“

stehen rapide steigende Preise gegenüber. So kostete zum Beispiel ein Kilo Brot, das vor dem Putsch für elf Escudos zu haben war, heute 240 Escudos. Während die Preise für Grundnahrungsmittel um mehr als das Zweihundertfache stiegen, wurde der Minimallohn nur verdoppelt. Die Inflationsrate beträgt 173 Prozent und wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr 400 Prozent erreichen.

Der Grund für dieses wirtschaftliche Chaos ist das brutale Preisdiktat der Monopole, die sich jetzt für die Beschneidung ihrer Profite während der Regierungszeit der Volksfront an der Bevölkerung schadlos halten. Der Wirtschaftsminister der Junta gab zu, daß die Großkonzerne „ihre Verluste der drei Allende-Jahre innerhalb kürzester Zeit wieder hereinholen“ wollen (FAZ).

Der Terror und die verstärkte Ausbeutung treffen nicht nur den Arbeiter, sondern auch die Klein Händler und Mittelschichten. Viele haben ihre Stellung zur Volksfrontregierung heute geändert. So wurde zum Beispiel der Brief eines Führers der Lastwagenunternehmer bekannt, die mit ihrem Streik der Regierung Allende schwere Schläge versetzt hatten. In dem Brief, der an seine Schwester in Argentinien gerichtet ist, schreibt er, erst heute sei ihnen klar, auf wessen Seite sie gestanden hätten. Der Widerstand gegen die Junta wächst und umfaßt schon heute größere Teile der Bevölkerung als nur die Anhänger-schaft der UP.

Vietnam

Solidarität geht weiter

Rund zwei Jahre nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens häufen sich in der Presse der BRD Berichte über Vietnam. „Kommunisten treten in Vietnam zum Großangriff an“, verkündete die Welt. FAZ und andere Blätter schreiben regelmäßig über „Beschwerden“ der Saigoner Regierung über Vertragsverletzungen, die sie der Provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam und der Demokratischen Republik Vietnam zur Last legen. In zahlreichen Reportagen wird der Eindruck erweckt, besonders schrecklich sei für die Bevölkerung der Rückzug der US-Armee. „Seit dem Abzug der amerikanischen Truppen ist es schwieriger geworden, auf den Straßen Saigons das tägliche Reisschälchen zu füllen“, schreibt zum Beispiel der Bonner „General-Anzeiger“. „Die Menschen lachen kaum noch, sie sind mürrischer und schimpfen auf die Regierung und die Amerikaner, die sie im Stich lassen“. Das ZDF schließlich behauptete, das Abkommen habe nur bewirkt, daß jetzt über das Thema Vietnam geschwiegen werde. Die Weltöffentlichkeit habe ihr Interesse verloren, die gesamte Solidaritätsbewegung sei vergeblich gewesen.

Diese massive Propaganda soll zunächst einmal über die zahlreichen Vertragsverletzungen des Saigoner Regimes hinwegtäuschen. Allein vom 28. Januar bis zum 15. Dezember 1973 hat Saigon mehr als 300 000mal das Abkommen gebrochen, wie aus einem Gutachten hervorgeht, das die Vereinigung der Juristen der DDR, der Vietnamausschuß des Solidaritätskomitees und der Friedensrat der DDR bei der internationalen Vietnamkonferenz im Frühjahr dieses Jahres in Stockholm vorgelegt haben. Saigoner Truppen begingen 34 000 militärische Übergriffe auf befreite Gebiete, unternahmen rund 14 Bomben- und Aufklärungsflüge und beschossen 35 000mal Gebiet der RSV mit Artillerie. 216 Polizei- und „Befrie-

dungsaktionen“ wurden in diesem Zeitraum durchgeführt. Bei all diesen vertragswidrigen Aktionen wurden mehr als 6000 Zivilisten getötet. 200 000 politische Gefangene sitzen noch immer in den Gefängnissen und Konzentrationslagern der Saigoner Regimes, obwohl das Pariser Abkommen ihre Freilassung fordert. Dabei wird die Thieu-Regierung von den USA unterstützt, die allein im Rechnungsjahr 1973/74 zur Unterhaltung ihrer in Südvietnam stationierten, als Zivilisten getarnten Militärbehörden 4,06 Milliarden Dollar ausgaben. Auch die Bundesregierung hat das Regime mit weiteren 40 Millionen unterstützt, während die Provisorische Regierung der RSV und die DRV nach wie vor nicht anerkannt werden.

Wenn Fernsehen und Zeitungen von der trostlosen Lage der Bevölkerung berichten, zeigen sie Bilder aus Saigoner Gebieten, die sie für das gesamte Land vorallgemeinern. Diese Darstellungen haben nichts mit dem Leben in den befreiten Gebieten gemein. So liegen zum Beispiel Berichte aus der Stadt Dong Ha vor, die von der PRR verwaltet wird. 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung konnten hier weder lesen noch schreiben. Innerhalb von zwei Jahren wurde das Analphabetentum fast überwunden.

Daß die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk nicht erloschen ist, beweisen die Erfolge, die der MSB Spartakus im Sommersemester 1974 in verschiedenen Städten mit Unterstützung anderer fortschrittlicher Organisationen durchgeführt hat. So wurden in Düsseldorf an einem Tag an einem Vietnam-Basar 450 DM eingenommen. Im Fachbereich Medizin-Psychologie in Marburg wurden fast 1000 DM gesammelt, aus Gießen wurden 500 DM auf das Konto der Hilfsaktion Vietnam überwiesen.

Stärke und Einheitlichkeit der Weltfriedensbewegung haben zugenommen. Wenn heute in der BRD eine starke und kontinuierliche Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk existiert, so ist das unter anderem auch ein Ergebnis der Erfahrungen, die die antiimperialistischen Kräfte in der Vietnam-Solidarität sammeln konnten. Für viele waren die Verbrechen der USA in Vietnam der erste Anstoß, über den „freien Westen“ nachzudenken, die kaltblütig dazu bereit war, ein ganzes Volk auszurotteten. Viele unterschiedlich denkende Menschen wurden im Kampf gegen die US-Aggression in Indochina zusammengeschlossen und kämpfen heute gemeinsam für ihre Interessen gegen das Großkapital.



BdA-Papier

Konzerne wollen die ganze Macht

Das Großkapital hat mitgeteilt, wie es sich die künftige Entwicklung in der Bundesrepublik vorstellt. In einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen“ hat der ehemalige SS-Mann Schleyer die Ansichten des BDA dargelegt. Zu einem Zeitpunkt, da immer größere Teile der Arbeiter und der Jugend grundlegende gesellschaftliche Veränderungen fordern, erheben die Konzerne den totalen Machtanspruch.

Eine „Woge von Kapitalismuskritik“ sehen die BDA-Bosse auf sich zukommen. Um diese wachsende Kritik am Profitsystem abzublocken, zeichnen sie in ihrer „Grundsatzklärung“ ein Bild des Kapitalismus, das ihn als die beste aller Ordnungen hinstellt. „Privates Eigentum und Verfügungsgehalt über die Produktionsmittel“, heißt es da, „sind keine gesellschaftsfeindlichen Einrichtungen zum Nutzen einer Minderheit, sondern die nachhaltigste Antriebskraft für die erfolgreiche Verbindung von privatem und sozialem Nutzen“. Das „Klischee vom Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital“ gehöre der Vergangenheit an, verkündet Hanns Martin Schleyer, der für die brutalen Aussperrungen der Arbeiter persönlich verantwortlich ist. Wer angesichts einer halben Million Arbeitsloser, ständig steigender Preise und der Krise in der Auto-, Bau- und Textilindustrie an den Vorzügen dieses Systems zweifelt, soll mit einer Freiheitsdemagogie bei der Stange gehalten werden, die in der selbstentlarvenden Feststellung gipfelt, daß „Freiheit und privates Unternehmertum untrennbar miteinander verbunden“ sind.

Kern der BDA-Erklärung ist die Forderung, die Macht des Großkapitals noch weiter auszubauen. Der Hauptstoß wird gegen die Gewerkschaften und die Tarifaufonomie gerichtet. So fordern die Sprecher des Großkapitals eine „Stärkung des staatlichen Schiedsrichters“ und verlangen für den Bereich des

öffentlichen Dienstes ganz unverblümt die Abschaffung der Tarifaufonomie. Offen erklären sie, es sei „eine vorrangige Notwendigkeit, die überzogenen Ansprüche und Erwartungen in der Bevölkerung nach unten statt nach oben zu orientieren“. Im Klartext: der Reallohn soll noch weiter gesenkt werden.

Zugleich wird massiver Abbau der Sozialleistungen gefordert. Man müsse „prüfen, ob man auch künftig, wie beispielsweise in der Gesundheitssicherung, jede geringfügige Inanspruchnahme von Leistungen weiterhin der Gesellschaft oder besser dem einzelnen selbst zumutet... Ob es nicht angezeigt ist, das gegenwärtige Rentenniveau zu stabilisieren und außerdem der persönlichen Initiative Chancen für die Aufstockung zu eröffnen“. Kranke sollen ihre Behandlung selbst bezahlen, die Renten eingefroren werden.

Die demokratische Bildungsreform wird selbstverständlich bekämpft. Die Berufsausbildung soll in „Eigenständigkeit und Eigenverantwortung des Betriebs als Bildungsträger“ verbleiben, die integrierte Gesamtschule wird abgelehnt, ebenso die integrierte Gesamthochschule. Der „Praxisbezug“ — die auf die Profitinteressen des Großkapitals ausgerichtete Hochschulausbildung — soll ausgebaut werden. Schüler und Studenten sollen sich in „bestehende Ordnungsverhältnisse einfügen“.

Um dieses reaktionäre Programm verwirklichen zu können, blasen die Unternehmerverbände zur Jagd auf alle demokratischen Kräfte. „Gefahr“, erklärte Schleyer, „droht heute nicht nur von jenen extremen politischen Kräften, die sich die sogenannte Systemveränderung zum Ziel gesetzt haben... Gefahr geht nach unserer Auffassung auch von einer Politik aus, die den Sozialismus auf Raten einführen will“. Als Beispiel dafür nennt er die Mitbestimmung, die er direkt in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit rückt. Er warnt vor der „Gefahr eines Gewerkschaftsstaates“, in dem „auch die politische Freiheit in Gefahr“ wäre.

Während sich diese Attacken der Unternehmerverbände gegen diejenigen Kräfte richten, die für die Überwindung des kapitalistischen Systems eintreten, ebenso gegen die Gewerkschaften und auch gegen die sozialreformerischen Kräfte in der SPD, wird der SPD-Führung wie auch der CDU/CSU die Zusammenarbeit angeboten. So heißt es: „Eine Politik, die sich an den Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung überzeugend orientiert und deren Fortentwicklung mit Augenmaß betreibt, wird die Unternehmerschaft... nachhaltig unterstützen.“ Damit ist die Politik aller Bonner Parteien einschließlich

der SPD-Führung abgedeckt. Und während CDU-Generalsekretär Biedenkopf fordert, Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst vom Bundestag ratifizieren zu lassen, während er eine Kontrolle der „übermächtigen Gewerkschaften“ fordert, greift auch Helmut Schmidt die Vorstellungen des Großkapitals auf und verlangt für den Bereich des öffentlichen Dienstes eine „Schiedsordnung, durch die Streiks möglicherweise verzögert oder gar vermieden werden können“.

Berufsverbote

Betroffen sind nur Demokraten

Der zur Ausschaltung demokratischer Kräfte aus dem öffentlichen Dienst der Bundesrepublik von den BRD-Ministerpräsidenten und dem damaligen Bundeskanzler Brandt im Januar 1972 erlassene verfassungswidrige Berufsverbotserlaß hat nahezu ausschließlich fortschrittliche Persönlichkeiten, „insbesondere Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei“ betroffen. Zu diesem Schluß kommt die „Frankfurter Rundschau“ in einer Untersuchung.



Nach Angaben des Blattes, das sich auf Recherchen in allen Bundesländern stützt, wurden bisher 97 Bewerber für den öffentlichen Dienst, Pädagogen, Juristen, Mediziner und Hochschullehrer, ihrer fortschrittlichen Einstellung wegen abgelehnt. Die Untersuchung der „Frankfurter Rundschau“ widerlegt eindeutig die Behauptung der Bundesregierung und der Innenminister der Länder, der Berufsverbotserlaß sei ein Instrument zum „Schutz der Verfassung“. Wie das Blatt schreibt, sind nur vier Mitglieder neofaschistischer Organisationen durch den Erlaß an der

Übernahme in den öffentlichen Dienst gehindert worden. In den Bundesländern Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind insgesamt 87 Ermittlungsverfahren gegen demokratische Persönlichkeiten „in der Schwebe“.

Der Bericht der „Frankfurter Rundschau“ gibt nur einen kleinen Ausschnitt des wirklichen Umfangs verfassungswidriger Maßnahmen wieder, die durch den Berufsverbotserlaß ausgelöst wurden. So sind seit dem Erlaß Zehntausende Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes durch Ministerialstellen und Verfassungsschutzämter „überprüft“ worden. Tausende wurden in „Anhörungsverfahren“ vernommen und mündlich und schriftlich veranlaßt, ihre Einstellung zu politischen Parteien und ihre persönliche politische Meinung darzustellen. In dem Bericht heißt es, mit 23 Fällen läge Hamburg bei der Anwendung der Berufsverbote an der Spitze. In den Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz registrierte die Zeitung jeweils 13 Fälle, in Nordrhein-Westfalen und Bayern jeweils 9, in Hessen 5 und in Niedersachsen „mindestens 4“. In Hamburg wurden außerdem fünf Verwaltungsangehörige entlassen und in Baden-Württemberg drei Beamte vom Dienst „suspendiert“.

Die Verschärfung der Berufsverbots-Praxis in der BRD haben Vertreter der CDU gefor-



dert. Der hessische Landesvorsitzende Dregger, CDU-Spitzenkandidat für die hessischen Landtagswahlen, erklärte, im Falle eines Wahlsiegs seiner Partei werde er dafür sorgen, daß „kein kommunistischer Lehrer bei mir eingestellt wird“. Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Schwarz, wiederholte in einem Rundfunk-Interview seine Erklärung, daß die CDU über den Bundesrat einen Verbotsantrag gegen die DKP formulieren werde, falls die SPD-Länderregierungen bei der Handhabung der Berufsverbote nicht auf CDU-Kurs einschwenken.



Gemeinsam

Wir können es schaffen!

„Wie soll ich 151 DM bezahlen?“ fragte Santiago, ein spanischer Kommilitone, als er vom neuen Mietvertrag erfuhr, den das Tübinger Studentenwerk allen Bewohnern des Internationalen Studentenwohnheimes zugeschiedt hatte. Die Frage ist wahrhaftig nicht unberechtigt. Santi muß jeden Pfennig zur Finanzierung seines Studiums selbst verdienen. Mal jobt er als Bedienung, mal gibt er Nachhilfeunterricht. „Wie sich's so gibt“, meint er schulterzuckend. Und wie ihm geht es vielen. Ismet jobt gerade am Band bei Daimler-Benz in Sindelfingen. In der Lackiererei. Nach der Schicht bringt er immer die Tüte Milch mit, die es dort zum Ausgleich für die gesundheitsschädliche Arbeit „umsonst“ gibt. Seit er vom neuen Mietvertrag gehört hat, fragt er sich, ob er ausziehen und in der Stadt ein Zimmer suchen soll. Doch da kommt schon der nächste Haken. Nur noch ein knappes Drittel der 16.000 Tübinger Studenten finden auf dem „freien Wohnungsmarkt“ in der Stadt eine Bude. „Was soll ich da machen?“ fragt er. Denn eins steht für ihn fest: „151 DM, das geht nicht, das werde ich nicht bezahlen können!“ Den deutschen Kommilitonen im Wohnheim am Heuberger Torweg geht es nicht viel besser. Viele bekommen - unter sozialen Kriterien aufgenommen - ganz oder teilweise BAFöG-Förderung, die hinten und vorne nicht ausreicht. Universitätspräsident Theis und den 1. Vorsitzenden des Studentenwerks, Kralewski, scheint dies alles wenig zu kümmern. Seit

April schon läuft ihr Versuch den „Studo“-Bewohnern - gegen die im Beirat des Studentenwerks gefaßten Beschlüsse - Mieterhöhungen aufzuzwingen. Und genau seit diesem Tag stehen die Studo-Bewohner im Mietstreik. Und immer noch stehen die alten Forderungen: 98 DM und keinen Pfennig mehr! Übernahme der Heimdefizite durch das Land, nicht über das ohnehin kärgliche BAFöG-Stipendium.

Doch jetzt „ließ Kralewski die heiße Phase einläuten“. Nachdem von den rund 200 Studo-Bewohnern nur 8 bereit waren, den neuen Mietvertrag zu unterschreiben, ließ er mitten in den Semesterferien, am 27. August an die „sehr geehrten Heimbewohner“ mitteilen: „Wir haben Sie hiermit aufzufordern, das von Ihnen bewohnte Zimmer unverzüglich zu räumen... bis spätestens Donnerstag, den 5. September 1974, vormittags 12.00 Uhr. Und: „Sollte die Räumung zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt sein, würde die gegen sie bereits vorbereitete Räumungsklage unverzüglich beim Amtsgericht Tübingen, eingereicht werden.“

„Wir werden uns auch jetzt nicht unterkriegen lassen, wenn gleich viele Studenten vor allem auch die ausländischen Kommilitonen durch die angedrohte Räumungsklage verunsichert sind“, erklärte Helga Kotthoff, Mitglied des Heimrates. „Und“ - fügte sie hinzu - „wenn wir es schaffen, die Tübinger Bevölkerung für unsere Forderungen zu gewinnen, dann wird es die Geschäftsführung des Studentenwerks schwer haben, ihre Politik durchzusetzen. Die Ortsgruppe der DKP hat sich mit unseren Forderungen nach sozial tragbaren Mieten solidarisiert! Jetzt wollen wir auch an die Gewerkschaft herantreten. Gemeinsam können wir es schaffen.“

Presse

Andere über uns

Frankfurter Rundschau

In die Diskussion um die umstrittene Familienserie „Ein Herz und eine Seele“ von Wolfgang Menge hat sich jetzt auch der Schriftsteller Franz Xaver Kroetz eingeschaltet. Unter dem Titel „Laßt doch den Tetzlaff sterben!“ schrieb er im Juni/Juli-Heft des Studentenmagazins „rote blätter“ einen Kommentar über die Alfred-Serie. Darin heißt es unter anderem: Heute habe ich nur eine Bitte an den Kollegen Menge: „Lassen Sie doch die Tetzlaffs mit einer

selbstgebastelten Bombe in die Luft gehen, und zwar so nachhaltig, daß sie alle tot sind.“

Im Ernst: Schriftsteller haben neben der allgemeinen, politisch-moralischen Verantwortung doch auch eine ganz direkte: die ihren Figuren selbst gegenüber.

Süddeutsche Zeitung —

... in „rote blätter“ verbreiteten Behauptungen untersagt, der RCDS betreibe gegen Bezahlung aus der Kasse der Großkonzerne eine Verherrlichung des in der Bundesrepublik herrschenden Systems, er betätige sich als „Polizeiaгент der Reaktion“ und führe Spitzelaktionen durch. Der Spartakus hatte sich in dem Verfahren auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen. Dagegen betonte das Gericht in seiner Urteilsbegründung, das Grundrecht der Pressfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung fänden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Vorwärts —

In Bonn sehen die Roten schwarz und die Schwarzen rot. Franz Hutzfeldt, Redakteur des marxistischen Studentenmagazins „rote blätter“, hat in der jüngsten Ausgabe seines Blattes ein Sündenkonto des CDU-nahen Studentenbundes „Ring Christlich Demokratischer Studenten“ (RCDS) eröffnet. Zwei Jahre lang hat er Material über die unionstreuen Studiker gesammelt. Herausgekommen ist eine erschreckende Liste von seltsamen Machenschaften. Belegt hat Hutzfeldt sein Dossier mit zahlreichen Original-Zitaten. Dazu veröffentlichte er vertrauliche Rundschreiben im Original.

Deutsche Volkszeitung —

Stein des Anstoßes: Die Spartakus-Zeitung „rote blätter“ vom Mai dieses Jahres mit der knallharten Titel-Story „RCDS — keine Polizeiaagenten und Faschisten-Kollaborateure?“ Der hilflose Versuch des RCDS, die Auslieferung der „roten blätter“ gerichtlich zu unterbinden, mißlang. Aber auch der rechtlich teilweise erfolgreiche Prozeß und sein Ergebnis dürfte dem RCDS keine Freude machen. Die vom Spartakus ins Feld geführten Beweisstücke dürften vielmehr, wenn nicht die Richter, so doch die Studenten der Bundesrepublik in den kommenden Monaten eindringlich beschäftigen.

Nach den grauenhaften Schrecken des Hitler-Faschismus haben wir seit dem 5. August einen Studentenverband, dem ungezügelt ein „gutes Verhältnis zu

Faschisten“ nachgesagt werden darf. Mag man die übrigen Praktiken des CDU-Verbandes bewerten wie immer man will, für die politische Repräsentation dieser Gesinnung sollte kein Platz im Lande der Konzentrationslager von Dachau und Bergen-Belsen sein.



Zwei Solidaritäts-Postkarten für Chile hat der Werkkreis Literatur und Grafik der Arbeitswelt (Werkstatt Dortmund) herausgegeben. Sie können bestellt werden bei H. D. Gölzenleuchter, 463 Bochum, Hustadring 147.

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt —
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

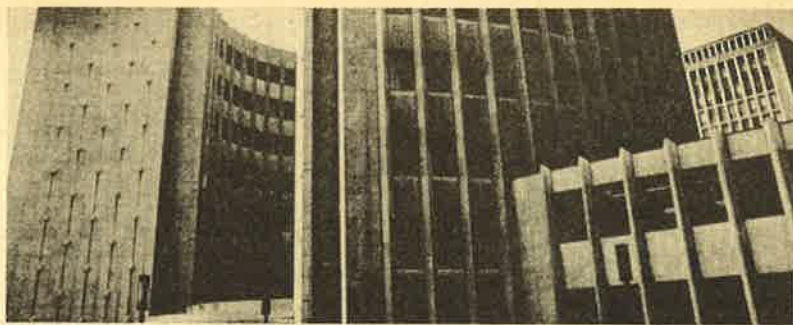
Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

weite Echo auf den Zusammenbruch einer mittleren Bank mit regional begrenztem Kundenkreis und Zweigstellennetz? Der „Fall Herstatt“ ist mehr als der Zusammenbruch einer Bank. Er hat schlaglichtartig die Labilität des kapitalistischen Währungs- und Finanzsystems erhellt.

Iwan David Herstatt, Angehöriger des „Kölschen Klüngel“, der eng verfilzten Oberschicht der Stadt, die vom Geschäftsleben über den Städtebau bis zum Karneval das Leben der Stadt beherrscht, gründete sein Bankhaus 1955. Die Rechtsform ist eine seltene Mischung aus Kommandit- und Aktiengesellschaft: Wie bei einer KG haftet ein Gesellschafter persönlich, also mit seinem gesamten Vermögen. Die übrigen Gesellschafter können nur bis zu Beträgen in Höhe des Grundkapitals herangezogen werden, wie bei einer AG.

Potenter Geldgeber, dessen Namen bei den Kunden Vertrauen erweckte, ist Hans Gerling, Inhaber des Gerling-Konzerns und mit einem geschätzten Privatvermögen von mindestens 800 Millionen DM einer der reichsten Männer der Bundesrepublik. Aber gerade er ist nur einfacher Aktionär und damit nur bis zur Höhe seiner Einlagen von 37 Millionen DM (das sind 81,4 Prozent der Aktien) verantwortlich. Persönlich haftender Komplementär ist Iwan Herstatt, dessen Privatvermögen angesichts der Verluste der Bank nicht ins Gewicht fällt. Der (relativ) mittellose Gesellschafter haftet also mit seinem Privatvermögen, während der eigentliche Geldgeber sich aus der Affaire ziehen kann. Dritter Großaktionär im Bunde ist mit fünf Prozent Herbert Quandt, dessen Vermögen auf 1,5 Milliarden DM geschätzt wird.

Mit den genannten Geldgebern im Rücken machte Herstatt manches gewagte Geschäft. Das „Handelsblatt“ schrieb, daß „der lebenslustige Iwan Herstatt bei der Liquidationsbeschaffung nicht gerade pingelig“ war und „häufig unkonventionelle Wege“ ging. Er hatte die Aufgabe, den Rahmen besonders riskanter Geschäfte für die Aktionäre abzuschöpfen, ohne daß diese allzuviel riskieren mußten. Insgesamt wurden in den letzten vier Jahren 17,34 Millionen DM Gewinn ausgeschüttet, wovon Hauptaktionär Gerling mehr als 14 Millionen eingestrichen hat. Solange diese Spekulationsgeschäfte Profite brachten, war die Bank für Gerling wertvoll. Als sich jedoch herausstellte, daß sie sich verspekuliert hatte, konnte er sich leicht mit den Großbanken einigen, die ohnehin an der Beseitigung eines Konkurrenten interessiert waren und darum auch nicht an einer durchaus möglichen Rettung der Bank interessiert waren. Offen wird von einer „Herstatt-Exekution“ durch die Großbanken gesprochen, die dabei sind, den Marktanteil risikolos zu über-



Die Zentrale des Gerling-Konzerns

nehmen. Mitwisser sind auch die Bundesbank und ihr Präsident Klasen, Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Bundesfinanzminister Apel sowie der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Münchmeyer, die seit Wochen über die umfangreichen Devisengeschäfte informiert waren.

Betroffen von dem Zusammenbruch sind in erster Linie die kleinen und mittleren Sparer. Herstatt galt als „Mittelstandsbank“. Bei der ohnehin schwachen Geschäftslage dürfte der Bank-Krach noch einige Pleiten in anderen Bereichen nach sich ziehen. Erstes Beispiel ist die Blatzheim AG, die mit 150 Beschäftigten am 26. Juni Konkurs anmeldeten. Darüber hinaus ist mittelbar jeder Kölner Bürger geschädigt, denn die Stadt Köln war mit 190 Millionen DM Haupteinleger. Die guten Beziehungen zwischen Herstatt und der Stadtverwaltung haben dabei sicherlich eine Rolle gespielt. Hart betroffen hat der Zusammenbruch die 800 Angestellten, die kaum eine Stellung im gleichen Beruf finden können. Der stellvertretende Amtsleiter des Kölner Arbeitsamtes bestätigte, daß der Arbeitsmarkt für die Betroffenen mehr als düster ist.

Die Geschäfte der Gerling-Bank liegen weitgehend im Dunkeln. Herstatt hat in den ersten Monaten des Jahres 1974 Devisen im Wert von fünf bis zehn Milliarden bewegt. Er rechnete wahrscheinlich damit, daß der durch die „Ölkrise“ bedingte Anstieg des Dollars weiter anhalten würde. Da jedoch der Kurs seit Anfang Februar ständig sank, hatte Herstatt sich im Devisengeschäft verspekuliert.

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Weltwährungssystems hat die festen Wechselkurse der westlichen Währungen beseitigt, so daß erhebliche Schwankungen immer möglich sind. Diese schwankenden Kurse und die Existenz eines Eurodollarmarktes — unkontrolliert „vagabundierende“ Gelder in Höhe von 150 bis 200 Milliarden Dollar, die sich jeder nationalen Kontrolle entziehen — eröffnen den Banken große Spekulationsmöglichkeiten. Für sie sind Kursschwankungen Quellen von Profit. Sie haben deshalb bis zu einem ge-

wissen Grad ein unmittelbares Interesse an der Krisenhaftigkeit des Zahlungssystems.

Kaum war der Zusammenbruch der Herstatt-Bank bekannt geworden, erklärten schon alle im Bundestag vertretenen Parteien, daß sie eine Verstaatlichung der Banken weiter ablehnen. Finanzminister Apel am 26. Juni: „Die Forderung nach Verstaatlichung des Kreditwesens steht im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung.“ Pleiten wurden als „systemnotwendig“ hingestellt (Helmut Schmidt), der Herstatt-Krach jedoch als „Einzelfall“ (Alwin Münchmeyer, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken).

Während Bundestagsparteien und Unternehmer sofort Positionen zur Verteidigung des Bankensystems bezogen, faßte der Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen der Deutschen Kommunistischen Partei folgende Entschloßung:

- Der Hauptaktionär Gerling muß mit seinem ganzen Vermögen für den entstandenen Schaden haften.
- Alle Sparguthaben sind sofort und unbeschränkt auszuzahlen.
- Alle Guthaben von Geschäftsleuten, Handwerkern, Klein- und Mittelbetrieben bis 100 000 DM müssen sofort verfügbar sein, damit nicht weitere Arbeitsplätze in Gefahr geraten.
- Zahlung von Entschädigungen und Übergangshilfen an die Belagschaft.
- Kontrolle der Konkursabwicklung durch die Gewerkschaft.
- Mitwirkung der Gewerkschaften bei der staatlichen Kontrolle über die Banken, damit die Guthaben von Millionen Arbeitern und Angestellten, die gezwungen wurden, Gehaltskonten bei Banken einzurichten, besser gesichert werden.
- Überführung aller Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle.

Eine Verstaatlichung der Banken bei demokratischer Kontrolle würde „zumindest einen Sektor“ den Profitinteressen der Konzerne entziehen. Die Stabilität des Geldes ist eine wichtige Bedingung der Sicherheit der Arbeitsplätze. Gerade für die exportabhängige Bundesrepublik wäre das Funktionieren des internationalen Währungs- und Finanzsystems lebenswichtig.



Bankenkrach

Labile Währung bringt Profite

Eine Reihe von Bankzusammenbrüchen erschüttert zur Zeit das kapitalistische Finanzsystem. Begonnen hatte die Pleiten-Serie am 26. Juni, als die Kölner Herstatt-Bank ihre Schalter schloß und Konkurs anmeldete. Der Grund: Rieserverluste bei Devisenspekulationen, die sich nach ersten Angaben auf rund 500 Millionen belaufen sollten. Die Pleite machte Schlagzeilen in der Weltpresse. Die Börsen reagierten mit teilweise erheblichen Kursrückgängen. Der offizielle Aktien-Index der Bundesrepublik erreichte sein Jahrestief. Aus London wurde ein „Herstatt-Schock“ gemeldet, die internationalen Finanzmärkte wurden von einer „Vertrauenskrise“ erfaßt. Weshalb dieses welt-

Die Fälscher sind unter uns

Blenden wir zurück. Am Beginn der letzten Lohnrunde standen Forderungen bis zu 20 Prozent und mehr. 18 Prozent verlangte zum Beispiel die IG Metall im Unterweserbezirk. Als die Karte des Streiks weniger als erforderlich, vor allem auch weniger als möglich ausgereizt wurde, als der Druck der veröffentlichten Meinung zunahm — gleichzeitig aber ebenfalls die Kampfbereitschaft der Metaller —, als sich schließlich die Regierung immer massiver in die Tarifautonomie einmischte, kamen Ergebnisse um die elf und zwölf Prozent zustande. In den Urabstimmungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der IGM fanden die Abschlüsse denkbar geringe Zustimmung. Begründet wurden sie, wie erinnerlich, vom Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, Eugen Loderer, mit „Vorleistungen an die Stabilität“. Mehr Stabilität für sichere Arbeitsplätze. Nun seien die Unternehmer am Zuge.

Wie sieht es heute aus? Hunderttausende Automobile stehen auf Halde. Wegen Unverkäuflichkeit. Den Rückgang des inländischen Absatzes seinerseits nahmen die Verantwortlichen bei VW, Ford, Opel und BMW zum Anlaß, Zehntausenden Arbeitern und Angestellten Kurzarbeit — also Lohneinbußen — zu verordnen. Gleichzeitig realisierten sie märchenhafte und nie gekannte Profite. Das liegt zum einen an Kapitalexpert und Betriebsverlagerungen in sogenannte Billiglohnländer, zum zweiten daran, daß die Summe, die wegen geringeren Inlandsabsatzes weniger anfällt, über Preiserhöhungen doppelt wieder hereingeholt wird. So schraubte VW in den vergangenen Monaten die Preise zweimal nach oben, und so kletterte bei Ford der Nettogewinn innerhalb von zwölf Monaten um ein gutes Drittel. Das kommt, weil der Preis im gegebenen Fall ein Monopolpreis ist, keiner Markt- oder sonstigen „äußeren“ Regulierung unterworfen. Das Monopol schafft sich seine eigenen Gesetze: Ist die Nachfrage steigend, gehen die Preise nach oben, zeigt sie eine sinkende



Mathias Dohmen

Tendenz ebenfalls. Kurz: Der Preis wird diktiert. Das ist eine auf Basis dieser Gesellschaftsordnung völlig natürliche und korrekte Entwicklung. Nur nebenbei sei festgehalten, daß der Lohnkostenanteil am Umsatz in der besprochenen Branche eine rückläufige Kurve zeigt. Das Nachsehen, siehe oben, hatten allein die Werkstätten, und hier vorzugsweise der Konsumgüterindustrien.

Dabei soll nicht außer acht gelassen werden: Hinter den er-



wähnten Erscheinungen der Automobilindustrie werden direkte Symptome einer Überproduktionskrise sichtbar. Deren Folgen sollen nun den arbeitenden Menschen aufgebürdet werden, ungeachtet der Umstände, daß gerade sie keinerlei Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Monopole, der Banken und des Staates haben und nach Meinung des Bundesverbandes der Unternehmer, BDA, schon die paritätische Mit-Bestimmung verfassungsfeindlich ist. (Daß diese Behauptung nicht grundgesetzkonform ist, steht auf einem anderen Blatt.)

Die „Lösungs“-vorschläge der BDA, die darauf hinauslaufen, die kommenden Lohnerhöhungen müßten „deutlich unter 10 Prozent“ ausfallen, würden mithin die Kaufkraft der Masse der Bevölkerung weiter drastisch nach unten drücken und weitere zehntausende Arbeitsplätze direkt gefährden, vor allem in den bisher schon stark betroffenen Branchen Metallverarbeitung, Bau, Textil und Leder. Denn jedes Prozent mehr oder weniger Lohn bedeutet gesamtwirtschaftlich 4,2 Milliarden DM mehr bzw. weniger Kaufkraft.

Es ist dabei typisch für die kleine radikale Minderheit von nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung, daß sie, assistiert von berufsmäßigen Roßtäuschern und Fälschern, mit der augenscheinlichen Unwahrheit hausieren geht, „jedes Prozent mehr“ gefährde die Arbeitsplätze und heize die Inflation an. Die Interessen dieser Klasse befinden sich, das wird hier in klassischer Weise deutlich, in einem unaufhebbaren Widerspruch zu den Interessen der arbeitenden Menschen und aller

übrigen Klassen einschließlich des nichtmonopolisierten Teils des Kapitals.

Dem IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er vor einigen Wochen erklärt hat, daß gerade ein Zuwachs an Kaufkraft die Arbeitsplätze sicherer macht. Es gibt keinen anderen Weg, die Lasten der Krise erträglicher zu machen. Solange die Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat nichts zu bestimmen hat, ist der Lohnkampf das wichtigste Mittel zur Abwehr der Angriffe des Großkapitals auf die Arbeits- und Lebensbedingungen. Dies setzt aktiven Klassenkampf von unten voraus. Gegen das Großkapital und seinen Staat, der sich in seltener Freimütigkeit während dieser Tarifauseinandersetzung auf die „andere“ Seite des Kapitals gestellt hat. Die Freimütigkeit ist dabei das Neue. Schließlich: Gesicherte Arbeitsplätze kann der Kapitalismus nicht bieten. Ein Recht auf Arbeit kennt nur der Sozialismus. Noch nicht willens und fähig, die Macht zu erobern, ist die Arbeiterklasse doch in der Lage, an der über einen längeren Zeitraum wichtigsten Front des Klassenkampfes der Reaktion Erfolge abzutrotzen. Den Arbeitern, Angestellten und ihren Gewerkschaften, die im Lohnkampf stehen, gehört die aktive Solidarität aller demokratischen Kräfte: Da die arbeitende Klasse der Hauptgegner des Konzern- und Finanzkapitals ist, muß jeder ihrer Teilsiege im Interesse der gesamten antimonopolistischen Sache sein.

nachrichten

Tausende Wohnungen stehen leer

Im mittleren Neckarraum (Reutlingen bis Heilbronn) stehen jüngsten Erhebungen zufolge rund 5000 Eigentumswohnungen unverkauft und leer. Allein in Stuttgart übersteigt ihre Zahl 600. 50 Prozent aller seit Jahresbeginn fertiggestellten Mietwohnungen sind noch nicht belegt. Dagegen sind beim Amt für Wohnungswesen der Stadt Stuttgart 15 000 Anwärter auf Sozialwohnungen registriert, unter ihnen 2500 junge Ehepaare, 1000 kinderreiche Familien, 3000 betagte Bürger und 2000 ausländische Arbeiterfamilien.

Eine der größten Wohnungsbau-gesellschaften der BRD, die „Neue Heimat“, hat 1974 in Baden-Württemberg nur 1500 Neubauwohnungen in Angriff genommen und damit ihre Bautätigkeit gegenüber 1970/72 um 40 Prozent gesenkt.

Der Mieterverein in Stuttgart erklärt, die Kapitalanleger würden die Wohnungen lieber leer stehen lassen, als die Mieten zu ermäßigen. Besitzer von Altbauwohnungen dagegen übten sich geradezu „im Kündigen und Räumungsklagen“. Die Wohnung werde dann „irgendwann ein bißchen renoviert und die Miete schwunghaft hochgetrieben“.

Neues Programm

„Menschen, Mäuse und Mone-ten“ heißt das neue Programm der Westberliner Polit-Rock-Gruppe Lokomotive Kreuzberg. Eine wütende Satire auf unsere Gesellschaft, eine Provokation für die Herrschenden in unserem Land, ein heftiger Appell an alle, die mit dieser Gesellschaftsordnung unzufrieden sind. Menschen, Mäuse und Mone-ten zeigt das Zusammenspiel von skrupellosen Geldmachern und doppelzüngigen Parlamentariern und zeigt die Leidtragenden in ihrem Kampf gegen die

organisierte Ausbeutung.

In einem Rechteck aus Aluminiumgerüsten wird das Stück gespielt. Es ist der gelungene Versuch, verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten wie Rocksong, politisches Lied, Szenen, Show, Sound und Theater zu verbinden.

Jeden Tag 19 Pleiten

Im ersten Halbjahr 1974 wurden bei den Amtsgerichten der BRD pro Tag durchschnittlich 19 Pleiten registriert. Bis zum 30. Juni haben 3521 Firmen Konkurs angemeldet oder ein Vergleichsverfahren beantragt. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden registrierte die meisten Pleiten in der Bauwirtschaft, im Dienstleistungsbereich und in dem verarbeitenden Gewerbe.

Heidelberg: 130 Wohnheimplätze

Nur zehn Prozent der rund 17 000 Heidelberger Studenten finden einen Platz in einem Studentenwohnheim. Neubauten sind aufgrund der Finanzpolitik von Bund und Land nicht zu erwarten. In dieser Situation sollen die Studenten das in der Heidelberger Altstadt gelegene Wohnheim „Collegium Academicum“ räumen und einem Teil der Universitätsverwaltung Platz machen. Begründung: Die Renovierungskosten von 4,9 Millionen DM würden bei 130 Wohnheimplätzen die gesetzlichen Richtwerte weit überschreiten. Richtig daran ist nur, daß das Haus dringend renovierungsbedürftig ist. Da bisher kein Pfennig auch nur für die dringendsten Reparaturen locker gemacht wurde, befinden sich die Wohnungen in einem katastrophalen Zustand. Waschräume und sanitäre Anlagen bilden mittlerweile eine Gefahr für die Gesundheit, an den Wänden breiten sich Schimmelpilze aus, in einigen Zimmern regnet es

durch die Decke und ständige Gäste in zumindest einer Küche sind Kakerlaken.

Schon seit einem Jahr verhandelt deshalb die Selbstverwaltung des Wohnheims mit Bauamt und Universität über eine Renovierung. Dabei schlug das Uni-Bauamt zunächst Erneuerungen vor, die nur halb soviel gekostet hätten wie die jetzt angenommenen. Während damals nur die tatsächlich erforderlichen Reparaturen vorgesehen waren, geht der neue Kostenvoranschlag von einer — völlig unnötigen — Totalsanierung aus. Durch die Verweigerung der notwendigsten Reparaturen versucht die Universitätsleitung jetzt, die Bewohner aus dem Haus zu vertreiben. Interessant, daß sich diese Maßnahmen nahtlos in die Pläne des Heidelberger Oberbürgermeisters zur „Sanierung“ der Altstadt einreihen, die anstelle der Wohnungen ein autogerechtes Zentrum von Versicherungs-, Bank- und Parkhäusern vorsehen. Bei der Wohnungsnot in Heidelberg, die nicht zuletzt mitverursacht ist durch die Anwesenheit des US-Hauptquartiers nebst dazugehörigem Personal und Truppen, ist es unmöglich, für die 130 Studenten eine annehmbare Unterkunft zu finden. Die Bewohner des Heims fordern deshalb die sofortige Renovierung unter Beibehaltung der bisherigen Form.

Maulkorb

Der Heidelberger Wissenschaftler Dr. Walter Samsel, dem die Aufdeckung des Atomüllskandals vom Oberrheinern Kernkraftwerk zu verdanken ist, wurde vom Verwaltungsrat des Krebsforschungszentrums Heidelberg unter Androhung dienstrechtlicher Maßnahmen im Wiederholungsfall auferlegt, sich künftig „unter dem Gesichtspunkt der dem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn geschuldeten Loyalität“ zu verhalten und über den Skandal zu schweigen. In einem Bericht an die Verwaltung des Kernforschungszentrums kritisiert Samsel, daß Wissenschaftler, die sich öffentlich gegen die Zerstörung der Umwelt wenden und über das Ausmaß der Gefahren berichten, mundtot gemacht werden sollen.

Ein Jahr Studienverbot

Weil er der Aufforderung eines Dozenten nicht nachkam, den Hörsaal zu verlassen, sondern auf eine Bank stieg und Auf-

klärung über die Anordnung verlangte, darf ein Student der Geschichte und politischen Wissenschaften im elften Semester ein Jahr lang keine Lehrveranstaltungen an der Universität Heidelberg besuchen. Dieses Urteil fällt das Verwaltungsgericht Karlsruhe und erklärte die Entscheidung für sofort vollstreckbar.

CSU-Minister will NC für Oberschulen

Einen Numerus clausus für den Zugang zu den öffentlichen Gymnasien will der bayrische Kultusminister Hans Maier (CSU) einführen. Nur 22 Prozent jeden Schülerjahrgangs würde es nach den Plänen des Kultusministers dann gestattet sein, nach der Grundschulzeit eine Oberschule zu besuchen. Von fünf Schülerinnen und Schülern blieben vier von einer möglichen Oberschulbildung ausgeschlossen und auf das Volksschulniveau beschränkt.

Der bayrische Kultusminister will auf diesem Wege den Zugang zum Universitätsstudium im „Frühstadium“ begrenzen und zugleich der Industrie ein größeres Personalangebot für die Auswahl der von ihr benötigten Lehrlinge sichern. „Es ist geradezu kriminell, alle Gymnasialisten das Abitur machen zu lassen“, erklärte Maier.

Der stellvertretende Vorsitzende des bayrischen Elternverbandes, Willi Hertlein, forderte den Rücktritt des Kultusministers und erklärte: „Es ist eine Katastrophe, wenn Maier das Abitur nur unter dem Gesichtspunkt des Studiums betrachtet. In allen Berufen wird heute mehr Allgemeinbildung verlangt, die im Moment nur das Gymnasium geben kann. Ich frage mich, ob Maier als Kultusminister noch tragbar ist.“

Kripo: München Hauptstützpunkt der Faschisten

Italienische Kriminalbeamte haben sich in München über Verbindungen zwischen Rechts-extremisten in Italien und der Bundesrepublik informiert. Nach den Ermittlungen der italienischen Kriminalpolizei führt die Spur rechtsextremer italienischer Terroristen, die kürzlich

den Bombenanschlag auf den Brenner-Express ausführten und auch die Verantwortung für das Zugattentat öffentlich übernahmen, nach München. Italienische Faschisten und bundesdeutsche Nazis sollen nach den Feststellungen der italienischen Polizei in einer weitverzweigten Terrororganisation zusammenarbeiten, Attentate in Italien planen und durchführen und die Täter dem Zugriff der Polizei entziehen. In München befindet sich nach Annahme der italienischen Kriminalpolizei einer der Hauptstützpunkte der Organisation.



Politschauspiel

Immer wieder neue Aktionsformen werden im Kampf gegen HRG und NC entdeckt. So bauten Mitglieder des MSB Spartakus an der Uni Ulm einen „Modellstudiengang“, bei dem mit dem Ball Hürden wie soziale Misere, Klausuren, Testate, Zwischenprüfungen, politische Disziplinierung und Berufsverbote überwunden werden mußten. An der PH Freiburg verbarrikadierten die Studenten nach dem Beschluß des Senats, im Fach Kunst den Numerus clausus zu beantragen, das Kunstgebäude. Wer es betreten wollte, mußte Lose ziehen, auf denen ihm geraten wurde, zur Bundeswehrhochschule zu gehen. „Dort können sie in Ruhe studieren“. Mit einem improvisierten Politschauspiel machte der MSB an der Universität Mannheim die Zusammenhänge zwischen Hochschulrahmengesetz und Bildungsreform deutlich: Bundeskanzler Schmidt, Verteidigungsminister Leber und Ex-Bildungsminister Dohnanyi trugen die Bildungsreform zu Grabe. Aber die Studenten holten unter der Losung „für eine qualifizierte Ausbildung“ die bereits totgesagte Reform wieder aus dem Sarg, wo-

rauf die als „Verfassungsfeinde, Revoluzzer“ usw. betitelt und von der Polizei zusammengeknüpelt wurden. Daraufhin einigten sie sich auf die Plattform des vds, die die Vorstellungen des DGB zur Bildungsreform einschließt. Gegen diese Einheit von Arbeitern und Studenten war das Monopolkapital und seine Handlanger machtlos.

Gericht deckt Faschisten

Von einem schleswig-holsteinischen Gericht ist der 51jährige Faschist Horst Teichmüller aus Westensee freigesprochen worden. Er hatte im Bundestagswahlkampf 1972 SPD-Wahlplakate umgestürzt und zwei junge Männer, die ihn zur Rede stellten, niedergestochen. Der eine von beiden ist heute zu 40 Prozent erwerbsunfähig. In der weithin als skandalös empfundenen Urteilsbegründung erklärte das Gericht, daß Teichmüller keine Straftat begangen habe, weil er die Plakate nicht beschädigte und die jungen Männer demzufolge nicht das Recht hatten, ihn zur Rede zu stellen. Dadurch, daß sie hinter Teichmüller hergelaufen seien, hätten sie einen „rechtswidrigen Angriff“ begangen, gegen den sich Teichmüller in „Wahrnehmung seines Notwehrrechtes“ mit Messerstichen habe zur Wehr setzen dürfen. „Seine Stiche waren daher rechtmäßig“, heißt es wörtlich in der Urteilsbegründung. Die SPD hat gegen das Urteil scharfen Protest erhoben.

Arbeitsgericht bestätigt Willkürakt

Arbeitsgericht bestätigt Willkür. Erneut bestätigte das Landesarbeitsgericht von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf die fristlose Entlassung eines Arbeiters des Mannesmann-Konzerns. Der 38jährige Rohrschlosser Johann Winzen, der seit 1952 beim Mannesmann-Konzern in Duisburg-Huckingen beschäftigt war, gehört zu den 22 Gewerkschafter, die zur Einschüchterung der gesamten Belegschaft wegen ihrer Teilnahme an einem spontanen Streik für eine Teuerungszulage im Oktober 1973 von der Konzernleitung fristlos auf die Straße gesetzt wurden. Dieser Willkürakt wurde jetzt vom Landesarbeitsgericht — wie bereits in sechs anderen Fällen — als „rechtmäßig“ bestätigt.

MRCA bringt Rüstungskonzern Umsatzrekord

Einen Jahresumsatz von 30 Milliarden DM verspricht sich der BRD-Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm von dem unter seiner Führung entwickelten Mehrkampfflugzeug MRCA, wenn es von den westeuropäischen NATO-Staaten in das Rüstungsprogramm der Luftwaffe übernommen wird. Bisher wurde der gesamte Jahresumsatz des Unternehmens mit 1,2 Milliarden DM angegeben.

Vietnam Massive Propaganda und Vertragsverletzung

Mit einer neuen „Raumabgaberegulation“ begründete der Kurator der Universität Göttingen das Verbot einer Vietnam-Solidaritätsveranstaltung des AStA. Politische Hochschulgruppen, die für eine Veranstaltung Räume der Universität nutzen wollten, mußten einen schriftlichen Vertrag abschließen und pro Stunde 25 DM zahlen. Bei nicht „hochschulbezogenen Zwecken“ mußten AStA und Fachschaften jederzeit damit rechnen, daß die Benutzung untersagt wird. Nach einer Protestaktion des MSB Spartakus, bei der sich zahlreiche Studenten solidarisierten, wurde der Raum freigegeben. Ähnliche Methoden, mit denen das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft beschnitten werden soll, werden bereits in Kiel angewendet, wo durch eine „Gebäudenutzungsordnung“ Wandzeitungen, Büchertische usw. gebührenpflichtig sind. Die Vietnam-Solidarität wurde auch in Freiburg behindert. Mit dem Verkauf von selbstgebackenem Kuchen wollten Mitglieder des MSB Spartakus ihren Beitrag zum Aufbau einer Schule in Nam Ha leisten. Prompt erschienen vom Rektorat entsandte Hausmeister und Verwaltungsbeamte, um die Aktion zu unterbinden, da sie „Vertrieb von Waren ohne Konzession“ darstelle. Nach einer Diskussion über Sinn und Zweck der Hilfsaktion war das Rektorat gezwungen, die „Waren“-Argu-

mentation aufzugeben und den Trupp abzuziehen. Der Vorfall hatte die Aufmerksamkeit und Sympathie für die Sammlung nur verstärkt. Das stolze Ergebnis: 226 DM für eine Schule in Vietnam.

Ferienjobs Mangelware

„Nachfrage riesengroß, Angebot minimal.“ Mit diesen knappen Worten faßte die Deutsche Presseagentur die Situation für Ferienjobs zusammen. 80 Prozent der Studenten, die im letzten Jahr noch eine Beschäftigung gefunden hatten, blieben in diesen Ferien arbeitslos. Dabei sind immer mehr Studierende auf diesen Verdienst angewiesen: Nach dpa jobben mittlerweile 40 Prozent aller Studenten während der vorlesungsfreien Zeit. Während der Semestermonate steht sogar „ein Fünftel laufend oder häufiger im Erwerbsleben“, wie das Deutsche Studentenwerk berichtet.

Diese Notlage machten sich zahlreiche Unternehmen zunutze. So wurden zum Beispiel in Göttingen Fälle bekannt, in denen Firmen den Studenten Zusagen machten, die später nicht eingehalten wurden. Viele Betriebe hielten sich nicht an vereinbarte Löhne und zahlten weit unter Tarif. Kündigungen wurden ausgesprochen, ohne daß die minimalsten Fristen beachtet wurden. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB Göttingen erklärte, bei diesen Vorkommnissen handele es sich „offensichtlich um Absprachen zwischen den beteiligten Firmen“. Der DGB hat inzwischen die Betriebsräte mobilisiert und eine Klage beim Arbeitsgericht eingereicht.

Wahlsieg von MSB und SHB

Aus den AStA-Wahlen an der PH Westfalen-Lippe, Abteilung Bielefeld, gingen MSB und SHB, die auf der gemeinsamen Liste „für einen gewerkschaftlich orientierten AStA“ kandidierten, als Sieger hervor. Diethelm Benno Lippe (MSB) wurde mit 47,9 Prozent der Stimmen zum Ersten Vorsitzenden gewählt, Jürgen Kaspehöhr (SHB) mit 47,4 Prozent zu seinem Stellvertreter. Eine Liste linkssektiererischer Gruppierungen wurde geschlagen.

Anfang September 1974 sind Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens unseres Landes, darunter Mitglieder von Jugend- und Studentenorganisationen, mit der Initiative an die Öffentlichkeit getreten, am 7. Dezember 1974 einen „Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ in Bonn-Bad Godesberg durchzuführen. Sie rufen die Öffentlichkeit unseres Landes auf, sich für die weitere Festigung des Friedens in Europa einzusetzen. Sie sind für das Zusammenwirken aller demokratischen Gruppen und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Sieht man sich die Unterzeichner des Kongreßaufrufes an, dann wird auf den ersten Blick deutlich, daß es sich um Kräfte unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen handelt und der zwischen ihnen hergestellte Konsens die Bereitschaft ist, sich für die Weiterentwicklung der friedlichen Koexistenz und dafür einzusetzen, daß der politischen Entspannung die militärische folgt. Ganz offensichtlich liegt dieser Initiative zugrunde, die gesellschaftlichen Kräfte, die beim Übergang von der Konfrontation zwischen den Staaten zur vertraglich abgesicherten Unverletzlichkeit der in Europa bestehenden Grenzen eine aktive Rolle gespielt haben, im Sinne der erfolgreichen Fortsetzung dieser Politik zu mobilisieren.

Die DKP, die für ein breites Bündnis aller demokratischen Kräfte kämpft, unterstützt dieses Vorhaben. Es geht ihr dabei nicht um parteiigoistische Interessen, sondern darum, daß die Bundesrepublik im internationalen Leben eine positive Rolle spielt, daß sie ihrer Verantwortung für die Weiterführung des Entspannungsprozesses gerecht wird.

Stellt man die Frage nach dem Sinn und der Notwendigkeit dieser Initiative, so gibt die Betrachtung der gegenwärtigen Situation eine Antwort auf diese Frage. Die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher



Konsens für Frieden

Gesellschaftsordnung ist zu einer Realität im internationalen Leben geworden. Durch die Macht und den Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft, durch den Kampf der Völker für Frieden und Abrüstung und das realistische Herangehen von Regierungen kapitalistischer Länder an die Lösung außenpolitischer Fragen wurde die internationale Sicherheit für alle Staaten und Völker erhöht. Dazu beigetragen hat die grundlegende Umgestaltung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, insbesondere das zwischen ihnen

Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates und des Präsidiums der DKP.

von Martha Buschmann
zum „Kongreß
für Frieden, Abrüstung
und Zusammenarbeit“
Bad Godesberg, 7. 12. 74

geschlossene Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges. In Europa, dem Zentrum der Konfrontation der Hauptkräfte des Sozialismus und Imperialismus, wurden mit den zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträgen alte Spannungsherde beseitigt und ein vielgestaltiges Netz bilateraler Beziehungen geschaffen, bei dem die Grundsätze der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung Anwendung finden. In Genf ist die zweite Phase der europäischen Sicherheitskonferenz in das letzte Stadium der Vorbereitung der Schlußdokumente für die dritte Konferenzphase eingetreten. Die über die Verhandlungen an die Öffentlichkeit gedungenen Informationen erlauben die optimistische Prognose hinsichtlich eines positiven Ausgangs und eines baldigen Abschlusses der Konferenz.

All das bestätigt, daß die Tendenz zur Entspannung gegenwärtig das bestimmende Element ist. Andererseits erleben wir dramatische Ereignisse, wie vor einem Jahr den Putsch der Militärs in Chile oder wie jüngst die Ereignisse in und um die Inselrepublik Zypern, die zugleich zeigen, daß weiterhin Kräfte wirksam sind, die die Sicherheit und den Fortgang der Entspannung gefährden. Wir erleben das Wirken der entspannungsfeindlichen Kräfte im eigenen Land, deren Aktivitäten in fataler Weise an die Zeit

des kalten Krieges erinnern; die nicht aufhören, völkerrechtlich bindende Verträge so zu interpretieren, daß ihr Inhalt ins Gegenteil verkehrt wird. Wir sind konfrontiert mit einer widersprüchlichen Regierungspolitik, die sich einerseits für die Fortsetzung einer realistischen Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern ausspricht, andererseits aber die Hochrüstung foreiert, NATO-Kurs steuert und die reaktionären Kräfte, die gegen Geist und Inhalt der Verträge handeln, nicht in ihre Schranken verweist. Zudem — und das verdient besondere Aufmerksamkeit — geht auch unter den Bedingungen der internationalen Entspannung der Prozeß der materiellen Kriegsvorbereitung weiter. Das Wettrüsten wird verstärkt, Milliarden verschleudert, die für die Lösung der gegenwarts- und Zukunftsaufgaben dringend benötigt werden. Von daher ist der Kampf für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eine elementare Grundbedingung, fundamentale und dringliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Probleme lösen zu können. Von daher gilt es, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen.

Das liegt im Interesse aller gesellschaftlichen Kräfte, gleich welcher politischen und weltanschaulichen Überzeugung sie sind. Deshalb ist zu wünschen, daß sich viele Kräfte der Initiative für einen Friedenskongreß anschließen.



• Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Eine wichtige Hilfe für die Solidaritätsbewegung in der BRD

Seit 1970 erscheint monatlich in einem Umfang von 24–32 Seiten das „Antiimperialistische Informationsbulletin“ (AIB). Zu seinen Herausgebern gehören die Bundesvorsitzenden des MSB-Spartakus und der SDAJ, Repräsentanten des Parteivorstandes der DKP, des Präsidiums des Weltfriedensrates, des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS) sowie anderer antiimperialistischer Bündnisbewegungen.

In ihrer auch heute noch gültigen Positionsbestimmung schlossen sie sich einer zentralen Einschätzung der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau an, in der es u. a. heißt:

„Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen.“

In Übereinstimmung mit der Einschätzung, daß im Kampf gegen

den Imperialismus sich die drei mächtigen Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltssystem, die internationale Arbeiterklasse und an die nationale Befreiungsbewegung vereinen, kam das AIB bei seiner Gründung zu folgender Aufgabenstellung für seine Arbeit in der BRD:

„1. den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung zu dokumentieren,

2. den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik — insbesondere der USA und der BRD — aufzudecken,

3. den antiimperialistischen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein zu rücken,

4. die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.“

Seit 1970 erscheint somit eine Publikation, die in deutscher Sprache allen grundsätzlich interessierten Kräften eine Möglichkeit bietet, die Materialien der antiimperialistischen Bewegung im Wortlaut kennenzulernen. Das AIB ging nämlich von Anfang an davon aus, daß eine entscheidende Voraussetzung für die richtige Orientierung der Solidaritätsbewegung die genauen Kenntnisse der Ziele der Befreiungsbewegungen selbst — und nicht etwa die zahlreichen bürgerlichen Fälschungen und Verzerrungen — sein müssen. Daher wurde der Abdruck von Dokumenten, Selbstdarstellungen und Analysen ein wichtiger Bestandteil einer jeden Nummer.

Heute, vier Jahre nach der Gründung des „Antiimperialistischen Informationsbulletins“, kann man feststellen, daß wohl jedes relevante Dokument der Befreiungsbewegungen oder bedeutender antiimperialistischer Kräfte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im Laufe der Zeit im AIB abgedruckt worden ist. Das trifft zu sowohl für alle Vorschläge der indochinesischen Völker zur Lösung der durch die US-Aggression bedingten Probleme in Südostasien, für den Befreiungskampf in Angola, Guinea-Bissau und Mocambique, für die Kämpfer gegen Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika, für die um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ringenden Kräfte im Nahen Osten als auch für die gegen den US-Imperialismus und seine Aggressionen kämpfenden Volksbewegungen in Lateinamerika. Als erstes Organ in der BRD brachte das AIB das politische Programm der kambodschanischen Einheitsfront (FUNK) und die Fünf-Punkte-Erklärung von N. S. Sihanouk, die Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas, das Programm der Patriotischen Front von Laos usw. In diese Reihe gehören auch die exklusiven Interviews mit Amil-

car Cabral (PAIGC) oder mit Dr. Dadoo, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Südafrikas. Frühzeitig veröffentlichte das AIB Materialien über den Unabhängigkeitskampf in Bangla Desh und über die Haltung fortschrittlicher Kräfte des Irak zum Kurdenproblem. Dem Chile der Unidad Popular und dem gemeinsamen Widerstandskampf gegen die Junta der Putschisten ist im AIB in vielen Dokumenten ein großer Raum gewidmet.

Von dieser Aufgabenstellung her bedeutet Aktualität für die Mitarbeiter des AIB, durch Publizierung von Grundsatzdokumenten und Sammlung allgemeiner historischer und ökonomischer Daten sowie durch Analysen in möglichst kurzer Zeit eine wissenschaftlich fundierte politische Orientierung geben zu können, um Solidaritätsbewegungen und -aktionen zu unterstützen oder neu zu entwickeln. Rededispotionen, Baukasten-Referate, Plakate oder Flugblätter dienen dem AIB neben der monatlichen Ausgabe der Zeitschrift zur Untermauerung dieser Zielsetzung. Ergänzt wird diese Tätigkeit durch die Mitarbeit des AIB in dem Organisationskomitee „Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique“, in der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ und im Sekretariat des „Antiimperialistischen Solidaritätskomitees“ (ASK). Darüber hinaus hat das AIB erfolgreich die Aktion „Bleistifte, Schulhefte und Sportausrüstungen für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique“ gestartet, die den Aufbau des Schulwesens in den genannten Ländern unterstützen soll.

Für diese gesamte Arbeit benötigen die Herausgeber und Redakteure des AIB unbedingt die Hilfe neuer Mitarbeiter. Deshalb wäre es wichtig zu wissen, wo z. B. Internationalismus-Arbeitskreise zu welchem Thema arbeiten oder sich bilden wollen? Welche Genossinnen oder Genossen erklären sich bereit, bei Übersetzungen zu helfen? Welche Vorschläge zur Verbesserung des AIB gibt es?

Die Frankfurter Konferenz des MSB Spartakus hat im Frühjahr dieses Jahres die Arbeit mit dem „Antiimperialistischen Informationsbulletin“ empfohlen. Diese Empfehlung soll hier noch einmal dringend unterstrichen werden.

Bestellungen bitte an:
„Antiimperialistisches Informationsbulletin“
335 Marburg (Lahn)
Liebigstr. 46
Jahresabonnement: 15,— DM
einschl. Porto

Griechenland -

rote blätter Interview mit Dimitris Tsatsos, Staatssekretär für Erziehung und Kultur im Ministerrang

Trotz starker Belastungen der neuen griechischen Regierung konnten die roten blätter ein Interview mit dem Ressortleiter für Bildung und Kultus, dem Unterminister Prof. Dimitris Tsatsos, führen. Dimitris Tsatsos ist Professor für Staatsrecht, Verwaltungsrecht und vergleichendes öffentliches Recht an der Universität in Bonn und seit seiner Rückkehr nach Griechenland beurlaubt. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Demokratischer Wissenschaftler und war im Jahre 1973 ohne Verfahren und ohne Gerichtsbeschluß im berüchtigten Korydallos-Gefängnis der politischen Polizei in Athen festgehalten worden. Ihm wurde damals Urheberschaft in den Athener Studentenunruhen vorgeworfen. Nach massiven Solidaritätsaktionen und öffentlichen Protesten wurde er im Spätsommer 1973 freigelassen. Das Interview führte für die roten blätter Winfried Kümpel, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus.

rote blätter: Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Maßnahmen, die von der neuen griechischen Regierung bislang durchgeführt worden sind? Worin sehen Sie aktuell die dringendsten sozialen und politischen Aufgaben, die zur Festigung der eingeleiteten positiven Maßnahmen von der griechischen Regierung gelöst werden müssen? Wie steht die Bevölkerung zu diesem Prozeß? Welche Rolle spielen dabei die verschiedenen sozialen Kräfte?

Prof. Tsatsos: Die wichtigsten Maßnahmen, die von der neuen Regierung der nationalen Einheit durchgeführt, bzw. in Angriff genommen wurden, sind:

a) Pensionierung der obersten Chargen der Armee sowie der Sicherheitsdienste, Polizei usw. und die Rückkehr von demokratischen Offizieren in Stellen von großer Bedeutung.

b) Verfassungsakte zur Wiederherstellung der Legalität im Hochschulwesen sowie in der Justiz.

c) Der Rückzug der griechischen Streitkräfte aus der NATO sowie verstärkte Kontakte zur EWG und zu Europa allgemein, mit dem Ziel der Wiederbelebung des Assoziationsvertrages.

d) Wiederherstellung der Pressefreiheit sowie Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, auch diejenigen, die vor 1967 verurteilt worden sind.

rote blätter: In den fünfziger und sechziger Jahren wurden Tausende griechische Patrioten ausgebürgert. — Werden Maßnahmen zur Repatriierung dieser Menschen eingeleitet, soweit sie es selber wünschen?

Prof. Tsatsos: Meiner Meinung nach hat jeder Mensch Recht auf



ein Neubeginn?



seine Heimat. Ich glaube, daß auch dieses Problem spätestens durch die vom Volk gewählte Regierung gelöst werden wird.

rote blätter: In den letzten Wochen sind auch griechische Kommunisten nach langen Jahren in ihre Heimat zurückgekehrt. — Sind Sie mit uns der Meinung, daß eine freie politische Meinungsbildung, die ungehinderte politische Betätigung der Kommunisten einschließen muß?

Prof. Tsatsos: Ja, unbedingt. Ich befürworte die freie politische Betätigung aller Bürger, die die demokratischen Spielregeln respektieren.

rote blätter: Welches sind nach Ihrer Auffassung die schwersten Hindernisse zur Durchsetzung eines beschleunigten sozialen und politischen Fortschritts? Wie setzen sich die demokratischen Kräfte mit denjenigen auseinander, die am liebsten zu den Zuständen

autoritärer Herrschaft zurückwollen? Oder will niemand mehr dahin zurück?

Prof. Tsatsos: Das größte Problem, vor dem wir stehen, das schwerste Hindernis ist die Zypernkrise. Was die von Ihnen angesprochene Gefahr einer „Rückkehr zur autoritären Herrschaft“ betrifft, eine Rückkehr in die Vergangenheit ist unmöglich. Die demokratischen Kräfte müssen durch ihre Solidarität und Wachsamkeit vereinigt bleiben, um jeden verzweifelten Versuch eines Rückschlages zu vereiteln.

rote blätter: Kommen wir zu Ihrem persönlichen Verantwortungsbereich als Unterminister für Erziehung und Kultus. Die Herrschaft der Obristen hat eine wirklich freie wissenschaftliche Auseinandersetzung in Griechenland in den vergangenen Jahren unmöglich gemacht. Die Verfolgung demokratischer Wissenschaftler stand auf der Tagesord-

nung. — Welches sind Ihre ersten Maßnahmen zur Demokratisierung der Hochschulen, zur Wiederherstellung der Freiheit der Wissenschaft gewesen?

Prof. Tsatsos: Das Hauptziel der Maßnahmen, die im Verfassungsakt zur Wiederherstellung der Legalität niedergelegt wurde, ist die Säuberung von Elementen, die offen mit dem Regime kollaboriert haben, sowie die Wiedereinstellung von demokratischen Wissenschaftlern, die von der Junta entlassen und verfolgt wurden. Außerdem wird versucht, Ordnung in dem Chaos der Gesetze und Anordnungen zu schaffen, die von der Junta zum Zweck der Reglementierung des akademischen Lebens benutzt wurden.

rote blätter: Gibt es oder wird es an den griechischen Hochschulen Vertretungsorgane der Studentenschaft, wie Sie sie in Form der eigenständig verfaßten Studentenschaft in der BRD kennen-

gelernt haben, geben? Oder wie gestaltet sich die studentische Interessenvertretung? Gibt es eine Mitbestimmung der Studenten?

Prof. Tsatsos: Formal gibt es eine studentische Vertretung. Am Anfang dieses Studienjahres werden zum ersten Mal wieder freie Wahlen zu den studentischen Vertretungsorganen stattfinden, die bis vor kurzem von Organisationen der Junta beherrscht wurden. Zum zweiten Teil Ihrer Frage, es gibt noch keine Mitbestimmung. Ich selbst habe mich dafür ausgesprochen, aber solche tiefgreifenden Veränderungen können nur von einer gewählten Regierung eingeleitet werden.

rote blätter: Die Lösung des Zypernproblems liegt im Interesse auch des griechischen Volkes. Halten Sie nach dem Scheitern der Lösungsversuche im Nato-Rahmen bzw. im Rahmen der Genfer Verhandlungen eine internationale Lösung auf breiter Basis, etwa unter Teilnahme der Mitglieder des Weltsicherheitsrates der UNO, im Interesse der Unabhängigkeit Zyperns und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Regierung auf Zypern für erstrebenswert?

Prof. Tsatsos: Ja, unbedingt.

rote blätter: Die Regierung Karamanlis ist keine Regierung der nationalen Einheit. Aber sie ist unseres Erachtens immerhin eine breite Regierung. Ist heute schon abzusehen, wann sie ihre Aufgabe der Normalisierung des politischen und sozialen Lebens in Griechenland abgeschlossen haben wird, so daß erstmals wieder freie Wahlen durchgeführt werden können?

Prof. Tsatsos: Freie Wahlen sollen so schnell wie möglich durchgeführt werden.

rote blätter: Voraussetzung dafür ist eine Regelung der Zypernkrise. Was erwarten Sie von der Regierung der BRD im Hinblick auf die Lösung der Probleme, vor die Griechenland gegenwärtig gestellt ist?

Prof. Tsatsos: Außer der materiellen Hilfe, vor allem Unterstützung der z. Zt. unternommenen Versuche zur Wiedereingliederung Griechenlands in die Gemeinschaft der demokratischen Länder Europas.



Grigoris Farakos Mitglied des Polit- büros der KP Grie- chenlands



Zur aktuellen politischen Lage in Griechenland nahm in der in der DDR erscheinenden außenpolitischen Wochenzeitung Horizont das Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Griechenlands, Grigoris Farakos, Stellung. Der Diplomelektroingenieur stand in der vordersten Reihe des Widerstandskampfes gegen deutsch-faschistische Besatzer sowie britische und US-amerikanische Interventen. Für seine publizistischen Arbeiten und seinen demokratischen Kampf wurde er mit der Medaille der Internationalen Organisation der Journalisten ausgezeichnet. Im November 1968 wurde der illegal tätige KP-Funktionär in Athen verhaftet und im Mai 1969 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Grigoris Farakos war in verschiedenen Gefängnissen eingekerkert u. a. auf der Insel Korfu, in Alikarnassos auf Kreta und zuletzt im Korrydallosgefängnis bei Athen. Nach den politischen Veränderungen vom 23. Juli d. J. freigelassen, hat er sofort seine Tätigkeit an der Seite des Ersten Sekretärs des ZK der KP Griechenlands, Harilaos Florakis, und solch erfahrener Genossen wie Antonis Ambatielos, Nikos Kaloudis und vieler anderer fortgesetzt. Gemeinsam mit ihnen kämpft er insbesondere um die Wiederherstellung der Legalität der Partei und nutzt seine publizistischen Fähigkeiten auch, indem er in der Zeitung „Nea Ellada“ (Neues Griechenland), die ab 10. September als Tageszeitung erscheint, die Politik der KPG dem Volk offen darlegt.

Die sieben schwarzen Jahre der Juntaherrschaft in unserem Land haben in allen Bereichen des Lebens große Probleme hinterlassen, sie haben Griechenland in eine Sackgasse geführt. Die nationale Krise, die zuerst durch den Angriff der Junta und später durch den türkischen Angriff auf die Unabhängigkeit Zyperns heraufbeschworen wurde, spitzt diese Situation noch mehr zu. Wir unterschätzen weder die Kompliziertheit der Lage noch die daraus erwachsenden Schwierigkeiten. Wir erwarten auch nicht, daß die Probleme von einem Tag zum anderen gelöst werden, zumal wir wissen, daß die Regierung Karamanlis einen eigenartigen Kompromiß verkörpert zwischen der Junta und deren Schutzherren einerseits und einem Teil der Politiker des Landes andererseits.

Die politische Veränderung im Lande, die durch den völligen Bankrott der Junta, deren Isolierung in der griechischen und internationalen Öffentlichkeit notwendig und angesichts des Widerstandes der Bevölkerung unvermeidlich geworden war, wurde von oben ausgelöst und nicht durch einen von der Volksbewegung herbeigeführten direkten Sturz der Junta. Das sind wesentliche Merkmale der Veränderung sowie der Regierung, die den Entwicklungen ihren Stempel aufdrücken.

Die Regierung Karamanlis hat inzwischen einige Maßnahmen getroffen, insbesondere im Hinblick auf eine Lösung des Zypernproblems und die Befrei-

ung vom Alpdruck des Diktats der USA und der NATO — so beispielsweise den Austritt aus der Militärorganisation der NATO, weniger aber in Richtung auf eine Demokratisierung des innenpolitischen Lebens. Diese Maßnahmen, die durch den einmütigen demokratischen Willen des Volkes erzwungen wurden, sind zweifelsohne positiv, sie stellen jedoch keine wesentliche Öffnung und keine Garantie für einen wirklich demokratischen Kurs dar. Somit bleiben die Gefahren eines antidemokratischen Rückfalls bestehen; die Situation ist nach wie vor kritisch.

Jeden Tag entstehen neue Gerüchte und „Informationen“ über eine Bewegung junatratener Offiziere zum Sturz der Regierung. Die Agenten der Junta, die immer noch führende Positionen im Staatsapparat bis hinein in die Massenmedien innehaben, organisieren oft Provokationen. Der bekannte Leitartikler der Zeitung „Eleftheros Kosmos“, Servas Konstantopoulos, ein Agent der CIA und Lobredner der faschistischen Junta, tritt mit offenen Drohungen für die Errichtung einer neuen Diktatur ein, um jeden Schritt zur Demokratie zu durchkreuzen und damit den Apparat und die Strukturen der Junta unangestastet zu lassen.

Die Warnungen der KPG vor einem Rückfall in die Zeit vor dem 23. Juli besitzen also einen realen Hintergrund. Nur entscheidende und mutige Maßnahmen für die Demokratisierung des innenpolitischen Lebens und deren baldmöglichste Durchführung können die unerschöpflichen Kräfte der Arbeiterklasse, der Jugend, des ganzen Volkes freisetzen; nur sie können die nationale und demokratische Einheit fördern, an der die Pläne all jener zerschellen werden, die „faschistische Lösungen“ herbeisehen. Sie können ein sicherer Ausgangspunkt für die wirkliche Demokratisierung des innenpolitischen Lebens sein.

Um einen solchen Kurs auf Demokratie und nationale Unabhängigkeit zu sichern, bedarf es der aktiven Mobilisierung und des einheitlichen Kampfes aller demokratischen Kräfte des Landes. Deshalb stellt die KPG, dem gegenwärtigen Willen des gesamten Volkes und der Notwendigkeit der Aktionseinheit Ausdruck gebend, einige Hauptforderungen, auf deren Grundlage eine wirkliche nationale Einheit geschmiedet werden könnte. Sie fordert,

- die Unabhängigkeit und die Integrität der Republik Zypern vorbehaltlos zu verteidigen, die verfassungsmäßige Ordnung und die demokratischen Institutionen auf der Insel wiederherzustellen;

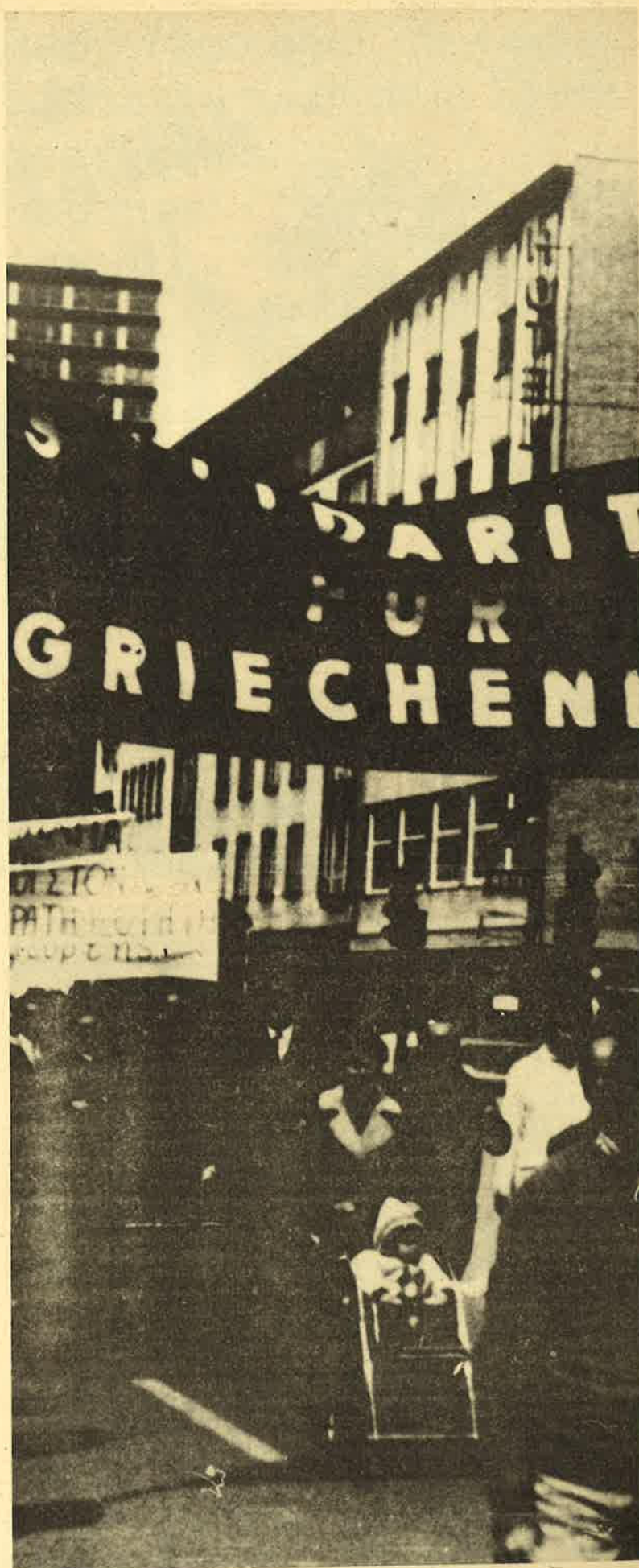
- daß Griechenland substantiell und in jeder Beziehung aus der NATO austritt und die USA- und NATO-Stützpunkte auf dem griechischen Territorium beseitigt sowie die versklavenden zweiseitigen griechisch-amerikanischen Abkommen aufgekündigt werden, damit die Möglichkeit für eine unabhängige Außenpolitik geschaffen wird;

- eine allgemeine politische Amnestie zu erlassen, allen jenen die Staatsbürgerschaft zurückzugeben, denen sie aberkannt wurde, sämtliche freiheitsfeindlichen Gesetze und Maßnahmen aus der Zeit der Junta und davor sowie das Verbot der freien Betätigung der politischen Parteien aufzuheben;

- volle gewerkschaftliche und demokratische Freiheiten zu gewährleisten, die faschistischen Strukturen zu beseitigen, die Einflüsse der USA in den Streitkräften, im Staatsapparat, im ganzen innenpolitischen Leben zu beenden sowie alle zu bestrafen, die in der siebenjährigen Juntaherrschaft schuldig geworden sind.

Die KPG konzentriert ihre Aufmerksamkeit darauf, diese Ziele zu verwirklichen, die sie den anderen fortschrittlichen Kräften des Landes als ein Programm für die Aktionseinheit zur Diskussion unterbreitet. Die Partei bemüht sich, ihre Aktionen möglichst mit parallelen Aktivitäten anderer demokratischer Kräfte zu koordinieren. Sie ist zugleich der Auffassung, daß die Schaffung eines demokratischen Koordinationszentrums besonders bedeutsam für den erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes sein würde. Deshalb unterbreitet sie den konkreten Vorschlag, ein solches Gremium zu schaffen.

Wir glauben, daß die Verwirklichung der Aktionseinheit aller Kräfte und Bewegungen der Linken, sowohl der vor der Diktatur entstandenen als auch der aus dem antidiktatorischen Kampf hervorgegangen, ein wirksamer Faktor für die Förderung der Bemühungen um eine demokratische Einheit und Aktion sein könnte. Für die Herstellung der Aktionseinheit der Linken unternimmt die KPG alle Anstrengungen, und sie wird dies auch in Zukunft tun, wobei sie zu allen notwendigen Konzessionen bereit ist. Wir sind der festen Überzeugung, daß den Gefahren des Rückfalls in die Diktatur begegnet werden und der Weg in eine wirkliche Demokratie nur geebnet werden kann, wenn die Volksmassen für unseren Kampf mobilisiert werden und aktiv an ihm teilnehmen — in erster Linie die avantgardistische Klasse der Nation, die Arbeiterklasse.





Für viele Studenten war das Urlaubsziel in diesem Sommer das vom Faschismus befreite Portugal. Unter ihnen waren natürlich viele Spartakisten. Über ihre Erfahrungen und Erlebnisse berichten Beate Landefeldt und Rainer Krings:

Am späten Abend trafen wir in Guarda ein, der ersten Stadt hinter der spanischen Grenze. An Häuserwänden und in einigen Schaufenstern hängen Plakate und Anschläge der Kommunistischen und Sozialistischen Partei, sie kündigen Veranstaltungen an. In frischer Farbe prangte an einer Hauswand die Inschrift: Büro des Movimento Democrático Português (MDP-CDE), des antifaschistischen Bündnisses also, das während des letzten Wahlkampfes große Massen gegen Faschismus und Kolonialismus mobilisiert hatte. Ebenfalls im nächtlichen Guarda zu beobachten: zahlreiche Plakate der Partido Popular Democrático (PPD), einer neuen Partei, die sich „freiheitlich, sozial und demokratisch“ nennt und die eher konservative Kraft im Regierungsbündnis darstellt.

In den frühen Morgenstunden des folgenden Tages, eines Montags, erreichten wir Choimbra, eine alte Universitätsstadt, die als Uni-

versitätsstadt u. a. auch daran zu erkennen war, daß an zahlreichen Mauern mit Spritzpistolen gespritzte Parolen trotzkistischer, maoistischer und anarchistischer Sekten zu sehen waren. Aber auch faschistische Kräfte hatten die Uni-Gebäude mit Parolen gegen die KP, gegen die UdSSR und gegen die Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien beschmiert. Trat man jedoch in die Universitätsgebäude hinein, so konnte man mit Hilfe einiger Lateinkenntnisse den Wandzeitungen entnehmen, daß auch in Choimbra die marxistischen Kräfte den Ton gaben. Ein Vertreter der „União dos Estudantes Comunistas“ (UEC) bestätigte uns diese Beobachtung in einem späteren Gespräch. Unsere ersten Eindrücke in Choimbra waren aber auch: Die schöne heiße Sonne, die mehrere hundert Jahre alten, innen mit Mosaik gepflasterten Universitätsgebäude und die hier von uns zum erstenmal beobachteten Marktfrauen, die schwere Krüge,

Körbe oder Kisten mit Wein, Gemüse und Fisch auf den Köpfen tragen.

Morgens und abends standen die Leute vor den Zeitungskiosken Schlange. Dort hingen die Zeitungen der KP „Avante“, eine illustrierte über Alvaro Cunhal, den Generalsekretär der KP, der im ganzen Volk hohes Ansehen genießt. Das theoretische Organ der KP „unidade“, eine programmatische Erklärung der Sozialistischen Partei, die „l'Humanité“ aus Frankreich gehörten ebenfalls zum Angebot des Zeitungskiosks. Aber auch die großen bürgerlichen Zeitungen berichteten ausführlich, sachlich und demokratisch engagiert über Aktivitäten der fortschrittlichen Kräfte in Portugal, über die Befreiungsbewegungen, über den Terror in Chile usw. Wir stellten fest:

Die bürgerliche Presse ist in Portugal, einem Land, das vor kurzem noch faschistisch war, heute fortschrittlicher als in der BRD. Denn die Reporter und die Drucker der Zeitungen haben sich im Zuge der Entfasisierung weitgehende Mitbestimmungsrechte erkämpft.

Weitere Eindrücke: Viele Menschen am Strand und auf den Straßen tragen T-Shirts mit anti-

faschistischen Bildern und Aufschriften. Am häufigsten anzutreffen: ein Hemd mit einer großen roten Nelke, einer Hand, die das Victory-Zeichen „V“ macht und der Aufschrift: „25. April“

T-Shirt mit roter Nelke

andere mit der Losung: „O povo unido, jamais sera vencido“, oder auch mit dem Hammer- und Sichel-Zeichen der Kommunistischen Partei. Badehandtücher und Tassen mit dieser Aufschrift kann man überall, auf dem Markt wie in allen Touristenläden, kaufen. Gläser mit Hammer und Sichel bekamen wir später in einer der Glasfabriken in Marinha Grande geschenkt. Gar nicht mehr überrascht waren wir, als eines späten Nachmittags beim Kaffeetrinken auf einem großen überdachten Platz am Strand von Nazare über den dort angebrachten Lautsprecher die „Internationale“ ertönte. Wir waren uns einig: Portugal bietet heute für

Reportage über die Lage
5 Monate nach dem Sturz
des faschistischen
Regimes

Für die Einheit von Volk und Armee



Die faschistischen Straßennamen werden ausgewechselt. Wo es nicht offiziell geschieht, ergreift die Bevölkerung selbst die Initiative.

linksstehende Menschen eine angenehme Urlaubsatmosphäre. Dazu gehört natürlich auch der Fischmarkt, die Trachten der Fischer, die schwarze gestrickte Zipfelmützen trugen, in deren Zipfeln früher die Köder transportiert wurden. Dazu gehört die Landschaft mit ihren historischen Sehenswürdigkeiten. Am Freitagabend aber fuhren wir alle zur Sozialistenkundgebung nach Marinha Grande.

„Unidade,
Unidade...“

Auf den Wandzeitungen am Marktplatz wurde der Außenminister der Provisorischen Regierung Portugals, Mario Soares als Redner angekündigt. Und auch die KP hatte ihre Anhänger aufgerufen. Ein junger Sozialist, Student, nach sechsjährigem Eng-



Die Kundgebung in der Sporthalle von Marinha Grande. Auf den Transparenten: „Einheit“ und „PCP — wir grüßen unsere Genossen von der sozialistischen Partei“.

landaufenthalt eben nach Portugal zurückgekommen, erklärte uns vor der Kundgebung, daß dies die erste größere Veranstaltung der SP in Marinha Grande sei. Man sei eben dabei, eine sozialistische Ortsorganisation aufzubauen. „Da Marinha Grande eine Industriearbeiterstadt ist“, erklärte er uns, „sind hier die Kommunisten

sehr stark. Die PCP war hier immer präsent.“ Das sahen wir dann auch auf der Kundgebung. Zahlreiche Arbeiter und Jugendliche waren mit Schildern erschienen, auf denen Losungen wie „Unidade“ oder „Die Mitglieder

internationales

der PCP grüßen ihre sozialistischen Kameraden" standen. Den größten Beifall erhielten die Redner, wenn sie sich für die Einheit der demokratischen Kräfte aussprachen. Immer wieder ertönte der Ruf: „Un povo unido jamais sera vencido“, den wir schon von der chilenischen Unidad Popular her kennen. Über 6000 Zuhörer drängten sich in der zu kleinen Turnhalle. Geduldig und aufmerksam verfolgten sie von 21.30 bis 1 Uhr nachts mehr als ein Dutzend Reden, die zum Teil vom Papier abgelesen wurden. Vertreter der SP, aber auch der Kreisvorsitzende der PCP, ein Vertreter der PPD, Vertreter von Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen sprachen auf der Veranstaltung. Erst kurz nach 1 Uhr erhielt schließlich Mario Soares das Wort: Dank der Übersetzung eines Gastarbeiters aus der BRD verstehen wir einiges. Mario Soares sprach sich für die Einheit der Linkskräfte aus, erinnerte an die tragischen Erfahrungen in Chile und rief zur erhöhten Wachsamkeit gegenüber allen Feinden der Demokratie auf. Durch den immer wieder aufkommenden Ruf „Unidade“ wurde der Wille der zuhörenden Bevölkerung nach Aktionseinheit im Kampf um die Beseitigung der Überreste des Faschismus und Kolonialismus deutlich.

„Avante Camarada“ und „Grândola Vila Morena“, Lieder der demokratischen Bewegung, deren Texte bei Massenkundgebungen meist auf kleinen Handzetteln verbreitet werden, da sie von vielen erst noch gelernt werden müssen. Auf der Kundgebung in Leiria sprach neben den Vertretern von PCP, SP, PPD und MDP auch der Kommandeur des Standorts. Nicht „Katzenjammer“, wie es die FR will, auch keine „Euphorie“,

in der Polizei, die das Caetano-Regime zu einem Gegengewicht zur Armee entwickeln wollten. Große soziale Mißstände wurden von den Faschisten hinterlassen: Slums in den Großstädten, Analphabetismus bei einem Drittel der Bevölkerung, Arbeitslosigkeit, Inflation. Verschärft wird diese Situation durch Sabotageakte des in- und ausländischen Großkapitals und der Großgrundbesitzer, deren ökonomische Macht nach wie vor unangestastet ist. Zu den

Weise soll ein ökonomisches Chaos geschaffen werden, das den Ruf nach Rückkehr der Faschisten erzeugen soll, mit deren Hilfe die Monopole ihre jetzt in Form von überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen zeitweilig gewährten Bestechungsgelder natürlich doppelt und dreifach zurückzupressen gedenken. Nur wenige Arbeiter fallen darauf rein. Die provisorische Regierung beschloß eine Erhöhung der Mindestlöhne und Kreditleichterungen für den



Unsere Genossen aus Marinha Grande, Paolo (links) und Joaquim.



Alvaro Cunhal, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Portugals, bei seiner Rückkehr aus dem Exil.

Marinha Grande

Im Anschluß an die Veranstaltung lernten wir junge Kommunisten kennen, den Schüler Renato Pauló Tojeira, den Arbeiter Joaquim Gregorio und den Studenten Carlos Militao. Noch in derselben Nacht zeigten sie uns das Kreisbüro der PCP und erzählten aus ihrer Tätigkeit vor und nach dem 25. April 1974. Wir erfuhren, daß Marinha Grande eines der Zentren der portugiesischen Arbeiterbewegung ist. Es hat 25 000 Einwohner und beherbergt eine Reihe von Glasfabriken, in denen etwa 12 000 Arbeiter beschäftigt sind. Beim Tode Salazars wurde in Marinha Grande ein Feuerwerk veranstaltet.

Seit Jahrzehnten hatten die portugiesischen Antifaschisten für diese Forderung gekämpft. Dementsprechend wurden in zahlreichen Städten Kundgebungen durchgeführt, auf denen das Ende des Kolonialismus begrüßt wurde. Eine solche Manifestation fand auch in Leiria, einer Beamten- und Garnisonsstadt in der Nähe von Marinha Grande statt. Gemeinsam mit 12 000 Teilnehmern, darunter Hunderte von uniformierten Soldaten, zogen wir durch die Stadt, ließen die Befreiungsbewegungen PAIGC, Frelimo und MPLA hochleben und sangen

sondern große Aktionsbereitschaft der Massen, Wachsamkeit und hohes politisches Bewußtsein haben wir in den zwei Wochen in Marinha Grande gesehen. Angesichts der riesigen Aufgaben, die noch vor der demokratischen Bewegung Portugals stehen, war dies für uns eine wichtige Erfahrung.

Noch viele ungelöste Probleme

Denn längst sind wesentliche Probleme noch nicht gelöst. Die praktische Durchführung der Entkolonialisierung steht erst am Anfang. Die Faschisten in Portugal sind zwar gestürzt, aber noch nicht restlos geschlagen.

Zwar sind nach Mitteilung der MDP fast alle ehemals faschistischen örtlichen Verwaltungseinheiten durch demokratische Organe ersetzt worden. Die Mitglieder der PIDE, der faschistischen Geheimpolizei, sind zum Teil verhaftet und erwarten ihre Prozesse. Dennoch verfügt die Rechte noch immer über wichtige Positionen im Staatsapparat, z. B.



Im Direktionszimmer von „Ferreira“: Francisco Sousa und Manuel Barido, zwei alte Antifaschisten, die viele Jahre in Gefängnissen zubringen mußten.

Methoden der Sabotage gehört der illegale Kapitalexpert und die künstliche Verknappung von Arbeitsplätzen durch Betriebsstilllegungen ebenso wie die Anzettelung von Streiks für Forderungen, die die Mehrzahl der Klein- und mittelständischen Betriebe nicht verkraften kann. Auf diese

Mittelstand. Durch die von den Monopolen verursachte Inflation wird die Wirkung dieser Maßnahmen jedoch teilweise wieder gefährdet. Deshalb kann, wie Alvaro Cunhal kürzlich betonte, die Errichtung eines demokratischen Regimes „nicht von der Notwendigkeit getrennt werden,

Maßnahmen gegen das Monopolkapital zu ergreifen, eine Agrarreform zu beschließen und in breiter Front eine Nationalisierung durchzuführen". Ansatzpunkte für ein solches Vorgehen bietet auch das Programm der Bewegung der Streitkräfte, auf das sich alle in der Regierung vertretenen Richtungen geeinigt haben. Es fordert u. a. die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens. Sicher ist: Demokratischer und sozialer Fortschritt kann auch in

Das Ergebnis: Ein gläsernes Pferd und ein Hirsch.

Nachdem wir uns über die Produktion von Gläsern informiert haben, kommen wir in das Büro des Direktors, einen kleinen, unscheinbaren Raum. Mit Erstaunen sehen wir an einer Wand ein Plakat der PCP, und vor dem Büro liegt auf einem Stuhl ein Stapel „Avante“. Joaquim erklärt uns, daß die Besitzer der Fabrik Kommunisten sind. Während des

Beim Rundgang durch die Produktionsstätten stellen wir mit Freude und Erstaunen fest, daß an vielen Arbeitsplätzen eine „Avante“ liegt. Und das nicht nur hier, sondern auch in der Kristallglasfabrik „Stephens“, die wir später besuchen. Dann treffen wir eine Genossin, die die Zeitung der Kommunisten verkauft. Als wir den Betrieb verlassen, hat die Genossin in zwei Stunden 200 Zeitungen verkauft, und bei „Ste-

Bei „Barosa“ haben die Kommunisten „Rote Kästen“ aufgehängt, in die die Arbeiter Zettel mit ihren Sorgen und Nöten werfen. Der Kampf ums Teewasser... Selbst unter der faschistischen Diktatur konnten hier die Arbeiter dem Herrn Barosa soziale Zugeständnisse abringen, so eine Kindertagesstätte, die wir besichtigten. Bei „Barosa“ wurden „nur“ 150 „Avante“ verkauft, bei 700 Beschäftigten.



Portugal nur auf Kosten des Monopolkapitals im harten Klassenkampf errungen werden.

Es ist klar, daß wir als Kommunisten aus der BRD uns besonders für die Arbeit unserer portugiesischen Genossen interessierten.

Paolo, einer der jungen Kommunisten von der Sozialistenveranstaltung, lud uns ein, eine Glasfabrik zu besichtigen.

Wir besuchten schließlich drei der vielen Glasfabriken in Marinha Grande. Überall gibt es Betriebsgruppen der PCP. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist fast 100 Prozent.

Die erste Fabrik mit 200 Beschäftigten heißt „Ferreira“. Joaquim arbeitet hier, und Paolo hat hier einen Ferienjob. (Wie wir später erfahren, hat er in einem Monat 2500 Escudos, das sind ca. 260 DM, verdient.) In den dunklen Produktionshallen herrscht eine drückende Schwüle.

Ein Arbeiter demonstriert uns, wie kunstvolle Figuren aus Glas geblasen und geformt werden.

Faschismus haben hier Genossen und Kollegen Arbeit gefunden, die aus anderen Betrieben wegen gewerkschaftlicher oder politischer Arbeit entlassen wurden.

Jeder Dritte kauft eine „Avante“

Wir lernen zwei alte Kommunisten kennen, Francisco de Sousa und Manuel Barida. Der eine hat acht Jahre in faschistischen Kerkern verbracht, der andere sogar 19. Sie sagen uns, daß die Parteigruppe des Betriebs wöchentlich Sitzungen hat. Hauptaufgabe ist die Arbeit in den Massenorganisationen, die Kommunisten tragen die Hauptlast der Gewerkschaftsarbeit. Gewerkschaftlich organisiert sind alle Angehörigen des Betriebs.

phens“ hat jeder dritte Arbeiter seine „Avante“.

Einer der Glasarbeiter bei „Stephens“ ist der Vater von Carlos Militao. Er nimmt uns ein paar Tage später mit nach Hause und gibt uns reichlich von seinen selbst produzierten Weinen und Likören. Dabei lernen unsere portugiesischen Freunde das erste deutsche Wort, das Wort: „Besseren“.

Auch im dritten Betrieb werden wir freundlich von einem Genossen empfangen. Es ist eine vollautomatische Fabrik, die Bier- und Weinflaschen herstellt. Barosa, der Besitzer, war ein Faschist. Inzwischen wird er sich ein demokratisches Mäntelchen umgehängt haben. In einer Abteilung werden wir einer Genossin vorgestellt. Sie sagt uns, daß in ihrer Abteilung alle Arbeiter mit der kommunistischen Partei sympathisieren. Die anderen Arbeiter stehen dabei und nicken mit dem Kopf, als sei das die größte Selbstverständlichkeit der Welt.

48 Jahre Illegalität

Einige werden glauben, daß das alles ein wenig hochgestapelt sei, daß wir die Betriebe mit „roter Brille“ besichtigten. Doch selbst die bürgerliche Presse in unserem Land mußte eingestehen, daß die Kommunistische Partei die einzige organisierte politische Kraft nach dem 25. April war. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Denn auch vor dem 25. April war die PCP die wichtigste Kraft des antifaschistischen Widerstandes. Viele Genossen, die wir kennenlernten, waren seit zehn, zwanzig oder mehr Jahren Mitglied der Partei.

Auch Paolo, Joaquim und Carlos Militao waren schon vor dem 25. April aktiv. Sie zeigten uns, wie sie illegales Material, z. B. die „Avante“, die während der Zeit des Faschismus wöchentlich im Kleinformat erschien, versteckt und verteilt haben. Sie kommen aus Kommunistenfamilien. Paolos Vater z. B. hat als Funktionär des regionalen Fußballverbandes für die Partei gearbeitet. Er konnte oft verreisen, ohne verdächtigt zu werden.

Paolos Tante, die wir an einem heißen Tag am Strand kennenlernen, ist Büroangestellte und ebenfalls Kommunistin. Vor dem 25. April wußte sie nicht, daß ihr Bruder, Paolos Vater, Kommunist ist. Die erste Frage, die sie uns stellte, war, was wir von der Sowjetunion halten. Sie selbst bewunderte besonders die hohe Bildung und Kultur der Menschen in der Sowjetunion. Ihr Mann war kein Kommunist und er erklärte uns das damit, daß er eine andere Erziehung genossen hätte. Er hatte auf einer kirchlichen Hochschule studiert. Er sagte uns, daß in seinem Bekanntenkreis viele die Kommunistische Partei wegen der starken Organisation bewundern, obwohl sie selbst eher zu den Sozialisten neigen.

internationales

In vielen Gesprächen wurde deutlich, daß die PCP durch ihren langjährigen Kampf gegen den Faschismus starkes Vertrauen in breiten Bevölkerungsschichten finden konnte. Und diese Tatsache, daß eine Partei, die 48 Jahre in tiefster Illegalität kämpfen mußte, heute so tief unter der arbeitenden Bevölkerung verwurzelt ist und sich rasch auch mitgliedermäßig zu einer starken Massenpartei entwickelte, hat uns am meisten beeindruckt.

MFA — Teil der Volksbewegung

Einen Abend diskutierten wir mit Joaquim Carreira, Glasarbeiter und Vorsitzender der PCP in Marinha Grande, und Oswaldo Castro, einem ebenfalls kommunistischen Funktionär.

Zunächst räumen die beiden mit der falschen Vorstellung auf, die Ereignisse vom 25. April seien allein von einigen Offizieren getragen worden. Sie berichten von den immer schärfer werdenden Widersprüchen, durch die das faschistische Regime in die Krise geriet: Von den sozialen und politischen Folgen des Kolonialkrieges und der verschärften Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes, die zu einer starken Massenbewegung gegen den Faschismus führten. So beteiligte sich die Volksbewegung an den letzten Wahlen im Oktober 1973, um diese Möglichkeit der halblegalen Tätigkeit zu nutzen. An Hunderten von Versammlungen nahmen Hunderttausende teil. Wir sahen Bilder, auf denen Teilnehmer einer solchen Versammlung in Marinha Grande von der faschistischen Polizei niedergeknüpelt wurden. (Die MPD — Movimento Democrático Português — zog ihre Kandidaten vor der Wahl wegen der üblichen Manipulation zurück.) Die Volksbewegung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Armee, in der sich die demokratischen Kräfte formierten und die MFA (Movimento Forças Armadas, die Bewegung der Streitkräfte) bildet. Die Bedeutung der Volksbewegung zeigte sich am Morgen des 25. April, als Hunderttausende Portugiesen die Soldaten auf den Straßen mit Nelken empfingen und sich mit ihnen verbrüderten. Die wichtigste Garantie für die demokratische Umwälzung sehen die Kommunisten und Sozialisten in der Festigung und Weiterentwicklung des Bündnisses der Volksbewegung und der Streitkräfte. In der MFA sind unterschiedliche politische Richtungen vertreten. Und es gibt natürlich auch Kräfte, die diesem Bündnis entgegenwirken. Aber alle, die ge-



gen das Bündnis arbeiten, wie z. B. die Maoisten, die die gleichen Offiziere, die für den Sturz des Faschismus ihr Leben riskierten, als „profaschistisch“ verunglimpfen, stehen objektiv im Lager der Reaktion. Wir fragen, ob die Situation in Portugal mit der in Chile vor dem Putsch zu vergleichen sei. Joaquim Carreira antwortet: Im Unterschied zu Chile sei die Armee in Portugal politisch, die MFA ein Bestandteil der demokratischen Revolution. Auch seien die Faschisten am 25. April überrumpelt worden. Doch sie reorganisieren sich. Vor allem die Angriffe des Monopolkapitals auf wirtschaftlichem Gebiet erinnern an die Verbrechen des Imperialismus in Chile.

Wir fragen nach der Sozialistischen Partei und der Möglichkeit einer gemeinsamen Kandidatur bei den Wahlen, die im nächsten Jahr durchgeführt werden sollen. Das wird von den Kommunisten angestrebt, doch die Entscheidung hängt nicht von ihnen allein ab.

Kommunisten für Aktionseinheit

Heute kämpfen Kommunisten und Sozialisten Seite an Seite, doch wir wissen nur zu gut, daß die rechten Führer der Sozialistischen Internationale und besonders auch der SPD überall versuchen, die Aktionseinheit von Kommu-

nisten und Sozialdemokraten zu hintertreiben. Die Sozialistische Partei ist nicht sehr gut organisiert, erst jetzt baut sie ihre Organisation an der Basis auf. Doch ihr Einfluß wächst sehr schnell. Auf unsere Fragen hin erfahren wir, daß es eine ganze Reihe rivalisierender maoistischer und trotzkistischer Gruppen gibt. In Marinha Grande lassen sie sich nicht blicken, lediglich in Universitätsstädten haben sie Anhänger. Daß jedoch wie überall auch dort ihr Einfluß sehr gering ist, zeigt ein Beispiel: Zu der Kundgebung am 25. Juli, zu der die Provisorische Regierung und die Parteien und Massenorganisationen der Volksbewegung aufgerufen hatten, kamen 200 000 Menschen. Zu einer Kundgebung der Maoisten am darauffolgenden Tag kamen ca. 2000, obwohl in jedem Winkel Lissabons Aufgufe zu dieser in eitler Selbstüberschätzung „Grande Comicio“ genannten Kundgebung noch heute zu finden sind. Als Provokateure, so bei der Unterstützung von Streiks, die wie in Chile von Unternehmern zur Desorganisation der Wirtschaft initiiert werden, spielen sie die Büttel der Reaktion.

Nach diesem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden von Marinha Grande wissen wir, daß die demokratischen Kräfte in Portugal nüchtern und realistisch die großen Schwierigkeiten sehen, vor denen sie in ihrem Kampf stehen, und daß sie trotzdem allen Grund haben, optimistisch zu sein. Zur Erinnerung erhielt jeder von uns ein Exemplar der illegalen „Avante“ vom Januar 1970.

Demonstration für die Unabhängigkeit von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique am 30. 7. in Leiria.



PISAGUA

Die Hölle planend, studierten sie die Karte des Landes, bis sie dieses salzige Zuchthaus fanden, die Mauern der Einsamkeit... Nie werde ich deine tote Küste vergessen, wo des feindlichen Meeres schmutziger Biß anfällt die Mauern der Qual und wo steil sich das Bollwerk erhebt der kahlen und teuflischen Hügel



Unbeugsame, unbeugsame Brüder, standhaft, da ihr, des Nachts in den Hütten überfallen, vorwärtsgestoßen, die Arme mit Draht gefesselt, noch im Schlaf und völlig überrascht und mißhandelt, auf Lastwagen nach Pisagua weggeschafft wurden von bewaffneten Kerkermeistern.



Ihr Tapferen, stahlgewordene Menschen meines Landes, die ihr einen neuen Sinn gebt der Erde: euch wählten sie aus bei der Menschenjagd, daß durch euch das ganze Volk litte in den Sandöden der Verbannung.

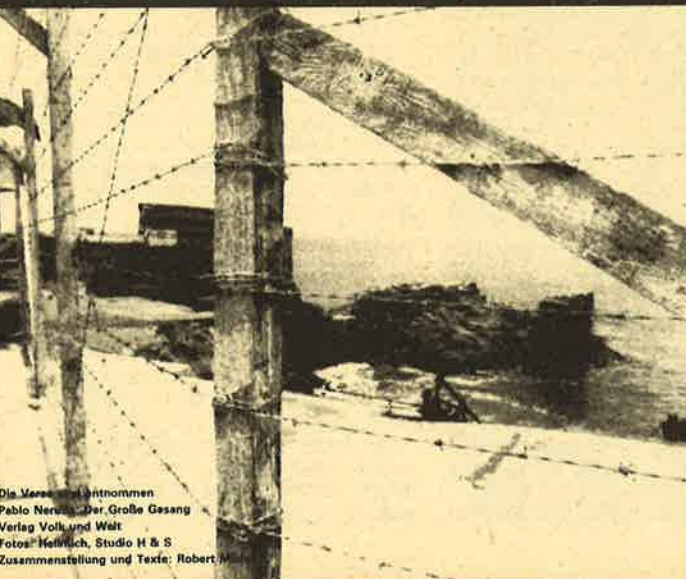
Es wird die Ehre von morgen sein, die heilige, auf deinen Strand geworfen worden zu sein, Pisagua: plötzlich, in der Nacht des Terrors auf Befehl eines Eidbrüchigen, des verkommenen, ergriffen worden zu sein und in deine kalkige Hölle gekommen, um des Menschen Würde zu verteidigen.

... und die Bilder auf dieser Seite kommen aus verschiedenen Zeiten, gleichwohl meinen sie den selben Ort: Pisagua zwischen dem eisigen Strom des Ozeans und der Wüste Atacama; Pisagua im äußersten Norden Chiles. Ein Erdenfleck mit einer düsteren Tradition — zweimal von der Reaktion geschändet als Ort der Verbannung und zweimal geehrt mit Versen und mit Bildern. 1947 — 1974.

Am Ende der vierziger Jahre vollendete Pablo Neruda seinen Großen Gesang (Canto General), und in dem

monumentalen Werk — Gesang XIII: Neujahrsschrei für das Vaterland in der Finsternis — spricht er von MÄNNERN VON PISAGUA an, die Verschleppten des niederträchtigen Gonzalez Videla.

Im Frühjahr 74 gelangt eine engagierte Kameragruppe nach Pisagua, dem Junta-KZ. Tonaufnahmen, Filmrollen und Fotostreifen werden herausgebracht. Es entsteht der Film von Heynowski & Scheumann, Peter Heilmich ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN — zur Sendung vorbereitet für den 11. September. Und die Bilder, wie sie nun vor uns liegen, sie rufen die Verse Nerudas, und Nerudas Blut pecht in den Märgen von Pisagua, die zu dieser Stunde gezwungen sind unter menschen und körperlichen Terror, zwischen den Stein und die Brandung



Die Versen entnommen
Pablo Neruda, Der Große Gesang
Verlag Volk und Welt
Fotos: Heilmich, Studio H & S
Zusammenstellung und Texte: Robert

Mumie — Ausbeuter, Reaktionär. Das volkstümliche Schmähwort war damals noch nicht geprägt — er galt zu seiner Zeit als ein musterhafter kalter Krieger. Gabriel Gonzalez Videla, Präsident-Diktator von 1946 bis 1952; die Kamera traf ihn im April 1973.

Gonzalez hatte sich auf der Woge der antifaschistischen Volksbewegung nach oben tragen lassen, fand sich zunächst bereit, in sein Kabinett Kommunisten aufzunehmen, riß bald aber alle Macht an sich mit Betrug und Terror. Im September 1947 bringt er ein Gesetz durch: »Gesetz zum Schutze der Demokratie«, genannt: das verfluchte Gesetz, das die Kommunisten in Verbannung und Illegalität trieb. Dies waren die Jahre der Schande von Pisagua: 1947, 1948, 1949.

Heute sind in Pisagua nicht nur Kommunisten eingesperrt. Der Erzverräter Pinochet hat einen Querschnitt durch das ganze Volk hierherschaffen lassen. Und er läßt anbauen.

So erschütternd die Parallelität der Zeiten ist — die Geschichte wiederholt sich nicht.



Gonzalez Videla

... In meinem Volk, in meinem Lande kennen wir ihn. Es schläft der Bauer und sinnt, wann werden meine harten Hände die Kehle dieses verlogenen Hundes umklammern können, und der Häuer in der Nacht der friedlosen Wohnhöhle streckt seinen Fuß aus und träumt, daß er mit der Sohle diese schädliche, unersättliche, verkommene Laus zertrat. Man weiß, wer er ist, der hinter einem Vorhang von Bajonetten spricht oder hinter dem unwissenden Vieh der Märkte oder den neuen Händlern, die das Land verschachern, niemals aber hinter dem Volk, das ihn sucht, um eine Stunde mit ihm zu reden, seine letzte Stunde.

salziges Zuchthaus

Warum Minister Rohde schweigt

und Dr. Bodenbinder das Gespräch verschieben muß ...

Bedrohlich verschlechtert sich die soziale Lage der Studenten. Völlig unzureichend sind auch nach der Erhöhung noch die Förderungssätze des BAFöG. Gegen die Interessen der Studenten richtet sich das HRG, dessen „endgültige“ Verabschiedung für den Herbst dieses Jahres angekündigt worden war. Die Sofortforderungen des VDS zum HRG, für die im Sommersemester Zehntausende Studenten in der ganzen Bundesrepublik demonstriert haben, sollen übergangen werden. Angesichts dieser politisch brisanten Situation im Hochschulbereich wandten sich die „roten Blätter“ mit folgenden Fragen an Helmut Rohde, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft:

1. Herr Minister, Ihnen ist sicher bekannt, daß sich die soziale Situation der Studenten sehr verschlechtert hat: Durchschnittsmieten um 150 DM fressen mehr als 33 Prozent (!) des gegenwärtigen BAFöG-Satzes auf. Die Lebenshaltungskosten steigen ebenso wie die Studienkosten permanent an.

Darüber hinaus stehen höhere Wohnheimmieten und höhere Mensapreise ins Haus. In mehreren Bundesländern sollen diese mit Hilfe der neuen Studentenwerks-Gesetze durchgesetzt werden, wonach die Studentenwerke nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten sollen.

Andererseits aber wird den Studenten eine kostendeckende Förderung verweigert. Im Bericht der Bundesregierung zur materiellen und sozialen Sicherung des Studiums wird als Zentralwert für die Lebenshaltungskosten eines Studenten im Jahre 1974 584 DM angegeben, während der Förderungshöchstsatz nach BAFöG nur auf 500 DM festgelegt wurde.

Immer mehr Studenten sind auf Verdienstmöglichkeiten in den Semesterferien und auch im Semester selbst angewiesen (die Zahl dieser Studenten hat sich im Zeitraum von 1971 verdoppelt).

Gleichzeitig aber ist die Zahl der Studentenjobs um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück-

gegangen. Viele Studenten wissen weder aus noch ein. In dieser Lage müssen Studenten auch noch befürchten, daß sie die BAFöG-Erhöhung erst im Frühjahr 1975 ausgezahlt bekommen.

Werden Sie sich angesichts dieser katastrophalen Situation für eine sofortige, unbürokratische Auszahlung der erhöhten Förderungssätze sorgen?

2. 20 DM der Forderung werden jetzt nur noch als Darlehen gewährt. Die daraus im Laufe eines Studiums entstehenden 4000 bis 5000 DM Schulden stellen angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit auch unter Akademikern ein kaum einzugehendes Risiko gerade für sozial benachteiligte Studenten dar. Zumal ihr Wissen und ihre Fähigkeiten aufgrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sehr schnell veralten und wertlos werden, wenn durch die Pressung des Studiums in die Regelstudienzeit die Ausbildung noch spezialistischer und einseitiger wird.

Werden Sie sich dafür einsetzen, daß diese unsoziale Regelung ersatzlos gestrichen wird?

3. Niemand bestreitet heute mehr, daß eine Höchstförderungssumme von 500 DM und eine Elternfreibetragsgrenze von 900 DM viel zu niedrig liegen. Wann gedenkt die Bundesregierung den Höchstsatz auf 600 DM und den Elternfreibetrag auf 1200 DM anzuheben,

wie es VDS und DGB fordern. Immer wieder wird gesagt, man habe kein Geld. Bundeskanzler Schmidt hat in seiner Regierungserklärung weitere Kürzungen der Bildungsausgaben angekündigt. Aber der Rüstungsetat bleibt unangetastet.

Doch auch hier fordern nicht nur die Studenten, sondern zum Beispiel auch die Gewerkschaften eine Kürzung der Rüstungsausgaben zugunsten der Bildungsausgaben. Dänemark, Holland und Belgien haben gezeigt, daß es möglich ist, den Rüstungsetat zu senken. Wenn Sie es mit der Entspannungspolitik ernst meinen, dann ist das bei uns in der Bundesrepublik Deutschland möglich. Wie stehen Sie dazu, auf Kosten der Rüstung die Ausgaben für Bildung zu erhöhen?

4. In den letzten Jahren und besonders in den im vergangenen Sommersemester vom VDS, den ASten und Fachschaften getragenen Aktionen haben die Studenten ihren Forderungen an das Hochschulrahmengesetz Nachdruck verliehen. Die auf der 26. Mitgliederversammlung des VDS von Juso-Hochschulgruppen, SHB, LHV und MSB Spartakus gemeinsam verabschiedeten Sofortforderungen fanden unter Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und auch vielen Mitgliedern der Regierungsparteien große Unterstützung. In These 23 der Forderungen des DGB zur Hochschulreform „fordert der DGB die Beibehaltung der verfaßten Studentenschaft und hält ihr politisches Mandat für unverzichtbar“.

Gerade in den Aktionen der Studenten gegen die unsozialen Auswirkungen von Inflation, Bodenspekulation und Mietwucher für eine Erhöhung des BAFöG wurde unzweideutig klar: Nicht nur Studenten, Arbeiter und Angestellte, Schüler und Lehrlinge sind in der gleichen Weise betroffen. Deshalb suchten und fanden die Studenten viel Verständnis bei der arbeitenden Bevölkerung für ihre Aktionen. Sie traten mitten hinein in das politische Leben unseres Landes und zwar an die Seite der um Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen kämpfenden Arbeiter.

Das sollen die Studenten nicht mehr tun dürfen. Warum? Sie selbst, Herr Minister, haben in einem Artikel in der Neuen Ge-

sellschaft 8/74 formuliert: „Bildungs- und Wissenschaftspolitik dürfe nicht isoliert betrieben werden; sie sind Teil der Gesellschaftspolitik und stehen damit sowohl in Konkurrenz als auch in gegenseitiger Abhängigkeit zu anderen gesellschaftlichen Ansprüchen.“ Soll dieser Satz nicht mehr gültig sein? Warum sollen die ASten und Fachschaften und VDS sich auf ein sogenanntes „Hochschulpolitisches Mandat“ beschränken, wo doch jeder weiß, daß Hochschulpolitik und allgemeine Politik nicht voneinander zu trennen sind.

5. Der DGB fordert in seinen 23 Thesen zur Hochschulreform nicht nur die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, sondern er spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung eines Ordnungsrechtes aus. Auch demokratische Wissenschaftler und Juristen haben oft ihre Ablehnung deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie wollen das Recht auf uneingeschränkte Kritik arbeiterfeindlicher, militaristischer Forschung und Lehre wahrnehmen dürfen und solche Professoren zur Rede stellen können wie den Herrn Engels in Frankfurt, der Arbeiter als Sozialparasiten bezeichnete.

Obwohl auch in weiten Kreisen der SPD und FDP ein Ordnungsrecht abgelehnt wird, scheint die SPD-Führungsspitze bereit zu sein, der CDU/CSU nachzugeben und ein Ordnungsrecht in das HRG aufzunehmen.

Werden Sie als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer in der SPD den Forderungen der Gewerkschaften, den Forderungen der überwiegenden Mehrheit der Hochschulangehörigen Rechnung tragen und mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ein Ordnungsrecht zu verhindern?

6. Herr Minister, unsere letzte Frage bezieht sich ebenfalls auf eine der Kernforderungen der demokratischen Studentenbewegung an das Hochschulrahmengesetz. Von ihrem Vorgänger wurde immer wieder die Studienreform zum Kernstück der Hochschulreform erklärt. Als Voraussetzung für diese Studienreform wurde von den führenden Bildungspolitikern aller Bonner Bundestagsparteien stets die vorweggenommene Festsetzung von Regelstudienzeiten bezeichnet.

Nun wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Studenten mutwillig ihre Studienzeit verlängern – die jüngste Umfrage Ihres Ministeriums bewies im Gegenteil, daß Studenten daran kein Interesse haben. Im Gegenteil, sie wollen möglichst schnell fertig werden.

Die Ursachen für lange Studierendauer müssen also woanders gesucht werden. Immer mehr Studenten müssen zum Beispiel während der Semesterferien und in

rapide wachsendem Umfang auch während des Semesters Geld verdienen, um ihr Studium finanzieren zu können. Diese Zeit geht dem Studium verloren.

Aber auch ein unübersehbares, unkoordiniertes Lehrangebot, chaotische Studienbedingungen und undurchschaubare Studiengänge, in denen sich die Studenten nur schwer zurechtfinden, verlängern das Studium.

Wir fragen Sie, wird nicht mit den Kurzstudienzeiten den Studenten die Möglichkeit genommen, sich mit den gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen ihres Faches, mit ihrer Berufsperspektive und ihrem eigenen gesellschaftlichen Standort auseinanderzusetzen, wird ihnen nicht die Möglichkeit genommen, sich ihrer eigenen politischen und sozialen Interessen bewußt zu werden und aktiv dafür einzusetzen.

Sind Sie der Meinung, daß mit administrativen Studienzeitbegrenzungen das Problem der langen Studienverweildauer zu lösen ist?

Werden Sie sich als Gewerkschaftsmitglied entsprechend den Vorstellungen des DGB gegen die Einführung von Regelstudienzeiten wenden? Soll die Studienreform Ihrer Auffassung nach an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert werden oder soll sie an den Verwertungsinteressen der großen Kapitaleigner ausgerichtet werden?

Sie irren, Herr Minister!

Minister Rohde war nicht bereit, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Vielmehr ließ er durch den Leiter des Ministerialbüros, Dr. Bodenbinder, gegenüber den „roten Blättern“ erklären, daß er es im Augenblick „nicht für opportun“ halte, zum HRG Stellung zu nehmen, denn es sei „jetzt die Stunde des Parlamentes“, über das HRG zu befinden. Auf Nachfragen der „roten Blätter“, ob denn eine Terminplanung für die Verabschiedung des HRG bestehe oder ob angesichts der im November stattfindenden hessischen Landtagswahlen wenigstens eine Orientierung für einen politischen Fahrplan existiere und wie diese aussähe, wollte Dr. Bodenbinder nichts von einer solchen Planung wissen. „Nein“, sagte er, „das ist Aufgabe der Fraktionen im Bundestag.“ Die Regierung habe da keine Vorstellungen. Das mag glauben wer will. Aber immerhin, eine Regierung ohne Vorstellungen darüber, wann sie ein bestimmtes Gesetz verabschiedet sehen möchte, wäre eine bundesrepublikanische Neuerfindung.

Einige Überlegungen wert dagegen ist des Ministers Opportunitätsgedanke. Was bringt Herrn Rohde, der — was von interessierten Kreisen gern und oft betont wird — aus der Gewerkschaft kommt, dazu, die Beantwortung von Fragen für nicht opportun zu halten, zu denen die ÖTV, die GEW und der DGB ganz eindeutige Positionen geäußert haben? Hat das Gewerkschaftsmitglied Rohde diese Positionen der Gewerkschaften schon soweit verlassen, daß nicht einmal mehr eine wortreiche Verschleierung dieses Tatbestandes ihm möglich erscheint? Soll wenigstens ein Minister dieser Bundesregierung für die kommenden Wahlen ein arbeiterfreundliches Image behalten in einer Zeit, in der die arbeiter-, lehrlings- und bauernfeindliche Politik der Bundesregierung durch Lohnleitlinien und Maßhalteappelle nicht etwa an die maßlos preistreibenden Großkonzerne, sondern an die Adresse der werktätigen Menschen in unserem Lande allzu offensichtlich wird?

Was im Gegensatz zu seinem pharisäergleichen Schweigen in Sachen HRG bewegt den Minister, mit uns und zwar „in einem halben Jahr“ speziell über die sozialen Probleme der Studenten sprechen zu wollen, wo doch nach Auskunft Dr. Bodenbinders „erst in eineinhalb Jahren“ eine neuerliche Anpassung der BAFöG-Richtsätze auf der Tagesordnung stünde, da man „ja gerade jetzt erst“ das BAFöG erhöht habe? Ahnt Helmut Rohde, daß er eineinhalb Jahre zu den ständigen sozialen Verschlechterungen nicht schweigen kann, weil es bis dahin an den Hochschulen schon längst gekracht hat? Ermuntert durch diese erste Andeutung eines Zurückweichens des Ministers hakten die „roten Blätter“ nach: wie es denn damit sei, daß nach Meldung der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 16. August dieses Jahres auf einer Klausurtagung die Ministeriums-spitzen ein Stagnieren des Elternfreibetrages für die nächsten nach dem Gesetz fälligen Anpassungen der BAFöG-Richtsätze beschlossen hätten, um den Kreis der Geförderten „auf keinen Fall“ zu erweitern? „Eine Entscheidung in dieser Richtung gibt es nicht“, antwortete der Leiter des Ministerbüros. „Und Überlegungen in dieser Richtung gibt es auch keine?“ bohrten die „roten Blätter“ weiter. „Ja, Überlegungen... das kann man nicht sagen... äh... viele Überlegungen spielen eine Rolle.“ Na, damit ist die Katze aus dem Sack: Weniger Arbeiterkinder an die Hochschulen — diese Überlegung spielt bei diesem Minister, Gewerkschaftsmitglied, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, „eine Rolle“. Denn die Löhne werden steigen, damit die Inflationsverluste ausgeglichen werden können, und damit wird das

Studium für Arbeiterkinder bei Stagnieren des Elternfreibetrages noch unerschwinglicher.

Kein Wunder, daß der Minister in dieser Frage zurückhaltend taktiert: die Gemeinsamkeit Arbeiterinteressen und studentischer Interessen wird immer deutlicher. Die Losung des Studentenaktionsprogrammes des MSB Spartakus: „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ läßt Minister Rohde Böses ahnen.

Wenn Sie, Herr Rohde, auch glauben, zur sozialen Misere der Studenten sei „jetzt nichts zu sagen“, dann irren Sie sich.

Studenten an der Seite der um höhere Löhne kämpfenden Arbeiter

werden in der neuen BAFöG-Runde dafür sorgen, daß auch Sie bald etwas zum BAFöG zu sagen haben werden.

Arbeiter und Studenten werden gemeinsam ihr Recht auf eigenständig organisierte Interessenvertretung, ihr Recht auf die Gewerkschaften und die verfaßte Studentenschaft, gegen alle Angriffe der Schleyer und Abs, der Meyer und Rau, der Friderichs und Rohde verteidigen. Deshalb irren Sie auch darin, wenn Sie glauben, um das studentenfeindliche HRG den Mantel des Schweigens legen zu können!

Wir sprechen uns wieder, Herr Rohde!

Arbeiterjugend bei Rohde

Mit einem guten Blick für öffentlichkeitswirksame Aktionen organisierte der neue Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, ein Treffen mit 25 jungen Gewerkschaftern unter dem Thema: Berufliche Bildung. Presse und Fernsehen stellten das Gespräch wunschgemäß groß heraus. Wie das Gespräch wirklich verlief, schildert einer der 25 Gäste, der Kollege Roland Walter aus Rastatt, in der Gewerkschaftszeitung 'ran': „Das Ganze begann mit großem Bahnhof. Tagesschau, Presse und so. Die sich anschließende Diskussion hatte im wesentlichen folgende Fragen zum Inhalt: Integration der beruflichen Bildung, Lehrstellen-Verknappung, Berufsberatung, Berufsschule, Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und die ‚Markierungspunkte‘ der Bundesregierung. Es wäre müßig, hier alle Argumente und Diskussionsbeiträge aufzurollen. Eines aber wurde uns, je länger das Gespräch dauerte, immer deutlicher bewußt: Uns wurde mit vielen Worten praktisch nichts gesagt.“

Fast jeder angesprochene Punkt wurde bereits überprüft. Natürlich seien unsere Forderungen berechtigt. Nur als es darum ging, die freie Entscheidung der Unternehmer, wer in welchem Beruf und wo ausgebildet wird, einzuschränken — da konnte man natürlich nicht zustimmen. Sorgfältigst ausgeklammert wurden in den Antworten auch unsere Fragen zur Macht der Unternehmer. Kolleginnen und Kollegen als Alibi vor den Fernsehkameras aufbauen, ein Schwätzchen halten, zeigen, daß man an der Meinung der Jugend interessiert ist — soweit ist die Sache in Ordnung. Aber politisch



diskutieren — da hört der Spaß auf. Zum Schluß noch zwei kurze Interviews fürs Fernsehen. Und aus.

Wir saßen derweil über einem Spesenabrechnungsförmular. Und zerbrachen uns die Köpfe zunächst nicht darüber, was bei dem Gespräch herausgekommen war, sondern wo man die Taxikosten einträgt. Die Meinung war, als wir gingen, fast einhellig: Man hatte Jugendliche als Alibi gebraucht. Denn 180 Minuten Diskussion sind für das schwierige Thema ‚berufliche Bildung‘ viel zu wenig. Da standen wir nun wieder am Bahnhof. 12, 15 und mehr Stunden waren wir unterwegs gewesen — für zweieinhalb Stunden fruchtloses Geschwätz.“



„AStA muß linksradikalen Dachverband verlassen“ – so verkündet die WELT das Ergebnis einer Klage gegen den AStA der Universität beim Obergerverwaltungsgericht Hamburg. Die Kläger: Thomas Müller, Roland Kimmich, beide RCDS. Kimmich fast schon eine Berühmtheit: vor Jahren führendes Mitglied der „Liste Unabhängiger Kandidaten“ im SP der Uni Hamburg – Bündnisliste von RCDS und Neofaschisten; einer der Regisseure der ZDF-Magazin-Horrorshows „SPARTAKUS“- und „SHB-Tribunal“; Fachmann für „Hochschulpolitik“ in der WELT-Redaktion; Gegenspieler des „Linksabweichers“ (Kimmich) Jürgen Echnernach an der Spitze der Hamburger CDU. Der Richter: Dr. Siebeler, Präsident des 3. Senats des OVG Hamburg; langjähriger Mitarbeiter des Hamburger 1. Bürgermeisters Peter Schulz (SPD); verantwortlich schon für ein Urteil gegen den Uni-AStA, das diesem die Wahrnehmung des politischen Mandats untersagen soll, verantwortlich auch für die „rechtliche“ Bestätigung des Berufsverbots gegen den Lehrer Peter Gohl.

Das Urteil: „Der Allgemeine Studentenausschuß muß aus seinem Dachverband, dem Verband Deutscher Studentenschaften, mit sofortiger Wirkung austreten, darf in den Organen des vds nicht mehr mitwirken und weder Mitgliedsbeiträge an ihn abführen noch ihn mit sonstigen Geld- oder Sachmitteln unterstützen.“ Die Revision beim Bundesverwaltungsgericht in West-Berlin wird als zulässig erklärt und ist inzwischen eingelegt.

Soweit die Fakten. Wichtig nur für Hamburger Studenten?

Sehen wir uns die Begründung dieses Urteils an. Der Kampf um die Ratifizierung der Verträge, für Frieden und Abrüstung, der Kampf um die Freiheit der un-

terdrückten Völker – Meilensteine der Studentenbewegung: hier werden sie, von verfaßten Organen wahrgenommen, als illegitim, als außerhalb verfassungsmäßiger Ordnung diskriminiert. Hier wird abgesteckt, was unter der von der Reaktion geforderten Beschränkung auf ein „hochschulpolitisches Mandat“ zu verstehen ist. Kritik an Forschung und Lehre, wenn das Wort „Militarismus“ auf dem Index steht? Sozialkampf ohne Benennung von Gegner und Finanzierungsquellen?

Mehr noch: die Urteilsbegründung nennt politische Positionen, die seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung, in breiten demokratischen Initiativen verankert sind. Gegen Militarismus eintreten, für

Frieden und Abrüstung kämpfen – diese Aufgabe bildete schon vor 60 Jahren die Scheidelinie zwischen Arbeiter- und Monopolinteressen, zwischen den Liebknechts und den Krupps. Die Wiederaufrüstung war Anlaß für eine der breitesten demokratischen Bewegungen der Nachkriegszeit. Aus solchen politischen Kämpfen sollen die demokratischen Studenten ausgeschaltet werden, diese Bewegungen selbst sollen als verfassungswidrig klassifiziert werden.

Das Urteil soll die Aktionsfähigkeit des vds lähmen. Es soll ihn, über die Verweigerung der Finanzierung aus Bundesmitteln hinaus, eines Teils seiner finanziellen Grundlage berauben, es soll gewaltsam die Mehrheitsverhältnisse ändern auf seinen Mitgliederversammlungen, im vds-Zentralrat. Die WELT bestätigt das Urteil als einen Schlag gegen die „Volksfront-Kumpaneel“ des vds, eine Welle von Stellungnahmen und Solidaritätsadressen aus der ganzen BRD ausgelöst. Jugend- und Studentenorganisationen, Wissenschaftler, Gewerkschafter, mehrere ASten, selbst Mitglieder der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP, auch Juristen wie der Frankfurter Obergerverwaltungsrichter Dr. Heinz Düx, gaben ihrer Bestürzung und Enttäuschung Ausdruck. Düx: „Im ganzen handelt es sich hier um einen Versuch, eine Institution, in der linke Kräfte bestimmend sind, aus weltanschaulichen Gründen mundtot zu machen.“

An der Uni Hamburg selbst löste das Urteil Empörung hervor. Eine

Politisches Mandat der Studentenschaft

Der Akademische Senat der Hamburger Universität hat sich mit der Forderung der Studentenschaft nach ungehinderter politischer Betätigung solidarisiert. Der Senat beschloß eine Kritik am Urteil des Hamburgischen Obergerverwaltungsgerichts, das dem AStA die Mitgliedschaft im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) untersagt. Wörtlich heißt es in dem Beschluß: „Der Akademische Senat setzt sich dafür ein, daß der Universität und der verfaßten Studentenschaft ein politisches Mandat zukommt. Er ist der Auffassung, daß dies auch von den überregionalen Zusammenschlüssen der Universitäten und der Studentenschaften zu gelten hat. Der Akademische Senat empfiehlt der Studentenschaft, gegen das Urteil des Hamburgischen Obergerverwaltungsgerichts ... Revision beim Bundesverwaltungsgericht einzulegen.“ DVZ, 18. 7. 1974

öffentliche SP-Sitzung wurde zur Protest-Veranstaltung mit über 1000 Teilnehmern.

Eines ist schon deutlich geworden: die Hamburger Studenten werden im Wintersemester ihren Kampf um ihre sozialen und politischen Interessen zu verbinden wissen. Die Angriffe der Herrschenden laufen auf beiden Ebenen. Der Kampf gegen dieses Urteil wird sich nicht abstrakt gegen die bürgerliche Klassenjustiz richten. Das Urteil stößt auch den letzten mit der Nase drauf: Es geht um die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit Beitragshoheit und politischem Mandat. Kampf dem reaktionären HRG – das wird in Hamburg im nächsten Semester ganz besonders heißen: Kampf dafür, daß solche entwürdigenden Urteile künftig unmöglich werden.

Das Wintersemester wird erneut beweisen, welche wichtige Rolle die Verfaßten Organe in den studentischen Kämpfen spielen; Kampfmaßnahmen gegen Mieterhöhungen und für mehr BAFöG werden immer auch Kämpfe um die politischen Rechte der Studenten und ihrer Organe sein.

Der Hamburger Spartakus wird alles dafür tun, daß die Urabstimmung zur verfaßten Studentenschaft, die im Winter anläßlich der Zusammenführung der Dachverbände vds und SVI stattfindet, zu einem machtvollen Votum der demokratischen Studentenbewegung wird. Zu einem Votum der Hamburger Studenten für die Fortsetzung der Politik des vds und dieses AStA, für das politische Mandat, für den Verbleib des Hamburger AStA im vds, wie für die Wiederfinanzierung des vds.

Wolfgang Althoff

hochschule



Schlange stehen, unklare und verwirrende Verwaltungsangaben, kaum Informationen über das Studium, das sind einige Erfahrungen, die fast alle Erstsemestler zu Beginn ihres Studiums machen.

Mit diesem Sonderteil der roten blätter wollen wir erste, kurze Informationen, Orientierungen und auch Hilfen geben. Zwangsläufig muß vieles dabei sehr allgemein bleiben, weil es doch noch immer recht unterschiedliche Bedingungen an den einzelnen Hochschulen gibt.

Wir informieren ganz konkret: Wie kann man was wo erreichen.

Zugleich wollen wir einen politischen Einblick in die Lage an den Hochschulen unseres Landes geben. Zeigen, was die Studentenbewegung bisher erreicht hat. Welche Aufgaben vor uns stehen. Welche Möglichkeiten und auch Aufgaben jeder Studienanfänger hat.

Daß man sich der Politik kaum entziehen kann, wird man spätestens im 200-Mann-Seminar merken, wenn man, eingezwängt, glücklich einen Sitzplatz ergattert hat und dem ermüdenden Lehrstoff zu folgen sucht. Und überlegt, wie man Abhilfe schaffen kann. Wie man diese Verhältnisse ändern kann.

Auch hier gibt unser Erstsemestermagazin nur erste Anregungen. Das reicht nicht aus.

Darum schlagen wir vor: Geht zu den Fachschaftsräten! Besucht die Studienberatungen der Fachschaftsräte.

Und vor allem natürlich: Fragt die Spartakisten an eurer Uni. Auch dafür sind sie da.

Erstsemester magazin

Studium — was kann man machen?

„Tja“, meinte Heinz, „man hat natürlich bestimmte Erwartungen, Vorstellungen, wenn man anfängt ist klar.“

Natürlich will ich eine ordentliche Ausbildung erhalten, um später in gesicherter Berufsstellung arbeiten zu können.

Dazu gehört, daß ich mich ohne große und ständige Sorgen um meine soziale Sicherheit studieren kann, daß ich beim Studieren gute Arbeitsmöglichkeiten habe, im Seminar mal selber fragen und auch zu Wort kommen kann.

Und dazu gehört natürlich auch, und das haut jetzt schon nicht hin, daß ich das Studium richtig in den Griff bekomme, daß die Studienziele einsichtig und erkennbar sind, daß ich einen Überblick übers Studium erhalte.“ Soweit Heinz Felskow aus Bochum, als die roten blätter mit ihm über seine Studien-erwartungen sprachen.

Vier Punkte hatte er in den Mittelpunkt gestellt, vier Bereiche, von denen man schon jetzt sagen kann, daß Heinz' Erwartungen unter den herrschenden Studienbedingungen nicht erfüllt werden. Denn eine **soziale Absicherung des Studiums** findet nicht statt. Die Ausbildungsförderung reicht hinten und vorne nicht. Jobs gibt es weniger als je zuvor.

Denn „an den Hoch- und Fachhochschulen kann man nur noch begrenzt studieren... Entweder sind die Seminare hoffnungslos überfüllt oder durch rigoros begrenzte Teilnehmerzahl nur einer Minderheit zugänglich. In den Bibliotheken fehlen wichtige Bücher, neue wissenschaftliche Literatur kann aus Geldmangel nicht angeschafft werden. Überall fehlen Laborplätze...“ (Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus, „für die eigenen Interessen kämpfen, mit der Arbeiterklasse kämpfen“, S. 6). Das ist die **materielle Studiensituation** auch am Anfang dieses Wintersemesters.

Denn „zu den unzureichenden Studienbedingungen tritt eine **Ausbildung, deren Qualität den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht entspricht**. In überfüllten Vorlesungen wird ‚Wissen‘ verlesen. Didaktische Aufbereitung des Stoffes für die Studenten wird

nicht geleistet. Wissenschaftliches Studium, das eigenständiges Forschen und Lernen der Studenten in Zusammenarbeit mit anderen Kommilitonen und Dozenten in den Seminaren verbindet, scheitert nicht nur an der materiellen Ausstattung, sondern wird oft von den Ordinarien unterbunden. Die Einbeziehung der späteren Berufspraxis fehlt in fast jedem Ausbildungsgang, Studium und Berufspraxis erscheinen als völlig zusammenhanglose Bereiche. Mit einem irrationalen Klausuren- und Prüfungssystem wird Wissenschaft auf einen Kanon abrufbarer Fakten reduziert, der von den Studenten eingepaukt werden soll“ (Studentenaktionsprogramm, S. 6).

Denn eine Ausbildung unter solchen Bedingungen bietet **keine genügenden Qualifizierungsmöglichkeiten**, die notwendig wären für eine gesicherte berufliche Existenz. Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche und zunehmende Unsicherheit im Beruf sind schon heute die Folgen.

Einen realistischen Ausweg aus dieser Situation zu zeigen, darauf zielt das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus. Mit diesem Programm wendet sich der MSB Spartakus an alle Studenten, die mit ihrer Lage unzufrieden sind, die nach einer Al-

ternative zu den bestehenden Zuständen an den Hochschulen suchen. Mit diesem Programm entwickeln wir Vorschläge für das gemeinsame Handeln der Studenten, versuchen wir die gemeinsamen Interessen, die konkreten Anknüpfungspunkte für gemeinsame Praxis von Arbeitern und Studenten herauszuarbeiten. Wer wissen möchte, was der MSB Spartakus an den Hochschulen will, welche Vorstellungen, Alternativen und Kampfziele er für die Lehrstudenten, die Mediziner, die Juristen, die Fachhochschüler, für alle Studenten entwickelt, findet darauf in diesem Programm eine Antwort.

In diesem Programm wird die Konzeption einer Studienreform erarbeitet, die eigenständiges Arbeiten und selbständige Erkenntnis ermöglicht, Ausbildung und Forschung integriert und orientiert ist an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, nicht am Profitinteresse einer herrschenden Minderheit. Wir entwickeln Vorschläge für ein Studium, das breite Qualifikation und Erkenntnis der gesellschaftlichen Funktion von Ausbildung und Beruf verbindet und Vorschläge für eine demokratische Berufspraxis.

Dabei gehen wir aus von der Frage: **Wozu und wem sollen Wissenschaft und Ausbildung nützen?** Jeder Student wird sehr schnell merken, daß zum Beispiel in München an der Technischen Universität allein 200 Wissenschaftler an Forschungsaufträgen der Rüstungsindustrie beteiligt sind, daß an allen Universitäten Wissenschaftler daran arbeiten, die Verhältnisse hier in unserem Lande als naturgegeben und vernünftig zu rechtfertigen.

Aber die gegenwärtigen Kernprobleme bleiben ausgeklammert: **Wie kann man der krisenhaften Entwicklung in den westlichen Industriestaaten begegnen, wie die Ursachen der Inflation auf-**



decken, wie die ungerechte Einkommensverteilung verändern? Ebenfalls ausgeklammert bleiben die Fragen nach der Schaffung humaner Arbeits- und Lebensbedingungen für die arbeitende Bevölkerung wie **Gesundheitsversorgung, Arbeitsschutz, Beseitigung der Umweltverschmutzung, Möglichkeiten der Bildung und Weiterbildung für die Werktätigen**.

Ausgeklammert bleiben in der gegenwärtigen Ausbildung ebenso die **Probleme der Beseitigung von Krieg und Aggressionen**. Gegen die biologistische Verklärung von Kriegen und imperialistische Aggressivität setzen wir die objektive Analyse der politisch-ökonomischen Wurzeln der Kriege. Zugleich entwickeln wir den politischen Kampf gegen die Nutzarmachung der Wissenschaft für die NATO-Strategie durch die Bundeswehrhochschulen, gegen die militaristische Durchdringung der Ausbildungsinhalte, gegen revanchistische und rassistische Theorien.

Zu allen diesen Fragen haben wir in unserem Studentenaktionsprogramm für alle Gruppen der Intelligenz Vorstellungen darüber entwickelt, wie ihr spezieller Beitrag im Rahmen eines solchen Kampfes im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Interesse einer internationalen Entwicklung zu Frieden aussuchen kann.

Im Rahmen dieses Kampfes für eine demokratische Studienreform fordern wir die Verankerung des Marxismus in allen Studiengängen. Denn der Marxismus stellt die entscheidenden Fragen nach den Ursachen der gesellschaftlichen Entwicklungen, unter denen die arbeitende Bevölkerung und auch immer stärker die Studenten zu leiden haben, und er beantwortet sie, indem er den Weg zur Veränderung zeigt. Dabei versuchen die herrschenden Parteien mit allen Mitteln eine unverfälschte Darstellung des

und die Kämpfe der Arbeiter dort berichtet haben. So arbeiten unorganisierte Studenten gemeinsam mit Spartakisten in demokratischen Bürgerinitiativen mit, zum Beispiel zur Stadtsanierung, zum Umweltschutz, zur Bekämpfung des Fluglärms. Und setzen so ihre Kenntnisse aus dem Studium bereits während der Ausbildung zum Nutzen der Bevölkerung ein (siehe zu dem gesamten Bereich auch das Protokoll des 3. Bundeskongresses, Bonn 1974, S. 36 ff).

Im Studentenaktionsprogramm hat der MSB Spartakus zugleich eine Reihe Vorschläge entwickelt, wie wir um eine demokratische Studienreform kämpfen können: „Entwickeln wir gemeinsam mit den Gewerkschaften Vorstellungen über eine demokratische Berufsausbildung und -praxis!“

Nutzen wir alle Möglichkeiten, angefangen bei der Vorlesungskritik über die Durchsetzung fortschrittlicher Autorenprogramme bis zum Kampf gegen Berufs- und Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten.

Nehmen wir Einfluß auf die Seminargestaltung! Mit Hilfe der Fachschaften und ASten müssen Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die zu entscheidenden Fragen des Studiums, der Berufsperspektive und der gesellschaftlichen Funktion der Wissenschaft fortschrittliche Alternativen entwickeln“ (Studentenaktionsprogramm, S. 42).

Dieser kurze Abriss zeigt, daß niemand die Widersprüche zwischen berechtigten Studierenerwartungen und der Realität im Lehrbetrieb unserer Hochschulen passiv hinnehmen muß, sondern daß es eine große Anzahl von Möglichkeiten gibt, sich dagegen zu wehren und die Zustände zu verändern.

Das Studentenaktionsprogramm des Spartakus gibt dafür viele Orientierungshilfen und Aktionsvorschläge. Zugleich fordern wir alle Studenten auf, jede Aussage dieses Programms anhand der Lage der jeweiligen Hoch- und Fachschule zu prüfen, die Forderungen für die jeweiligen Fachbereiche und Seminare weiter zu konkretisieren und sie in der Praxis gemeinsam zu erkämpfen. Dieses Programm ist im Dezember 1972 als Entwurf von Studenten, Dozenten, Professoren und Persönlichkeiten aus dem nicht-universitären Bereich in allen Hochschulen diskutiert worden. Nach dieser breiten Diskussion wurde eine große Anzahl von Verbesserungsvorschlägen in das Programm eingearbeitet und das Programm dann im Februar 1973 auf dem 2. Bundeskongreß des MSB Spartakus verabschiedet.

Ihr erhaltet das Programm bei jedem Spartakisten und beim Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn, Postfach.

Einige Hinweise zum Studienbetrieb

Was ist der Unterschied zwischen einem Tutor und einem Dozenten? Was sind die wichtigsten Lehrveranstaltungen? Was ist ein Schein? Wo und auf welche Weise kann man dieses anscheinend sehr wichtige Stück Papier erhalten? Über das, was mit dem Studium auf jeden zukommt, finden viele keinen Einstieg ins Studium und erleiden frustrierende Rückschläge. Dadurch geht viel Zeit verloren. Die fehlt dann bei der fachlichen Qualifikation, aber auch beim Engagement für die Durchsetzung der politischen und sozialen Interessen.

Deshalb werden wir im folgenden kurze Informationen über Studienberatung, über die Lehrkörperstruktur, den Charakter der unterschiedlichen Lehrveranstaltungen und über die Etappen eures Studienganges geben. Dazu gehören ebenfalls Hinweise auf Formen des selbstorganisierten Lernens, auf die Benutzung von Bibliotheken, auf Prüfungsordnungen und Belegformalia. Fangen wir mit dem Belegen an. Vielfach geschieht es so, daß ihr die Veranstaltungen, die ihr besucht, in einem Belegformular festhalten müßt, es der Uni-Verwaltung zur Registrierung vorlegt, und das bestätigte Exemplar in eurem Studienbuch abheftet. (Haltet unbedingt die bekanntgegebenen Fristen ein.)

Bei den Fachschaftsräten erfahrt ihr meist, welche Vorlesungen, Übungen und Seminare man am sinnvollsten im ersten Semester belegt. Was man für die spätere Zulassung zur Prüfung belegen muß, ist in den Studien- und Prüfungsordnungen festgelegt. Denn



„die Inhalte und der Ablauf des Studiums werden in hohem Maße von den Prüfungsregelungen bestimmt. Dabei tragen die bestehenden Prüfungsbedingungen dazu bei, die Konkurrenz unter den Studenten zu fördern und solidarisches Verhalten bei der Bewältigung der Studienprobleme zu verhindern“. (Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus, S. 41.)

Studien- und Prüfungsordnung

In ihnen ist also festgelegt, wieviel Semester z. B. studiert werden können, welche Seminare zur Ablegung von Prüfungen belegt werden müssen und wann und in welcher Art und Weise Zwischenprüfungen abzulegen sind.



Marxismus an den Hochschulen zu verhindern. Das geht bis zu kalten Bücherverbrennungen wie in München, wo Veröffentlichungen des Marxisten Professor Holzer per Behördenbeschuß aus der Universitätsbibliothek verbannt wurden.

In diesem Kampf um eine demokratische Studienreform hat der MSB Spartakus vielfältige Initiativen gestartet. Neben den Diskussionen, der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Wissenschaftlern in den Seminaren haben wir uns bemüht, das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung praktisch voranzubringen. So haben Gießener Genossen die Gastprofessur eines Professors von Bayer Leverkusen zum Anlaß genommen, um Genossen der DKP-Betriebsgruppe einzuladen, die dann vor den Studenten über die Arbeitsbedingungen bei Bayer

Zulassung zu Prüfungen: Scheine

Zur Zulassung zu diesen **Zwischenprüfungen** oder auch zu **Hauptprüfungen** wird eine Anzahl von Scheinen gefordert. Die Scheine bestätigen die regelmäßige Teilnahme an Pflichtveranstaltungen. Sie können aber auch von einem erarbeiteten Referat abhängig gemacht werden oder von einer bestandenen Klausur.

Darum fragt den Dozenten am besten gleich in der ersten Veranstaltung, welcher Stoff erarbeitet werden soll, welche Vorschläge die Dozenten für den Ablauf der Übungen/Seminare/Vorlesungen haben, ob Prüfungen oder Klausuren geplant sind und unter welchen Bedingungen man einen Schein erhält. Sollte der Dozent auf die Fragen nicht eingehen oder eurer Meinung nach zu hohe oder unbegründete Forderungen stellen, dann geht am besten zum Fachschaftsrat oder fragt auch Spartakisten danach, was ihr tun könntet. Laßt euch auf jeden Fall nichts gefallen. Nehmt euer Studium von der ersten Stunde selbst in die Hand und wehrt euch gemeinsam mit den anderen Kommilitonen! Denn „die objektiv leistungshemmenden Klausuren und Prüfungen, die nur eingepauktes Faktenwissen kontrollieren und als Selektions- und Disziplinierungsmittel dienen, müssen abgeschafft werden. Sie sind durch Prüfungsformen zu ersetzen, die auf selbständiges wissenschaftliches Arbeiten orientiert sind“ und zur kollektiven Bewältigung des Stoffes anleiten. (Studentenaktionsprogramm, S. 41 f.) Darum fordert der MSB Spartakus in seinem Studentenaktionsprogramm eine studienbegleitende Wissenskontrolle, die Erarbeitung kollektiver Arbeiten bei Prüfungen, die freie Wahl der Prüfer und die öffentliche und demokratische Kontrolle der Prüfungen. (Studentenaktionsprogramm, S. 42.)

Tutoren

Zur Unterstützung eurer Arbeit an bestimmten Themenkomplexen in Kleingruppen, bei der Arbeit in Projekten und eventuell auch in selbstorganisierten Seminaren werdet ihr des öfteren mit **Tutoren** zusammenarbeiten. Tutoren sind studentische Lehrkräfte. Angesichts der Haushaltsmittel, die viel zu wenigen Unis gewährt werden und den somit geringen Kapazitäten an ausgebildeten Lehrkräften kommt ihnen oft die Funktion eines billigen Lückenbüßers zu.

Diese Politik des schmalen Geldbeutels für die Bildung setzt auch die Regierung Schmidt/Genscher fort. Auch bei ihr liegt die Priorität bei den Rüstungsausgaben.

Das Lehrangebot an den einzelnen Instituten und Fachbereichen wird in verschiedenen Formen von Lehrveranstaltungen vermittelt: Vorlesungen, Seminare und Praktika.



Hannoversche Presse

In der Medizinischen Fakultät ist noch Platz für einen Hörer mit 35 Zentimeter Beckenbreite ...

Vorlesungen sind Veranstaltungen, die einen abgerundeten Überblick über den aktuellen Stand eines großen Gebietes einer wissenschaftlichen Fachdisziplin gewährleisten sollten. Sie bieten bei einer guten Strukturierung durch den Dozenten und der Arbeit mit überschaubarer Literatur ein Einblick in die Schwerpunkte eines wissenschaftlichen Teilgebietes des jeweiligen Faches. Demgegenüber sollten Seminare der Einführung in ein begrenztes Gebiet einer Wissenschaft dienen und den Lehrstoff vertiefen.

Sie sollten den Studenten durch kollektive Arbeitsformen und überschaubare Seminargrößen aktiv in die Bewältigung und Aneignung des Stoffes einbeziehen und ihn zur wissenschaftlichen Arbeit qualifizieren.

Vorlesungen Übungen und Praktika

Übungen und Praktika sollten entweder an die Hilfswissenschaften einer Disziplin heranführen oder die experimentellen Fähigkeiten z. B. bei Chemikern, Mediziner usw. entwickeln. Daß wir „sollten“ geschrieben haben, hat seine Gründe. Denn meistens könnt ihr davon ausgehen, daß die einzelnen Veranstaltungen das nicht bieten. Mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studenten bei der inhaltlichen und formalen Gestaltung der Seminare, das Drohen mit Sanktio-

nen bei Forderungen nach Diskussionszeit in den Vorlesungen, ungenügende materielle Ausstattung, das Fehlen von didaktischen Hilfsmitteln wie Tonband, Diaprojektor usw. sowie überfüllte Vorlesungen und Seminare sind das bestimmende Bild an bundesdeutschen Hochschulen.

Studienkollektive

Zur gemeinsamen Bewältigung des Studiums haben sich vielerorts **Studienkollektive** gebildet. Sie können zwar auf keinen Fall die Mängel des offiziellen Studienbetriebes ausgleichen, sie können aber eine gute Hilfe bei der Vertiefung des Selbststudiums, bei der gemeinsamen Vorbereitung auf Vorlesung und Seminare sein, bei der Diskussion der vielfältigen Probleme während des Studiums.

Diese Studienkollektive entstehen natürlich nicht von selbst. Eine einfache Frage an Spartakisten genügt oft, um bei schon bestehenden Studienkollektiven mitarbeiten zu können. Ihr könnt aber auch in den Seminaren dazu aufrufen, ob nicht noch andere Kommilitonen bereit sind, in einem Studienkollektiv mitzumachen.

Fachliteratur

Die wichtigste **Fachliteratur** findet ihr in den Instituten bei den sogenannten Präsenzbibliotheken. Hier kann man tagsüber Literatur durcharbeiten und hat die Möglichkeit, Bücher über das Wochenende auszuleihen. In den Uni-Bibliotheken findet man dagegen vor allem die allgemeinen Lehrbücher, die man dort für längere Zeit ausleihen kann.

AStA Fachschaften VDS

Jeder Student, der an eine Hochschule kommt, ist mit einer Menge neuer Probleme konfrontiert. Die unzureichende Ausbildungsförderung, erfolglose Budensuche, die Organisation des Studiums, der Studiengang, Zwischenprüfungen, Prüfungsordnungen werfen viele Fragen auf. An wen soll man sich wenden? „Geh doch mal zum Fachschaftsrat“ – „Ich glaube in deiner Fachschaft arbeitet eine Erstsemestergruppe“ – „Wir haben hier ein AStA-Sozialreferat“. Das alles sind zwar keine erschöpfenden Antworten, sie deuten aber darauf hin, daß es an der Hochschule studentische Organe gibt, die die Belange der Studenten aufgreifen und versuchen ihre Interessen durchzusetzen: Angefangen von der Frage, wo Buttermarken zu erhalten sind, über die Studienberatung, bis hin zur Durchsetzung von mehr Ausbildungsförderung und dem Kampf gegen geplante Hochschulgesetze, die den Interessen der Studenten widersprechen.

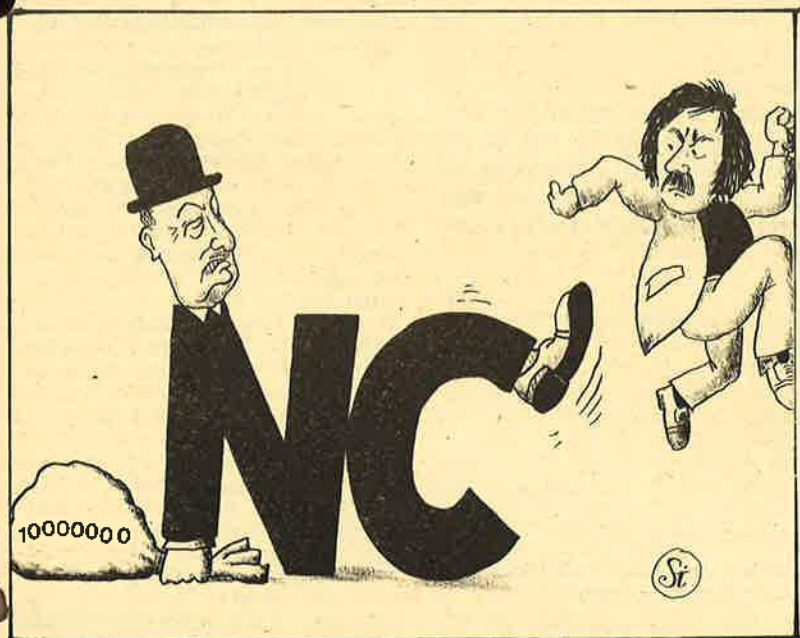
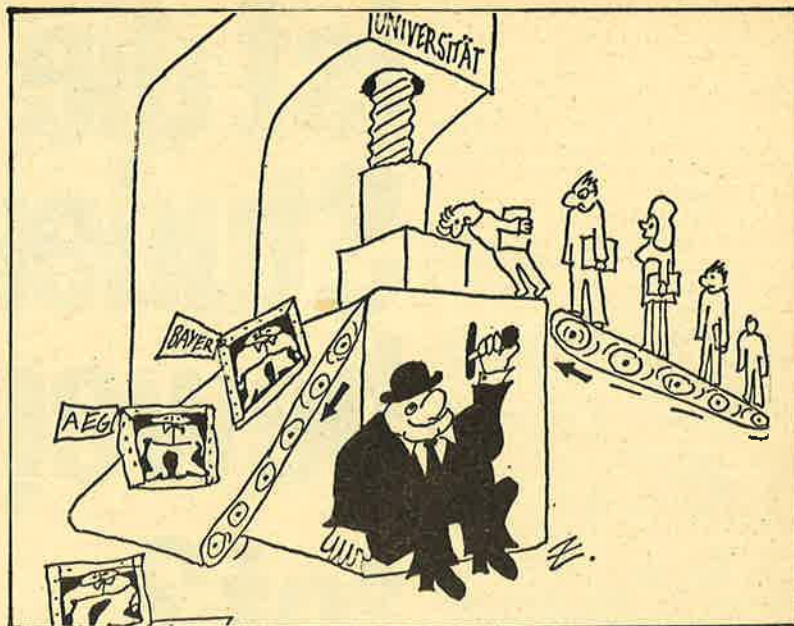
Sobald einer Student geworden ist, gehört er einer Körperschaft an, der Studentenschaft, die sich eine eigene Satzung gibt und sich selbst finanziert und deshalb verfaßte Studentenschaft heißt.

Alle Studenten eines Faches gehören einer Fachschaft an, die sich zur wirksamen Durchsetzung ihrer Forderungen ein Vertretungsorgan, den Fachschaftsrat wählt. Auf einer Vollversammlung der Studenten wird der Fachschaftsrat auf Grundlage eines Aktionsprogrammes, das die kandidierenden Kollektive vorlegen, gewählt. Der FSR ist an die Beschlüsse der Vollversammlung (VV) gebunden und ihr rechenschaftspflichtig.

Auf gesamt Hochschulebene wählen die Studenten einer Uni, PH oder Fachhochschule das Studentenparlament. Das Studentenparlament als das höchste beschlußfassende Organ der Stu-

der Notwendigkeit aus, daß studentische Interessen nur durch das solidarische Handeln der Studenten selbst durchzusetzen sind. Sie trugen entscheidend dazu bei, daß immer mehr Studenten erkannten, daß es gegen die Macht der Großkonzerne für die studentischen Interessen nur eine Chance gibt: das Bündnis von Arbeiter- und Studentenbewegung! Für diese auf greifbare Erfolge und Verbesserungen zielende Politik ist das politische Mandat der verfaßten Studentenschaft unverzichtbar.

Seitdem wird der vds von der Bundesregierung nicht mehr finanziert. Seither versucht der CDU/CSU-Studentenverband RCDS im Bündnis mit neonazistischen Hochschulgruppen, den ASten durch Gerichtsbeschluß verbieten zu lassen, Beiträge an den vds zu zahlen. Dem vds soll die finanzielle Grundlage für seine Arbeit genommen werden.



dentenschaft wählt den AStA (Allgemeiner Studentenausschuß). Einst wurden den Studenten ASten und Fachschaften als „demokratische Spielwiesen“ zugeachtet. Das war zu jener Zeit, als noch der RCDS in vielen ASten saß, dort die Politik der CDU/CSU an den Hochschulen fortsetzte und die studentischen Gelder für die Kalte-Kriegs-Politik der Adenauer-Regierung mißbrauchte. In dem Maße, wie ASten und Fachschaften zu wirksamen Kampfinstrumenten für die Interessen der Studenten entwickelt wurden, starteten die Herrschenden ihre Angriffe auf diese Organe und den vds (Verband Deutscher Studentenschaften), der der demokratische Dachverband der Studenten der Bundesrepublik ist. In den letzten Jahren ist es gelungen, aus dem vds eine schlagkräftige überregionale Interessensvertretung zu machen. Dabei gingen und gehen die den vds tragenden politischen Gruppen von

So erließ das Hamburger Oberverwaltungsgericht auf Antrag zweier RCDS-Mitglieder ein Urteil, das dem Hamburger AStA untersagt, weiterhin Gelder an den vds abzuführen, da dieser das politische Mandat nutze. Es ist ein Grunderfordernis für die Weiterentwicklung der demokratischen Studentenbewegung, und die Studenten stehen mit ihrer Forderung nicht allein. In seinen 23 Thesen zur Hochschulreform fordert der DGB die Beibehaltung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat. Das politische Mandat bedeutet die umfassende gesellschaftliche Interessensvertretung der Studenten. Ein Beispiel dazu: Als vor knapp einem Jahr Zehntausende von Studenten für mehr Ausbildungsförderung demonstrierten, da reichte es einfach nicht, nur mehr BAföG zu fordern, sondern die Studenten mußten sagen, woher das Geld dafür kommen sollte, nämlich aus den

Konzernprofiten und dem Rüstungshaushalt. Die Studenten drückten damals aus, daß sie keine Sonderinteressen vertraten, sondern daß sich ihre Forderungen genau wie die der streikenden Arbeiter gegen die Inflationspolitik des Großkapitals richtete, daß Studenten und Arbeiter gemeinsam betroffen sind. Deshalb fanden die Studenten bei der arbeitenden Bevölkerung viel Verständnis und große Sympathie für ihre Forderungen. Diese Entwicklung fürchtet das Großkapital und seine Sachwalter in Regierungen und Behörden. Solange das politische Mandat genutzt wurde, um z. B. antikomunistische Hetze zu verbreiten, solange die damaligen RCDS-ASten Demonstrationen zum 17. Juni veranstalteten und sogenannte Mauerfahrten organisierten, erhoben die Bundesregierungen dagegen keinen Widerspruch. Erst seitdem die Ausübung des politischen Mandates den Interessen der kalten Krieger und Großkonzerne entgegensteht, werden Gerichtsurteile gegen ASten verhängt.

Diese Angriffe laufen seit dem Zeitpunkt, seitdem der MSB Spartakus zusammen mit dem SHB in Fachschaftsräte und ASten gewählt wurde, seitdem der vds zu einem schlagkräftigen Dachverband aufgebaut wurde, demokratische Massenaktionen für die sozialen und politischen Interessen der Studenten initiiert und organisiert, in denen deutlich wird, daß das Großkapital und seine politischen Helfershelfer in und außerhalb der Hochschule die gemeinsamen Gegner von Arbeitern und Studenten sind. Viele Studenten fragen sich, ob's überhaupt lohnt, mitzumachen. Es lohnt sich.

Der erste Teilerfolg der Sternmarschbewegung des letzten Wintersemesters, mit der eine Erhöhung der Förderungssätze erzwungen wurde, die vielen klei-

nen Erfolge in den Instituten und Fachbereichen, wo z. B. die Berufung eines fortschrittlichen Wissenschaftlers erkämpft wurde, zeigen es.

Nur, es kommt dabei darauf an, daß möglichst viele, immer mehr Studenten an den Aktionen teilnehmen. Denn ASten und Fachschaftsräte sind immer nur so stark, wie die Studenten, die hinter ihnen stehen, die mitarbeiten, die selbst aktiv werden. Darum: Wendet euch an den FSR! Arbeitet mit in seinen Gruppen! Besucht die Vollversammlungen! Sorgt für eine hohe Wahlbeteiligung bei SP-Wahlen!

Die Organe der verfaßten Studentenschaft sieht der MSB Spartakus nicht als Mittel, hier anderen seine verbandspolitischen Beschlüsse aufzudrücken, sondern es geht darum in FSR, AStA und vds, ungeachtet vieler weltanschaulicher Differenzen die Einheit der demokratischen Studentenbewegung herzustellen. Denn wie die Arbeiter, so müssen auch die Studenten solidarisch und organisiert handeln. Das heißt, wir brauchen einen vds, dessen Aktionsprogramm von möglichst weiten Teilen der Studenten unterstützt werden kann und dessen Grundlage die gemeinsamen antimonopolistischen Interessen der Studenten sind.

Ziel ist es, allen Studenten, auch den nichtsozialistischen, den Liberalen, den christlich engagierten Studenten die Möglichkeit zu geben, gemeinsam politisch aktiv zu werden, für ihre gemeinsamen Interessen: Im Kampf für die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten! In den Aktionen gegen die Berufsverbote! Im Kampf gegen das HRG! In der Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen (Chile, Vietnam...!)

So arbeitet der MSB Spartakus in vielen Fachschaftsräten, ASten und im vds mit dem SHB, den

Ist die Studentenbewegung tot?

Juso-Hochschulgruppen und dem Liberalen Studentenverband zusammen.

Alle verbindet trotz unterschiedlicher Weltanschauung der Kampf gegen denselben Gegner: Das Monopolkapital, das für die Unterdrückung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung verantwortlich ist, das der Arbeiterklasse, der Jugend und den Studenten jedes Mitbestimmungsrecht verweigert, das verantwortlich ist für Lohnabbau, inflationäre Preistreiberei und Arbeitslosigkeit. — Das ist die inhaltliche Grundlage des Bündnisses und der Einheit der Studentenbewegung.

Darüber hinaus geht es darum, uns schon während des Studiums eine politische Praxis anzueignen, die uns befähigt, später im Beruf unsere Interessen gemeinsam mit den Arbeitern in den DGB-Gewerkschaften, den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, durchzusetzen, eine Praxis, durch die wir lernen, uns entschlossen gegen alle Versuche zur Wehr zu setzen, die Gewerkschaften als Ordnungsfaktoren der Herrschenden zu mißbrauchen.

Die Hochschule ist kein von der Gesellschaft isolierter Bereich. Die politischen Verhältnisse in der Gesellschaft bestimmen auch die Verhältnisse an den Hochschulen. Deshalb sind grundlegende Veränderungen in Wissenschaft und Ausbildung nur dann zu erreichen, durch den gemeinsamen Kampf von Arbeitern, Lehrlingen, Schülern und Studenten den Einfluß des Großkapitals einzuschränken, die Positionen der Arbeiterklasse und der Studenten zu stärken und so das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verändern.

Unsere Antwort auf die Angriffe der Bundes- und Länderregierungen auf die Rechte der Studenten muß eindeutig sein. Deshalb planen der vds und der SVI (der Dachverband der Fachhochschulstudenten) für das Wintersemester eine Urabstimmung an allen Hochschulen der Bundesrepublik für die Schaffung eines einheitlichen studentischen Dachverbandes für Universitäten, PHs und Fachhochschulen sowie für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat. Der MSB Spartakus ruft alle Studenten auf, sich aktiv an diesem Votum für die Rechte der Studenten zu beteiligen.

Zu oft ist die Studentenbewegung von den Herrschenden totgesagt worden, so daß man allein deshalb schon auf einen quicklebendigen Leichnam schließen muß. Nein, gestorben ist sie nicht, sie ist stärker als je zuvor; auch wenn das auf den ersten Blick nicht so aussieht, denn sie ist eine andere geworden.

„Heute ist doch nichts mehr ‚los‘ an den Hochschulen!“ war kürzlich der Ausgangspunkt eines Gesprächs mit einem Erstsemester. Die Höhepunkte der antiautoritären Eruption erlebten die heutigen Studienanfänger von den Schulbänken der 6. und 7. Klassen. Das Bild, das sich hiervon einprägte, folgte den Ästhetisierungen der bürgerlichen Feuilletonisten, die so auch den SDS liebgewonnen, und Degenhardt karikierte das: „Zehntausend rote Fahnen, im Gegenlicht über dem Rhein...“ Und einige schwärmen heute noch: „Ja, damals vor dem Springerhaus, 68, da war was ‚los‘.“

Sicher war da was ‚los‘. Auch trugen die Aktionen der Studenten mit dazu bei, daß z. B. alte Forderungen der Organisationen der Arbeiterklasse nach demokratischer Kontrolle des Pressezauns in breiteren Kreisen der Bevölkerung diskutiert wurden. Doch der damaligen Studentenbewegung gelang es nicht, die sich anbietenden Möglichkeiten zur Verbindung der studentischen Kämpfe mit denen der Arbeiterklasse zu nutzen. Kein Wunder, war man im eigenen Selbstverständnis doch der Vorreiter zur Befreiung des Menschen.

Doch isoliert von der Arbeiterklasse, die zwar abstrakt in ihrem Widerspruch zum Kapital erkannt, jedoch in ihren konkreten Kämpfen nicht begriffen wurde,

konnte sich die studentische Protestentwicklung nicht weiterentwickeln.

Das politische Ziel der Bewegung, soweit es überhaupt formuliert wurde, geriet vielfach in Vergessenheit. Nach dem Ausbleiben der ersten großen Erfolge war die Bewegung tatsächlich „frustriert“, gelähmt und zersplittert.

War sie — kaum entstanden — schon an ihrem Ende?

Auf alle Fälle ignorierte sie die politischen Einsichten, die der SDS-Bundesvorstand nach der Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 in einer Erklärung über „Niederlage oder Erfolg der Protestaktion“ formulierte: „Die Proteste der Studenten bleiben ohnmächtig, soweit es ihnen nicht gelingt, sich gesamtgesellschaftlichen Rückhalt zu verschaffen... Der SDS fordert die Studenten zur Solidarität mit allen auf, die gegen die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen des Kapitalismus protestieren und kämpfen. Rauchbomben, Eier und Pudding sind die Mittel einer ohnmächtigen Rebellion... Zu politischen Erfolgen kann die oppositionelle Bewegung erst in dem Maße kommen, wie sich die verschiedenen oppositionellen Bewegungen koordinieren, sich zu gemeinsamen politischen Aktionen vereinen und eine einheitliche politische Perspektive entwickeln... In anderen sozialen Gruppen, et-

wa den Industriearbeitern — werden die Studenten für ihre Probleme nur in soweit Verständnis finden, wie sie die der anderen zu ihren eigenen machen und dauernd unterstützen.“ Der SDS, einst Karriere-Zucht der SPD-Führung, wurde nach den ersten Demonstrationen gegen die US-Aggression in Vietnam 1965/66, nach ersten spektakulären Aktionen gegen die Ordinarier-Universität („Unter den Tälern der Muff von tausend Jahren“) und den Protesten gegen den Schah-Besuch von 1967 mit 2500 Mitgliedern zur stärksten und bestimmenden Kraft der Studentenbewegung. Aber er konnte es nicht bleiben. Der Marxismus, von den Studenten eben erst wieder entdeckt und zudem in seinen Quellen nur äußerst schwer zugänglich, wurde von den abenteuerlichsten Ideen überwuchert.

Erst die Neukonstituierung der DKP schuf auch für die Studentenbewegung günstigere Bedingungen zur Klärung ihrer theoretischen und politischen Positionen. „Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch von der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ stellten Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ fest.

Wer diese Einsicht der Kommunisten in den Gang der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung leugnete, der war nicht nur blind in der Einschätzung der Bedeutung der aktuellen Kämpfe der Arbeiterklasse, sondern vermochte auch die Bedeutung der eigenen Protestbewegung nicht zu erkennen. In der Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk vermochten die Studenten zwar antiimperialistisches Bewußtsein zu gewinnen, die spontane Solidarität reichte jedoch nicht bis zur Erkenntnis der Notwendigkeit, den Imperialismus im eigenen Land zu bekämpfen und die sozialistische Staatengemeinschaft als Hauptfaktor der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und aller vom Imperialismus unterjochten Völker anzuerkennen.

Im Herbst 68 wurde eine Gruppe von Marxisten, die sich gegen die provokatorischen Angriffe auf Vertreter von Jugendorganisationen der sozialistischen Länder durch einige SDSler während der Weltfestspiele in Sofia gestellt hatten, vom SDS-Bundesvorstand ausgeschlossen.

Nach dem Ausschuß formierten sich sowohl innerhalb wie auch außerhalb des SDS lokale Gruppen mit dem Namen Spartakus, als „Assoziation Marxistischer Studenten“ (AMS). „Der SDS war nicht nur an seiner theoretischen und praktischen Uneinigkeit zerbrochen, sondern daran, daß es nicht möglich ist, den antiimperia-



listischen Kampf, gegen die Hauptkraft im weltrevolutionären Prozeß, den Sozialismus, zu organisieren.“

Der SDS wurde schließlich von ca. 20 Sekten als deren letzter gemeinsamer „revolutionärer Akt“ am 21. März 1970 offiziell liquidiert.

Als Erbe hinterließ der SDS-Bundesvorstand einen organisatorisch und politisch am Boden liegenden vds. Gegen den Versuch von Sektierern und Maoisten, den vds für ihre organisationsbornierten Interessen zu instrumentalisieren, gelang es, auf der Grundlage der von Spartakus und SHB gemeinsam für die Organe der verfaßten Studentenschaft entwickelten Politik der gewerkschaftlichen Orientierung den vds zur demokratischen Dachorganisation der westdeutschen Studenten zu machen.

„Die Erfahrung des vergangenen Jahres ist für die Studenten nicht ohne Nutzen gewesen. Sie haben erkannt, daß nur die Unterstützung durch das Volk und hauptsächlich die Unterstützung durch die Arbeiter ihnen Erfolg sichern kann und daß sie, um diese Unterstützung zu erlangen, nicht nur für die akademische (studentische) Freiheit, sondern für die Freiheit des ganzen Volkes, für die politische Freiheit kämpfen müssen.“ Es liest sich heute, als hätte Lenin dies extra für die geschrieben, die dann am 20. Mai 1971 in Bonn den Marxistischen Studentenbund Spartakus konstituierten. Was dort unter der Losung „Mit Spartakus im Spartakus — Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für eine demokratische Hochschule, für Frieden und Sozialismus“ diskutiert wurde, hielt auch der Klassenfeind für so wichtig, daß die „Welt“ empfahl, es solle „... den Verantwortlichen für die Gründung neuer Universitäten, den Landeskultusministern und den Innenministern ... als Pflichtlektüre auferlegt werden.“

Mit dem MSB Spartakus als bestimmendem Faktor wuchs die Studentenschaft zu einer anti-

monopolistischen Kraft, die sich nicht mehr spontaneistisch, anti-autoritär gebärdet, sondern ihren politischen Kampf mit klaren Zielvorstellungen gegen das Großkapital und seine politischen Sachwalter für den Sozialismus führt. Von unüberschätzbarer Bedeutung ist hierbei das „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“, das der 2. Spartakus-Bundeskongreß Anfang 1973 verabschiedet hatte. Es ist heute in einer Auflage von 50 000 verbreitet und wird in seinen Kernaussagen tatsächlich immer mehr zur Grundlage der gesamten Studentenschaft der BRD. Zur Beurteilung vielleicht noch einmal die Stimme des Klassengegners: „Das neue Aktionsprogramm ist kein Resultat der Programmproduktion, die seit gut einem Jahr bei demokratischen Studentenorganisationen zu beobachten ist und wohl als eine Folge der Profilneurose angesehen werden muß... Alle Forderungen sind in ein klares Konzept eingebettet... Das ist eine klare Absage an Wortradikalismus, Aktionismus und universitäre Nabelschau... Damit ist der Spartakus wieder einen Schritt schneller... Diese Forderungen sind, stellt man die derzeitige Bewußtseinslage von Teilen der Studentenschaft und die angesprochenen realen Interessen der Bevölkerung in Rechnung, bündelnsträchtig... Die Tatsache, daß diese Forderungen von einem kommunistischen Studentenverband mit einer ganz eindeutigen politischen Zielsetzung aufgestellt wurden, schreckt einen großen Teil der studentischen Wähler, wie die Wahlergebnisse an den Hochschulen beweisen, nicht mehr ab.“ Soweit eine Spartakus-Monographie aus dem stockreaktionären Seewald-Verlag.

Die Studentenschaft ist nicht tot. Augenfälliger Beleg für ihre Stärke war der Sternmarsch des vds im Januar dieses Jahres. 40 000 Studenten — die größte Studentendemonstration in der Geschichte der Studentenschaft — demonstrierten für ihre sozialen Interessen. Die Studenten stellten ihre Forderungen mitten hinein in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD: „Gemeinsam gegen Inflation, für mehr BAFöG und mehr Lohn.“ Sie errangen Sympathie bei der Bevölkerung und erreichten Teilerfolge. Anerkennung lag in den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden des Vertrauensleutkörper bei Opel, Peter Jascik: „Wenn ihr für den sofortigen Inflationszuschlag zur Ausbildungsförderung und die weitere Anhebung bis zur Kostendeckung kämpft, dann ist das euer Beitrag zum Kampf der Arbeiter und Angestellten, und aller arbeitenden Menschen gegen die unsocialen Auswirkungen der Inflation.“

Der Kerngedanke des Studentenaktionsprogramms des MSB Spartakus wurde im praktischen

Kampf bewiesen: Daß die Studentenschaft nämlich nur dann Erfolge durchsetzen kann, wenn es ihr gelingt, die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus faßt diese Grundeinsicht zusammen: „Für die Studentenschaft ist jede Aktion sinnvoll und wird uns im Kampf voranbringen, wenn sie dazu beiträgt, Verständnis für die Forderungen der Studenten in der arbeitenden Bevölkerung zu wecken. Jede Aktion muß das Ziel haben, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorzuheben. (Studentenaktionsprogramm, S. 86.)

Das mag auf den ersten Blick banal erscheinen, ist aber eine Erkenntnis, die die Studentenschaft erst in jahrelangen Auseinandersetzungen erlangt hat und die die Herrschenden allzu gern wieder aus den Köpfen heraus hätte. Die schnelle Fluktuation an den Hochschulen hilft ihnen manchmal dabei. Kampferfahrungen müssen oft neu gemacht werden. Kampferfolge sind oft als solche nicht mehr erkennbar. Hier die Kontinuität zu gewährleisten ist eine wichtige Aufgabe des Marxistischen Studentenbundes Spartakus.“

„Die Studentenschaft wäre nicht was sie ist, wenn ihre politische Gruppierung nicht der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft entspräche — ,entspräche‘ nicht im Sinne einer vollständigen Proportionalität zwischen den Studentengruppen und den gesellschaftlichen Gruppen nach Stärke und Zahl, sondern im Sinne des notwendigen und unvermeidlichen Vorhandenseins eben jener Gruppen, die es in der Gesellschaft gibt, auch innerhalb der Studentenschaft“ (Lenin).

Betrachtet man die politische Landschaft an den westdeutschen Hochschulen, so finden wir die Aussage Lenins voll bestätigt. So stellte der 3. Bundeskongreß des MSB Spartakus im Februar dieses Jahres fest, „daß sich nunmehr erstmalig seit dem Zerfall der antiautoritären Studentenschaft das Parteienspektrum der Bundesrepublik wieder unter den Studentenverbänden widerspiegelt. Mit Ausnahme des RCDS sind sie zwar nicht Studentenverbände der Parteien, aber sie stehen der Politik und der Ideologie der jeweiligen Partei nahe, wobei sich die Sozialdemokratie und der Liberalismus an der Hochschule sehr stark nach links verschoben wiederfinden.“

Betrifft man eine Hochschule, so wird man auch feststellen, daß es eine Vielzahl von sich kommunistisch nennenden Gruppen und „einzig revolutionären Parteien“ gibt. Es ist mühselig, auf jede einzelne dieser maoistischen Sekten einzugehen (KSV, KPD, KPD/ML, KBW, SSG, KSB, KB usw.). Gemeinsam ist all diesen Gruppen ihre erbitterte Feindschaft zur DKP und zum MSB

Spartakus. Darüber vergessen sie den eigentlichen Gegner, das Monopolkapital. Mit ihrer Politik arbeiten die Maoisten den Rechtskräften in diesem Land objektiv in die Hände. Sie leugnen die Möglichkeit, schon im Kapitalismus demokratische Rechte zu erlangen; das führt zu einer oft offenen Sabotage studentischer Aktionen für die Erweiterung ihrer sozialen und demokratischen Rechte. Diese Gruppen spielen in der Studentenschaft eine gefährliche und darüber hinaus noch äußerst schändliche Rolle: Als es gleich nach dem faschistischen Putsch in Chile darauf ankam, die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu praktischen Solidaritätsaktionen zu mobilisieren, standen diese Gruppen vor den Menschen und behaupteten, die Unidad Popular sei schuld an dem Putsch.

Sie machen damit die gleiche Politik, die auch ihre Vorbilder in Peking verfolgten. Die Pekinger Führer hielten nicht nur die diplomatischen Beziehungen mit der faschistischen Junta in Chile, während die sozialistischen Staaten sie abbrachen, sondern die Pekinger Führung wies auch den Botschafter der Allende-Regierung außer Landes, um nicht die Beziehungen mit der faschistischen Junta zu trüben.

„Spartakus spaltet die Studentenschaft“, ist eine der gängigsten Behauptungen der Ultralinken. Dabei vergessen sie, daß es eine Studentenschaft nur gegen das Monopolkapital geben kann. Die Einigung der Studentenschaft ist nur auf antimonopolistischer Grundlage an der Seite der Arbeiterklasse möglich. Diese Erkenntnis mußten auch einige Jungsozialisten vollziehen, die nicht im SHB mitarbeiteten. Denn auf der letzten vds-MV wurde wieder einmal deutlich: Die Alternative zur Einheit der Studentenschaft, die ihren Kern in der fruchtbaren Zusammenarbeit von MSB und SHB hat, zu einem positiven Kampfprogramm heißt große Negativkoalition von RCDS und SLH bis hin zu den ultralinken Sektierern, denen selbst ein Pakt mit dem RCDS nicht zu schade ist, um MSB und SHB eins auszuwischen.

So konnte auch auf der 26. vds-MV eine Einigung erzielt werden. Gewählt wurden in den vds-Vorstand je ein Vertreter der Jusos, HSC, SHB, LHV, MSB.

„Diese Einigung zwischen Gruppen, die große politische und weltanschauliche Unterschiede haben, auf gemeinsame Aktivitäten gegen Großkapital und Reaktion ist ein großer Erfolg. Die Verwirklichung dieses Aktionsprogramms, das von Sozialdemokraten, linksliberalen Studenten und dem MSB Spartakus getragen wird, kann beispielgebend wirken für die gesamte fortschrittliche Bewegung in der Bundesrepublik“, erklärte der Spartakus-Vorsitzende Steffen Lehnendorff im Leitartikel der roten blätter 18.

ten Wintersemesters, die in einem Sternmarsch von über 40 000 Studenten aus allen Teilen der Bundesrepublik auf Bonn ihren Höhepunkt fand, stand die Forderung nach Abbau des Rüstungsetats zur Finanzierung der dringendsten sozialen Forderungen der Studenten an erster Stelle. Denn „nicht in irgendeiner ‚öffentlichen Armut‘ liegt die Wurzel für die Bildungsmisere, sondern in dieser Priorität für Rüstung und Profit in diesem System“ (Studentenaktionsprogramm SAP, S. 19). An dieser Feststellung kommt keiner vorbei, der ernsthaft studentische Sozialpolitik betreibt. Denn wenn die Studenten Forderungen aufstellen, müssen sie auch sagen, wo das Geld zur Erfüllung ihrer Ansprüche herkommen soll.

Der Erfolg des Sternmarsches hat bewiesen, daß das solidarische Handeln für die eigenen Interessen und demokratische Forderungen, die gegen die Macht des Großkapitals — auf das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung gerichtet sind, das Mittel zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind.

Auch im kommenden Semester werden die Studenten in der BRD in der Durchführung von Kampfmaßnahmen gegen Mieterhöhungen in den Studentenwohnheimen, gegen die Anhebung der Semestergebühren und der Sozialbeiträge, gegen Inflation und Preistreiberei ihre sozialen Rechte verteidigen.

Der MSB Spartakus wird seine Forderungen und Vorstellungen, die er im Studentenaktionsprogramm für das gemeinsame Handeln der Studenten formuliert hat auch in diese Auseinandersetzungen hineintragen, denn die Sozialpolitik des MSB Spartakus ist eine grundsätzliche Alternative zur herrschenden karitativen Sozialpolitik, die an Symptomen kurlert, das Übel aber nicht an der Wurzel packt.

Ein finanziell abgesichertes Studium, ausreichende Krankenversorgung, billiger Wohnraum und nahrhaftes und schmackhaftes Essen in der Mensa — das sind die elementaren sozialen Rechte der Studenten. Für die Verwirklichung dieser Rechte kämpft der MSB Spartakus mit der Kraft seiner Organisation, weil sie Bestandteil einer gerechten, auf Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ausgerichteten Gesellschaftsordnung sind. Einer Gesellschaft, in der nicht der Profit, sondern die Bedürfnisse und Nöte der arbeitenden und lernenden Menschen der Maßstab aller Dinge sind.

Da die „roten blätter“ in der gesamten BRD verkauft und gelesen werden, mußte das folgende Stichwortverzeichnis in vielen Punkten einen gewissen Grad der Allgemeinheit erhalten. Obwohl alle Fragen nur kurz angesprochen worden sind, hoffen wir, Euch mit dem Verzeichnis erste Hilfen zur Wahrnehmung eurer sozialen Rechte gegeben zu haben.

Tips von A bis Z

Akademisches Auslandsamt

... ist eine von den Hochschulen eingerichtete Beratungsstelle für ausländische Kommilitonen. Sie werden meist von einem Hochschullehrer geleitet, von dem es in vielen Fällen abhängt, ob die A. A. mit zur Beaufsichtigung und Disziplinierung der ausländischen Kommilitonen dienen oder ob sie eine an den sozialen, kulturellen und politischen Interessen der Studenten ausgerichtete fortschrittliche Politik betreiben. Die A. A. sind in den meisten Fällen Außenstellen des „Deutschen Akademischen Austauschdienstes“ (DAAD), der Auslandsstipendien vergibt und zur Information über sein Angebot in jedem Jahr eine Broschüre herausgibt. Zu beziehen über die A. A. oder: DAAD, 53 Bonn-Bad Godesberg, Kennedy-Allee 50.

Auslandsstudien möglichkeiten



... sind auch nach Paragraph 5 BAFöG möglich: Im europäischen Ausland, wenn die Ausbildung „förderlich ist und zumindest ein Teil dieser Ausbildung auf die vorgeschriebene oder übliche Ausbildungszeit angerechnet werden kann“ (auch für Lehrerstudenten!); im außereuropäischen Ausland, wenn für die Ausbildung „erforderlich“ — meist nur für wissenschaftliche Berufe, Orientalisten und Sinologen werden bevorzugt. Anträge bei den örtlichen BAFöG-Stellen. Man muß

sich vorher — evtl. mit Hilfe eines Hochschullehrers — um einen Studienplatz im Ausland bemühen.

Bade- und Dusch- möglichkeiten

... für alle, die kein fließend warmes Wasser auf dem Zimmer haben: In den Instituten für Leibesübungen (IfL).

Darlehnskasse



... bei den Hochschulen, dem Studenten-Sozialwerk oder dem AstA. In absoluten Notfällen kleine Kredite ohne Zinsen.

Elternunabhängige Ausbildungs- förderung

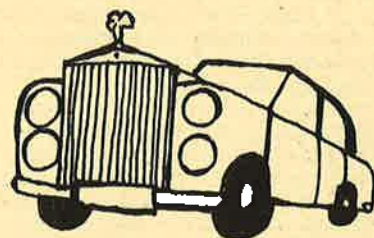


... gibt es nach dem BAFöG im Grundsatz nicht. In der Vergangenheit haben jedoch einige Zivilgerichte entsprechend den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) die Unterhaltspflicht der Eltern für den Fall verneint, in dem die Eltern schon eine (als Zahlwort) Ausbildung finanziert haben. Trifft im Prinzip für alle Fachhochschulabsolventen zu, die weiterstudieren wollen. Eine höchstrichterliche Entscheidung gibt es allerdings noch nicht.

Nach Paragraph 36/37 BAFöG kann die Förderung an den Studenten direkt ausgezahlt werden, wenn sich die Eltern weigern, für den Unterhalt aufzukommen. Dieser Betrag wird dann aber vom Land von den Eltern notfalls zwangsweise eingezogen. Als Alternative kann der Student den Gesamtbetrag der Förderung als Darlehen nehmen.

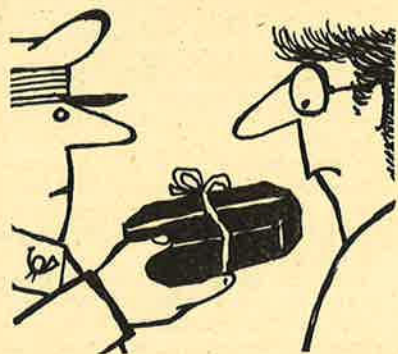
Ausführliche Informationen dazu: Sozial-Kompress, Hrsg. Verein zur Förderung studentischer Sozialarbeit und Sozialpolitik, 1 Berlin-West 31, Pfalzburgerstraße 51. Jedes Semester neu, DM 1,—.

Fahrtkosten



... können nach Paragraph 13 BAFöG mit 30,— DM zusätzlich erstattet werden, wenn der Auszubildende ein Kind hat und mit seinem Ehegatten oder seinen Eltern in einem eigenen Haushalt wohnt und sich die Wohnung nicht am Ort der Ausbildungsstätte befindet.

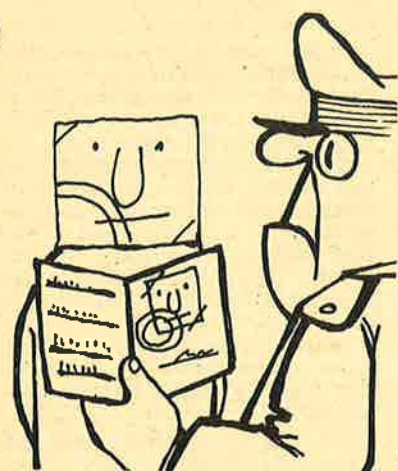
Heizungshilfe



... gibt es vom Sozialamt für Personen und Haushalte, die mit ihrem Einkommen unter der Sozialunterstützung von ca. 580,— DM liegen. Anträge können am Hochschulort nur dann gestellt werden, wenn der Antragsteller 3 Monate vor Studienbeginn dort polizeilich gemeldet war. Sonst Antragstellung im Heimatort. Höhe der Summe ca. 280,— DM (Hamburg) im Jahr.

Achtung: Bei allen Anfragen an das Sozialamt und an Behörden, die abschlägig bescheinigt werden, schriftliche Begründung verlangen. Darauf besteht ein Rechtsanspruch, und nur auf diese Weise kann eine Entscheidung wirksam angefochten werden. Oft wirkt auch schon das Verlangen nach einem solchen Bescheid Wunder.

Internationale Studentenausweise



... gibt es bei den ASten oder/und den Büros der Deutschen Jugend- und Studentenreisen (DJSR/DSR) Örtliche Studentenausweise verlieren im Ausland ihre Gültigkeit. Die dort für die Studenten vorgesehenen Vergünstigungen können nur mit Hilfe eines internationalen Studentenausweises erlangt

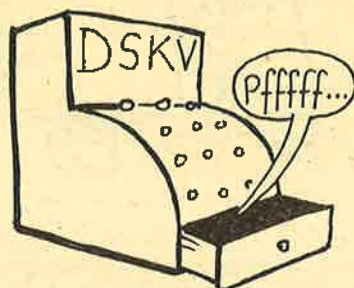
werden. Allein die oben genannten Institutionen sind zur Ausstellung berechtigt.

Job-Vermittlung



... durch die von den Arbeitsämtern an den Hochschulen eingerichteten Arbeitsvermittlungstellen für Studenten (Studenten-Service-Zeitarbeitsvermittlung).

Krankenversicherung



Die „Deutsche Studenten-Krankenversicherung“ (DSKV) und die örtlichen SKVs stehen vor dem Bankrott. Aus diesem Grund treten verstärkt die Ersatzkassen auf den Plan. Mit Dumping-Preisen versuchen sie die späteren Akademiker zu gewinnen. Da die Bundesregierung die gesetzliche Krankenversicherung der Studenten trotz der Auflösung der DSKV zum 31. 12. 1974 verschleppt und die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) wegen des fehlenden „Arbeitgeberanteils“ zu teuer sind, stellen die Ersatzkassen als Übergangsregelung eine Alternative dar. Die verschiedenen Ersatzkassen sind in ihren Leistungen vergleichbar. Der zum Eintritt notwendige Nachweis einer Beschäftigung wird nicht unbedingt verlangt. Besonderheit: Die Ersatzkasse „Technikerkasse“ ist für die Studenten technischer Fächer auch ohne Beschäftigungsnachweis offen.

Studenten, die im Rahmen einer gesetzlichen Krankenversicherung bei ihren Eltern mitversichert sind, benötigen keinen zusätzlichen Versicherungsschutz und können sich von dem Beitritt zur DSKV/örtlichen SKVs befreien lassen. Dies gilt nicht, wenn die Eltern in einer privaten Kasse versichert sind.

Lern- und Arbeitsmittel



... werden nach BAFöG nur für bestimmte Studienfächer zusätzlich erstattet und teilweise auch nur als Darlehen: in technischen und musischen Fächern und in der Zahnmedizin (an den Instituten Erkundigungen einziehen).

Makler



... haben nur Anspruch auf Entgelt, wenn auf Grund ihrer Vermittlung oder Hinweise ein Mietvertrag zustande kommt. Es dürfen von ihnen keine anderen Gebühren oder Unkostenerstattungen angenommen werden! Auch Vorschüsse für die Vermittlertätigkeit dürfen nicht verlangt werden! Bei Verstoß gegen diese gesetzlichen Vorschriften sollte gegen den Makler sofort eine Anzeige ergehen.

Mietzuschüsse

... nach der Durchführungsvorschrift 13.5.8. zu Paragraph 13 BAFöG werden Mietzuschüsse geleistet, wenn die Miete 120,— DM übersteigt, jedoch nur 75 Prozent des darüberliegenden Betrages bis zu einer Höhe von max. 45,— DM (zum 1. 10. 1974 geringfügige Änderung zu erwarten). Außerhalb des BAFöG werden an vielen Hochschulen von Privatpersonen, Stiftungen u. ä. Mietzuschüsse an Bewohner von Studentenwohnheimen vergeben. Auf Anschläge achten!

Mitfahrgelegenheit (MfG)



... mit dem Auto von Kommilitonen von allen Hochschulorten nach fast überallhin. Meist bei Benzinkostenbeteiligung. Auf Anschläge in der Mensa und den Instituten achten!

Paragraph 218



Die gesetzliche Einführung der Fristenregelung wird von der CDU/CSU weiterhin durch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht verhindert. Nachdem das Gesetz vom Bundestag verabschiedet worden ist, besteht jetzt zwar eine deutliche Rechtsunsicherheit, eine Schwangerschaftsunterbrechung nach dem Willen der Frau bleibt in der BRD aber weiterhin verboten. Falls eine Schwangerschaftsunterbrechung notwendig werden

sollte, behandelnden Arzt nach **legalem Weg** befragen: Antrag bei der Ärztekammer auf Schwangerschaftsunterbrechung. Der Arzt muß bescheinigen, daß man durch die Schwangerschaft körperlich **oder** seelisch in Lebensgefahr gerät. Wenn der Arzt mitmacht, besteht hier eine Alternative zu den entwürdigenden, heimlichen Eingriffen in irgendwelchen Hinterzimmern. Die Kosten für eine solche Behandlung trägt die Krankenkasse. Informationsblatt dazu:

Initiativgruppe Ärzte gegen Paragraph 218, Kontakt: Anne Morgenstern, 1 Berlin-West 21, Waldstraße 55 c.

Bei einer Schwangerschaftsunterbrechung im Ausland ist Holland der niedrigeren Preise wegen England vorzuziehen. Keine Nachteile.

In jedem Fall vorher den ASIA aufsuchen und Informationen über die örtlichen Verhältnisse einholen.

Rechtsberatung (kostenlose)

... gibt es an allen Hochschulen mit juristischen Fachbereichen, sie wird aber auch vom ASIA und/oder Studentenwerk und/oder der Hochschule angeboten.

Sozialhilfegesetz (Bundes-) (BSHG)

... Studenten haben Anspruch auf Ausbildungshilfe gemäß Paragraph 31 ff. des BSHG, falls ihr Einkommen die Zahlungen nach dem BSHG nicht überschreitet. Diese Summe liegt bei gegenwärtig ca. 580,- DM. Erstattet werden neben einem Grundbetrag nur die tatsächlich anfallenden Kosten für Unterkunft, Lernmittel und Fahrkosten. Liegt der vom Sozialamt errechnete Bedarf über dem BAFöG-Förderungsbeitrag, erhält der Student den Differenzbetrag zum BAFöG monatlich als Ausbildungshilfe ausbezahlt.

Sozialhilfeempfänger erhalten ohne besonderen Antrag Heizungs- und Weihnachtsgeld.

Anspruch auf Sozialhilfe haben auch Erstsemester, die ihren BAFöG-Antrag rechtzeitig abgegeben haben, wegen der langen Bearbeitungszeiten zu Beginn des Semesters jedoch noch keine Förderung erhalten. Die Leistungen der Sozialhilfe werden später mit dem errechneten Förderungsbetrag verrechnet. Eventuell zuviel gezahlte Beträge brauchen nicht erstattet werden.

Stipendien



... gibt es von zahlreichen Stiftungen, Verbänden, Firmen etc. Alle diese Angebote sind zusammengefaßt in der Broschüre „Durch Stipendien studieren“ 3/74, die im ASIA eingesehen werden oder über den Buchhandel bezogen werden kann. Verlag Mayer und Söhne KG, Aichbach/Obb., ca. 6,- DM.

Studentenwerk / Sozialwerk



... an fast allen Hochschulen der BRD nach 1945 als Selbsthilfeeinrichtung der Studenten wiedererstanden. Heute haben nur noch die Studentenwerke im Saarland, in Baden-Württemberg und in Hamburg diesen Status und werden von den Hochschulangehörigen und den Arbeitern und Angestellten der Studentenwerke selbstverwaltet. In allen anderen Bundesländern und in West-Berlin sind die Studentenwerke gegen den Widerstand der Studenten in Anstalten des öffentlichen Recht überführt worden und werden jetzt von Behördenvertretern majorisiert. An den meisten Hochschulen haben die Studenten-

werke die Ausführung der Ausbildungsförderung nach BAFöG übernommen. Weitere Aufgabenbereiche sind die Bewirtschaftung von Studentenwohnheimen, Zimmervermittlung, der Unterhalt von Mensen und Studentenhäusern und Freizeiteinrichtungen usw. Oft beherbergen die Studentenwerke auch die Geschäftsstellen der DSKV oder anderer Versicherungsträger. Auch der Studentenarzt ist oft dort untergebracht, der jedem Studenten — egal in welcher Kasse — zur Beratung zur Verfügung steht. Von dieser Institution werden auch Röntgenreihenuntersuchungen, Grippe- und Tetanusschutzimpfungen usw. gegen eine geringe Gebühr durchgeführt.

Untermietervertrag



Außer einer 14tägigen Kündigungsfrist kann der Untermieter gegenüber seinem Vermieter keine weiteren Mietrechte geltend machen. Eine Kündigung innerhalb dieser Frist braucht nicht besonders begründet werden. Entgegen den Vorstellungen mancher Vermieter hat der Untermieter aber weiterhin das Recht zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit und das Recht der Freizügigkeit und alle anderen im Grundgesetz verbürgten Rechte. So kann ein Vermieter z. B. keine Auflagen über Besuchszeiten, Geschlecht der Besucher oder gar über die Art des Verhaltens seines Untermieters gegenüber seinem Besuch machen. Ist der Vermieter jedoch hartnäckig, kann er dem Untermieter trotzdem, wie oben dargestellt, kündigen.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Interessen sind die Vermieter immer darauf bedacht, dem Untermieter per schriftlichem Vertrag weitere Rechte zu nehmen bzw. ihm weitere Pflichten aufzudrücken. Da nicht davon ausgegangen werden kann, daß der Vermieter dem Untermieter weitergehende Rechte einräumt als

im Gesetz vorgesehen, ist anzustreben, das Mietverhältnis ohne schriftlichen Vertrag durch eine mündliche Vereinbarung über die Nutzung des Wohnraums zu schließen (mündlicher Vertrag). Auf Untermietverhältnisse findet auch das Wohnraumkündigungsschutzgesetz (WkschG) keine Anwendung.

Ausnahmen:

Das WkschG und damit eine mindest einzuhaltende Kündigungsfrist von 3 Monaten erhalten Geltung, wenn:

a) der Untermieter das Zimmer ganz oder überwiegend mit eigenen Möbeln ausstattet (nicht Anzahl, sondern Funktion der Möbel ist ausschlaggebend);
b) möblierter Wohnraum von einer Familie (Ehepaar mit Kind) gemietet wird.

Im Fall dieser Ausnahmen muß der Vermieter zusätzlich ein „berechtigtes Interesse“ an der Nutzung des Wohnraumes nachweisen, um kündigen zu können. Ein „berechtigtes Interesse“ besteht hauptsächlich bei Eigenbedarf.

Wohngeld



... nach dem 2. Wohngeldgesetz (2. WoGG). Für Studenten bestehen nach den Verwaltungsvorschriften zu diesem Gesetz erhebliche Einschränkungen:

a) BAFöG-Empfänger sind von den Leistungen des 2. Wohngeldgesetzes ausgeschlossen, ausgenommen hiervon sind nur BAFöG-Empfänger, die
1. mit einem Ehepartner, der kein BAFöG erhält, in einem Haushalt leben oder
2. mit ihrem Kind in einem Haushalt zusammenleben oder
3. Förderung nur als Darlehen erhalten.

b) Da das 2. WoGG prinzipiell von der Familienabhängigkeit der Studierenden ausgeht, erfolgen Leistungen nur, wenn der Student nachweist, daß er nicht nur „vorübergehend vom Elternhause abwesend“ ist. Dies wird angenommen, wenn der Antragsteller:

1. verheiratet ist oder
2. im Elternhaus keinen eigenen Wohnraum mehr zur Verfügung hat oder

3. eine abgeschlossene Berufsausbildung hat oder
4. mehr als zwei Jahre bei der Bundeswehr war (einschließlich Wehrübungen) oder
5. als Gegenleistung für ein Stipendium eine Anstellungsverpflichtung bei einer Firma eingegangen ist.

Wohn-gemeinschaft



Um sich dauernden Ärger zu ersparen: Erst die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Am günstigsten ist ein Mietvertrag, der dem Hauptmieter unbeschränktes Untervermietrecht gestattet. Auch Kollektivverträge sind möglich, werden von den Vermietern aber meist abgelehnt.

Die Vorteile einer Wohngemeinschaft (WG) liegen zum großen Teil auf wirtschaftlichem Gebiet. Sonst halten sich Vor- und Nachteile die Waage (merkt man erst nach einiger Zeit). Telefongebühren, Zeitungsabonnements, Haushaltsgeräte und der große Wochenendeinkauf entlasten den persönlichen Etat spürbar. Die Mitglieder einer WG sollten sich vor dem Einzug über die Lebensgewohnheiten und die Ansprüche der Einzelnen an Wohnen und Essen klarwerden. Hier können ungeahnte Differenzen auftreten. Nur durch eine sorgfältige Diskussion und gute persönliche Beziehungen kann vermieden werden, daß durch illusionäre Vorstellungen Dauerkonflikte in die WG hineingetragen werden.

Zimmervermittlung

Als einen aktiven Schritt gegen das Maklerunwesen haben im Bereich der Hochschule verschiedene Stellen Zimmervermittlungen eingerichtet. Ihr findet sie



bei dem AstA und/oder dem Studentenwerk und/oder der Hochschulverwaltung.

Zum selben Zweck haben auch einige Stadtverwaltungen „kommunale Wohnungsvermittlungsstellen“ errichtet.

Aufgrund der großen Wohnraumnot sind einige ASten und Studentenwerke dazu übergegangen, ganze Häuser (Altbauten) zu mieten und zu günstigen Bedingungen an Studenten weiterzuvermieten — gut für Wohngemeinschaften.

Wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, in dem die TIPS in diesen roten Blättern stehen, können die schon bestehenden sozialen Rechte der Studenten kein Anlaß sein, sich auf dem Erreichten auszuweichen. Der Kampf der Studenten um ihre sozialen und politischen Rechte steht jeden Tag neu auf der Tagesordnung, weil auch die Reaktion nicht schläft, sondern in der Form des Klassenkampfes von oben diese Rechte einzuschränken bestrebt ist.

Deshalb bleibt die Parole des Sternmarsches: „Gemeinsam gegen Inflation — für mehr BAFöG und mehr Lohn“ auch in der Zukunft der Leitsatz für eine fortschrittliche, auf das aktive Handeln der Mehrheit der Studenten gestützte Politik.

Warum noch nicht im SPARTAKUS

Irene Stephan, 4. Sem. Soziologie, Göttingen

„Ich glaube, daß ich mich noch nicht so weit auseinandergesetzt habe, um mich in einer politischen Gruppe zu engagieren. Ich habe keinen so klaren Standpunkt, um das einschätzen zu können, was die Gruppe macht. Als schwerwiegend beim Spartakus empfinde ich sein Verhältnis zur DDR, seine scheinbare DDR-Hörigkeit. Die DDR-Geschichte wird oft so plakativ und unproblematisch dargestellt, dann kommt Schwarz-Weiß-Malerei dabei raus. Das finde ich einseitig. Ich habe eben Zweifel, ob die DDR wirklich ein sozialistisches Land ist, ob es in der DDR wirklich Selbstbestimmung gibt und nicht nur Behörden-Marxismus regiert. Ich denke, daß der Spartakus auch mehr die Probleme in der DDR aufzeigen sollte.“

Die Behauptungen vom Spartakus sollten auch mehr begründet sein. Auf Vollversammlungen z. B. stehen dann die Aussagen oft zu wenig fundiert im Raum. Der Spartakus geht, meine ich, auch zu wenig konkret auf die Vorwürfe anderer Gruppen ein. Die Forderungen werden sehr unvermittelt anderen Forderungen entgegengesetzt — oft besteht gar kein Zusammenhang zum Vorhergehenden. Vielleicht kann man auch sagen, daß die Spaltung innerhalb der Studentenschaft ein Hindernis ist, sich zu organisieren — das ist schon sehr verwirrend. Ich glaube, der Spartakus sollte stärker den Zusammenhang zwischen Studium und Politik herstellen in seiner Arbeit, weil die politische Agitation doch auch im Interesse der Studenten für ihr Fachgebiet ansetzen muß.

Vielleicht fühlen sich auch viele Studenten vom Spartakus überfordert — zuwenig setzt er an ihren individuellen Problemen an. Dann hat man das Gefühl, Objekt der Politik zu sein — auch was man in Flugblättern liest: da scheint der Student oft Mittel zum Zweck zu sein. Auf jeden Fall will ich nur Schulung im Spartakus machen, weil ich dann doch vielleicht besser einschätzen kann, was zu tun ist.“



Joachim Engel,
3. Klin. Humanmedizin

„Momentan sehe ich mich noch nicht in der Lage, die Politik vom Spartakus zu vertreten und könnte anderen gegenüber nicht überzeugend als Spartakist auftreten. Verschiedenes ist mir noch nicht so klar, daß ich voll dahinterstehen würde.“

Die Arbeit vom Spartakus an meiner Fakultät — ich war auch auf Sektionssitzungen — schien mir bisher praktisch zu ineffektiv. Viel wird da über taktische

Fragen diskutiert, wie man sich anderen Organisationen gegenüber verhält — was sehr aufreibend ist. Zu wenig wird dagegen Wert auf die Verwirklichung der eigenen Zielsetzung gelegt. Da wird dann zu wenig fachspezifisch gearbeitet, obwohl man doch einen speziellen Zugang gerade zu den Medizinstudenten finden müßte, um sie anzusprechen.

Ein anderer Bereich ist die Arbeit mit Spartakisten. Hier fehlt mir noch das persönliche Verhältnis zu den meisten Genossen. Nach einem Treffen geht jeder seine Wege und Zusammenarbeit scheint eine Pflichtübung zu sein. So ein Zusammenhalt könnte aber die Motivation zur politischen Arbeit sehr erleichtern.

Ich habe mich schon in verschiedenen politischen Gruppen umgesehen, aber die Ziele und die konkrete Arbeit vom Spartakus scheinen mir doch insgesamt richtig zu sein. Deshalb interessiere und beschäftige ich mich auch weiter mit der Politik vom Spartakus.“



Beate Kunze,
5. Sem./BWL, Göttingen

„So weit bin ich noch nicht. Die politische Organisation ist für mich ein Schritt, bei dem ich vor allem an mich Anforderungen stelle, nicht nur an die Organisation. So fühle ich mich noch recht unsicher, die Spartakus-Politik gegenüber Studenten zu vertreten. Das drückt sich auch in meinem Engagement aus. Natürlich sind auch die Berufsverbote vor allem für Spartakus-Mitglieder ein Hindernis, das ich noch zu überwinden habe. Aber ich weiß, daß man nicht organisiert sein muß, um vom Berufsverbot getroffen zu werden.

Um hier und in anderen Fragen weiterzukommen, brauche ich aber auch die Hilfe der Spartakus-Genossen. Oft fühle ich mich im Stich gelassen, erhalte zu wenig die Möglichkeit zu lernen, theoretisch wie praktisch. Das ist aber notwendig, um so stark zu werden, daß man nicht abgeschreckt wird von all den Aufgaben, die ent-

stehen. Dann habe ich leicht das Gefühl der Überforderung und neige dazu, jede weitere Aktivität abzulehnen. Ich finde, daß der Spartakus sich oft zu viele Aufgaben stellt und dadurch den Kontakt mit den Studenten vernachlässigt — aber der ist wichtig, um am Bewußtsein der Studenten ansetzen zu können. Der Spartakus sollte sich stärker auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren und nicht alles gleichzeitig machen wollen.“

Klaus Lueger, Soziologie,
Chemie, 4. Sem., Uni München

„Zunächst sind da einmal die Berufsverbote, die auch bei mir ihre Wirkung nicht verfehlen. Ziemliche Angst habe ich auch davor, mich mit dem Eintritt zur Übernahme von Aufgaben zu verpflichten, von denen ich glaube, sie nicht bewältigen zu können. Dafür gibt es mehrere Gründe: Ich habe zur Zeit mit starken persönlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und habe versucht, ob mir vielleicht bei MSB-Genossen Hilfe finden kann. Mehrere Genossen legten mir, zum Teil recht aggressiv, nahe, meine Probleme außerhalb des Spartakus zu lösen, denn der Spartakus sei kein Debattierklub für Persönliches. Ich habe den Eindruck, daß solch eine Verständnislosigkeit für die Schwierigkeit der Studenten beim MSB kein Einzelfall ist. Mich hat es jedenfalls abgeschreckt, daß diesen Genossen offenbar der Zusammenhang zwischen persönlichen Problemen und der Umsetzung der Politik nicht klar ist. Was mich beim MSB noch stört: durch Desorganisation und mangelnder Vorbereitung der Aktionen wird unheimlich viel Zeit verplempert, die so notwendig ist für Studium und Entspannung.

Ein weiterer Grund ist, daß ich mich in der Theorie noch schwach fühle. Ich fühle mich da irgendwie allein, da muß ich mir aus einer Flut von Materialien selbst das Wesentliche zusammensuchen. Dabei macht die Auslese mehr Arbeit als das Lesen der Artikel und Beiträge.

Noch etwas, was mir besonders aufgefallen ist: Der Spartakus sollte sich hier in München z. B. auf Vollversammlungen nicht von Vertretern der Roten Zellen durch ihre zynische und demagogische Manier, seine Argumente bis zur Unkenntlichkeit verdrehen lassen. So hat der Spartakus unter vielen Studenten ein negatives Image. Deshalb müßte er unbedingt offensiv seine Politik begründen.

Ich könnte es aber, mangels theoretischer Kenntnis nicht. Und auch davor habe ich Angst, daß auch ich dann Zielscheibe der Angriffe werde. Aber verändern helfen kann ich das alles nur als Mitglied...

Heinrich Bollinger, 5. Semester, Soziologie, Uni München

„Die prinzipielle Notwendigkeit einer Organisation zur Überwindung des Kapitalismus liegt auf der Hand.

Es stellt sich die Frage, in welcher Organisation.

In jeder politischen Gruppe sind die aktiven Mitglieder subjektiv der Ansicht, ihre Organisation kenne die richtige Analyse, den richtigen Weg und das richtige Ziel. Dabei werden die Vorstellungen der anderen Gruppen häufig nur in Kategorien gepreßt: Sektierer, Chaoten, Revisionisten. Obwohl solche Vorstellungen sicherlich in einem gegenseitigen Prozeß der Auseinandersetzung entstanden sind und für das einzelne Mitglied einer Organisation

erfahrbar wurden, bleibt dies dem Außenstehenden unnachvollziehbar.

Hinzu kommt, daß ich selber keinen festen Standpunkt in der Frage des „Wie“ und „Wohin“ der Gesellschaftsveränderung, sofern dies spezifiziert werden soll, einnehme. So ist mir häufig die Argumentation einer Gruppe einsichtig, im nächsten Augenblick wird es die Entgegnung der anderen genauso, ohne daß ich eine Haltung der anderen gegenüber wirklich vertreten und verteidigen könnte.

So bleibt nur der Wunsch nach gruppenübergreifenden Veranstaltungen im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner. Nur dort ist wohl die reale Erfahrung der Politik der Gruppen zu machen und letzten Endes das Erkennen der richtigen Politik möglich.“

Warum im SPARTAKUS organisieren

Diese Interviews machten die roten blätter mit unorganisierten Studenten im Mai und Juni dieses Jahres. Einige der Interviewten sind heute bereits Mitglieder unseres Verbandes.

Eines fällt bei allen Interviews auf: Kaum bestritten wird die Notwendigkeit, sich politisch zu organisieren. Klar ist offenbar, daß Empörung über einzelne Maßnahmen der Bundes- oder auch der Länderregierungen nicht ausreicht. Kurz aufwallender Ärger verändert nichts. Ist sogar für die Herrschenden relativ ungefährlich. Wer mit seiner politischen Aktivität aber Verhältnisse verändern will, der muß sich organisieren.

Aber wo?

Auch hier wird sehr deutlich (auch wenn diese Interviews keine empirisch abgesicherte Umfrage ist), daß sich alle mit dem MSB beschäftigen, auseinandersetzen, sich doch irgendwie die Frage stellen: Wäre nicht der MSB das richtige. Joachim sagt dazu: „die Ziele und die konkrete Arbeit vom Spartakus scheinen mir doch insgesamt richtig zu sein...“

Und dann kommen die Vorbehalte. Ganz klar.

I.

An erster Stelle steht das **Berufsverbot**. Das kommt nicht von ungefähr. Denn die Berufsverbote richten sich überwiegend gegen Mitglieder der DKP, des MSB

Spartakus und auch der SDAJ. Sie sollen die politische Tätigkeit dieser Gruppen behindern, diskriminieren und damit die gesamte demokratische Bewegung schwächen.

Aber auch Nichtorganisierte, fortschrittliche Sozialdemokraten, aktive Gewerkschafter, wie jetzt in Bayern der Kollege Rüdiger Offergeld, sind betroffen. Beate meint in ihrem Interview dazu: „Aber ich weiß, daß man nicht organisiert sein muß, um vom Berufsverbot getroffen zu sein.“ Genau. Denn das Ziel ist, daß sich keiner sicher fühlt, der sich in irgendeiner Form aktiv für soziale Verbesserung und gesellschaftlichen Fortschritt einsetzt.

Genau dieser Einschüchterungstaktik kann man nicht durch Zurückweichen, durch Stille-Halten oder Abwarten begegnen. Eine entscheidende Waffe ist die mitgliedermäßige Stärkung der vom Berufsverbot betroffenen Organisationen. Die Organisation im MSB Spartakus, die Solidarität und politische Initiative der Genossen ist der beste Schutz gegen das Berufsverbot. Wer sich jetzt organisiert, lernt, sich im Kollektiv zu engagieren, sich zu wehren. Wer alleine bleibt, bei dem wird auch die Unsicherheit zunehmen. Und wer sich nicht organisiert, schwächt zugleich diejenigen, die sich bereits organisiert haben. Schwächt die Bewegung, denn der MSB Spartakus bildet mit der DKP und der SDAJ gerade diejenige Kraft, von deren Akti-

vität Erfolg und Mißerfolg des Kampfes gegen die Berufsverbote in erster Linie abhängen. Darum sind die Berufsverbote allein schon Grund genug, sich im MSB Spartakus zu organisieren!

II

Erstaunlicherweise bringt nur Irene das **Verhältnis zum realen Sozialismus** als Einwand zur Organisation im Spartakus. Wir hatten das öfter erwartet. Ist unser Verhältnis zur DDR oder zur Sowjetunion nun tatsächlich „plakatativ“ oder „kommt Schwarzweißmalerei dabei raus“?

Wir empfehlen zur Kontrolle durch jeden Leser unsere Artikel über den realen Sozialismus in diesem Heft, den über die Baikal-Amur Linie und auch den über Polen. Wer diese Artikel und unsere Veröffentlichungen liest, wird sich schnell selbst überzeugen. Wir verschweigen keinesfalls, daß es in den sozialistischen Ländern natürlich echte Probleme und Schwierigkeiten gibt, auch

einzelne Mißstände, Unzulänglichkeiten und falsche Verhaltensweisen. All dies wird in den Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden der sozialistischen Parteien der kapitalistischen Länder selbstkritisch und intensiv diskutiert. Aber diese Art von Kritik betrachtet die Probleme von dem Standpunkt aus, wie man sie am besten lösen kann, denn die objektiven Möglichkeiten für ihre Lösung sind mit der sozialistischen Grundlage der Gesellschaft in diesen Ländern gegeben.

Aber wir bekämpfen all die Kritik, die den Kapitalismus rechtfertigen und verharmlosen soll, die Angst und auch Haßgefühle gegenüber den sozialistischen Ländern wecken soll. Und solche Kritik ist in den Medien unseres Landes vorherrschend. Sie nutzt die Unwissenheit großer Bevölkerungskreise über den realen Sozialismus. Dem stellen wir die Propagierung der konkreten Errungenschaften der sozialistischen Länder entgegen und leisten da-

mit einen Beitrag zur wahrheitsgemäßen Information der Kommilitonen.

Dabei kann es passieren, daß Mitglieder des Spartakus die Verhältnisse etwas idealisieren oder auch das eine oder andere Problem verharmlosen. Auch werden ehrlich gemeinte Fragen manchmal mit Antikommunismus verwechselt. Das kommt daher, daß beides oft miteinander vermengt auftritt, denn auch viele fortschrittliche Studenten bringen der Nachrichtenpolitik der Medien in unserem Lande noch all zu viel Gutgläubigkeit entgegen. Während nun diese Kommilitonen die Hochschulberichterstattung der bürgerlichen Presse auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen mit äußerster Vorsicht genießen, haben sie dieses gesunde Mißtrauen gegenüber der Berichterstattung über die sozialistischen Länder noch nicht entwickelt.

III

Bei einigen Interviewpartnern taucht die Frage nach den **persönlichen Beziehungen** immer wieder auf. Joachim Engel meint sogar „Zusammenarbeit scheint eine Pflichtübung zu sein“.

Das wäre in der Tat sehr ärgerlich. Denn Spartakisten wollen und dürfen keine ausgeflippten Politmaschinen sein. In den Referaten des Bundesvorstandes weisen wir immer wieder auf die Notwendigkeit hin, ein attraktives vielseitiges und offenes Gruppenleben zu realisieren.

Und die Praxis bestätigt das: Da gehört es in vielen Gruppen und Sektionen schon zur Selbstverständlichkeit, daß man sich beim Umziehen, Tapezieren und anderen sogenannten „persönlichen“ Belastungen hilft. Selbstverständlich werden Berufstätigkeit, Kinder, Prüfungen und andere außergewöhnliche Verpflichtungen einzelner auch bei der Verteilung der Arbeit berücksichtigt. (Das spart übrigens auch Zeit und zeigt, daß „keine Zeit“ kein Grund ist, sich nicht im Spartakus zu organisieren.)

Nun kann es sicher sein, daß einzelne Kommilitonen mit einzelnen Mitgliedern des MSB Spartakus oder auch mit einzelnen Gruppen schlechte Erfahrungen gemacht haben. Sicher, es gibt auch noch Gruppen, die schlecht arbeiten. Aber das weist doch gerade auf die Notwendigkeit einer qualitativen und quantitativen Stärkung hin. In diese Gruppen muß frisches Blut, müssen neue Mitglieder. Darum sollten auch solche eher negativen Erfahrungen ein Anstoß zum Eintritt in den Spartakus sein. Gerade gilt im übrigen auch für all die Fälle, wo „Desorganisation“, „zu viel Taktik“, „zu viele Aufgaben auf einmal“ in der Politik einzelner Gruppen kritisiert werden. Und wer wie Beate feststellt, daß der „Spartakus seinen Kontakt mit den Studenten vernachlässigt“,

sollte durch seinen Eintritt und seine Kontakte eben diese Verhältnisse verbessern.

IV

„Ich fühle mich in der Theorie noch schwach...“ „Ich fühle mich unsicher, die Spartakus-Politik gegenüber Studenten zu vertreten...“ Auch dieser Einwand taucht immer wieder auf! So banal es klingt, so richtig ist es: Beide Einwände sind geradezu zwingende Gründe zum Eintritt. Denn der MSB Spartakus ist keine Elitegruppe ausgewählt und erlesener wie belesener Marxisten. Im Gegenteil: Durch den Eintritt in den MSB Spartakus schafft sich jeder einzelne die Voraussetzungen, um sich zusammen mit den Genossen seine theoretischen Kenntnisse zu verbessern. Und als Mitglied lernt er doch aus dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch mit den Genossen, wie er die Politik unseres Verbandes vertritt. All das geht individuell und außerhalb des Spartakus viel schlechter oder auch gar nicht. Und man kann doch auch als junges Mitglied anderen Kommilitonen erklären, daß man sich noch nicht in allen Fragen sicher ist und nicht überall Klarheit hat, daß man aber in den Grundfragen übereinstimmt. Und laut Satzung des Spartakus kann Mitglied unserer Organisation werden, „wer die Grundsatzklärung und die Satzung anerkennt; wer bereit ist, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen; wer bereit ist, regelmäßig seinen Beitrag zu zahlen“. Das bedeutet nicht, daß man jeden politischen Schritt einer einzelnen MSB-Gruppe oder Sektion und jede Äußerung eines Spartakusmitgliedes richtig finden muß.

V

Das sind einige Argumente zu der Kritik, die in den Interviews gebracht wurde. Dabei konnten wir nicht auf alle Einwände eingehen. Aber viele Argumente in diesem Artikel sind ausführlicher in einer kleinen Broschüre des Spartakus-Bundesvorstandes entwickelt worden. Klar und konkret werden hier Fragen angesprochen wie: „Ist der MSB eine „linke Gruppe unter anderen? — Sind Spartakisten dogmatisch — Gibt es individuelle Probleme, die einer Organisation im Spartakus im Wege stehen?“ und viele andere.

Diese Broschüre mit dem Titel „Werde Mitglied“ kostet 30 Pf., hat 18 Seiten und ist bei jedem Spartakisten erhältlich und (gegen Voreinsendung von 30 Pf und 50 Pf Porto) natürlich auch beim Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn, Postfach.

Aber man sollte es nicht beim Broschüren-Lesen belassen, besser ist es, die Spartakisten am Ort mit Fragen zu bombardieren, mit seinen Vorbehalten zu konfrontieren!



Sind Spartakisten dogmatisch? - Das Verhältnis zur DKP - Gibt es individuelle Gründe die einer Organisation im MSB im Wege stehen? - Die Berufsverbote



Erste Ergebnisse im RCDS-Prozeß

„Spartakus unterlag RCDS“, so kommentierten weite Teile der bürgerlichen Presse die erste Runde im RCDS-Prozeß. Dieser Prozeß kam zustande, weil die Bonner RCDS-Gruppe vergebliche versucht hatte, durch eine Einstweilige Verfügung die Auslieferung der roten blätter 18 zu verhindern. In Anbetracht der unbestechlichen Beweisführung der roten blätter war der RCDS-Bundesvorstand selbst offenbar vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung zurückgeschreckt. In der Ausgabe 18 hatten die roten blätter eine Dokumentation über den RCDS veröffentlicht, mit zum Teil internen Papieren des CDU/CSU-Studentenverbandes.

Im Prozeß fiel Anfang August die erste Entscheidung im einstweiligen Verfahren. In diesem einstweiligen Verfahren konnten sich die roten blätter nicht in allen Punkten durchsetzen. So dürfen sie bis zur Hauptverhandlung nicht mehr behaupten, der CDU/CSU-Studentenverband verherrliche das in der Bundesrepublik herrschende System, er betätigte sich als „Polizeiaгент“ und führe Spitzelaktionen durch. Zur Untermauerung dieser und anderer Behauptungen wird der MSB Spartakus in nächster Zeit eine weitere Dokumentation vorlegen.

„Eines steht jedoch jetzt schon fest und dürfte“, so schrieb die Deutsche Volkszeitung am 15. August, „der Studentenorganisation, die sich das Etikett ‚christlich‘ und ‚entschieden demokratisch‘ zugelegt hat, schrill in den

Ohren klingen: Seit dem Beschluß des Landgerichts vom 5. August kann strafflos festgestellt werden: „Ein gutes Verhältnis wird auch in der Einstellung des RCDS zum faschistischen Putsch in Chile deutlich.“

In der Begründung der Neunten Zivilkammer des Landgerichts Bonn heißt es dazu: „Der gegenüber dem RCDS erhobene Vorwurf, ein ‚gutes Verhältnis zu Faschisten‘ zu haben, liegt noch im Rahmen des Erlaubten. Denn wie das Verhältnis des RCDS zu Faschisten beschaffen ist, leitet der Verfasser des Artikels aus einer Fülle von nachlesbaren Äußerungen des RCDS zum Putsch in Chile her.“ (Urteilsbegründung vom 15. 8. 74, S. 19.)

Mathias Jung kommentierte diese Entscheidung in der Deutschen Volkszeitung vom 15. 8. 1974:

„Nach den grauenhaften Schrecken des Hitler-Faschismus haben wir seit dem 5. August einen Studentenverband, dem ungerügt ein ‚gutes Verhältnis zu Faschisten‘ nachgesagt werden darf. Mag man die übrigen Praktiken des CDU-Verbandes bewerten wie immer man will, für die politische Repräsentation dieser Gesinnung sollte kein Platz im Lande der Konzentrationslager von Dachau und Bergen-Belsen sein.“

Aber das Gericht entschied nicht nur in dieser Frage gegen den RCDS. Eine weitere schwerwiegende von den roten blättern erhobene Beschuldigung wurde gerichtlich bestätigt. So kann der MSB Spartakus weiter behaupten:

„Die Mittel in diesem Kampf des RCDS gegen Asten und Fachschaften seien vielfältig, wobei die Diffamierung auf der Tagesordnung stünde.“

Selbst das Gericht, sicher kein Freund des MSB Spartakus, mußte in der Urteilsbegründung juristisch verklausuliert feststellen, daß „auch der RCDS mit seiner Kritik am Finanzgebaren einzelner Asten zuweilen bis an die Grenze des Erlaubten gegangen ist...“ (Urteilsbegründung, S. 18.) Schon zuvor hatte das Gericht in seiner Urteilsbegründung feststellen müssen, daß der RCDS in der politischen Auseinandersetzung „... wie sich aus den zu den Akten gereichten Urkunden ergibt, bis an die Grenze des Erlaubten

gegangen ist, gelegentlich sogar darüber hinaus“. (Urteilsbegründung, S. 11.)

Damit wurde auch noch einmal vor Gericht bestätigt, daß der RCDS, der in seinen Erklärungen scheinheilig beteuert, die Organe der verfaßten Studentenschaft erhalten zu wollen, einen Kampf mit allen Mitteln gegen die Organe der verfaßten Studentenschaft führt, daß er dabei auch vor der Diffamierung nicht zurückschreckt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß das Gericht in seiner Begründung noch einmal gesondert auf die RCDS-Diffamierungen gegen die Finanzführung der Asten eingeht und hier die Diffamierungen des RCDS sozusagen gerichtlich bestätigt.

Schon vor der mündlichen Verhandlung hatte die Neunte Zivilkammer in diesem Zusammenhang einen Klagepunkt des RCDS zurückgewiesen. So dürfen die roten blätter weiter behaupten: „Mit seiner Dokumentation („Eine Untersuchung der Haushaltspläne Deutscher Studentenschaften“) bereite der RCDS Eingriffe der Regierung in die Finanzhoheit der Asten vor und leiste damit weitere Hilfe zur Schwächung der Asten und Fachschaften.“

Und sozusagen die Schlußfolgerung aus all diesen Punkten darf nach der Entscheidung des Gerichtes ebenfalls weiter von den roten blättern, vom Spartakus weiter behauptet werden:

RCDS —

„Ein gutes Verhältnis zu Faschisten wird auch in der Einstellung des RCDS zum faschistischen Putsch in Chile deutlich

Der RCDS steht nicht auf der Seite der Studenten. Er vertritt nicht ihre Interessen. Er steht auf der anderen Seite, auf der Seite des Großkapitals.“

Und wie steht es mit den Punkten, in denen sich der RCDS bisher nicht durchsetzte?

Der Spartakus darf also laut einstweiliger Verfügung vom 22. Mai und Landesgerichtsbeschluss vom 5. August nicht behaupten, „die Verherrlichung unseres Systems ist eine der Aufgaben, für die die CDU-Studenten aus der Kasse der Großkonzerne bezahlt werden“.

Der Bonner Rechtsanwalt Rüdiger Böhm konnte jedoch für den Spartakus folgende Belegstücke (in beglaubigter Ablichtung) vorführen: Ein Schreiben des früheren RCDS-Bundesvorsitzenden Gerd Langguth, an Großindustrie, Banken und Versicherungen mit dem Schlüsselsatz: „Aus diesem Grund sucht unser Verband, der sich klar zur sozialen Marktwirtschaft bekennt und jedes Klassenkampfdenkens... ablehnt, um eine Geldspende von Ihrer Seite nach.“

Ferner das offizielle Rundschreiben des Geschäftsführers des Wirtschaftsrates der CDU, Dr. Haimo George, vom 16. 1. 1974. Es ist an die Mitglieder und Freunde des großindustriellen Wirtschaftsrates in NRW gerichtet: „Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten... versucht, (die Studenten)... von den freiheitlichen Anschauungen der Union zu Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Po-

litik zu überzeugen.“ Es folgt die Bitte, dem RCDS „Geld und Sachmittel“ aus dem „Systemveränderungs-Abwehr-Etat“ der Unternehmer zur Verfügung zu stellen. Der RCDS-Bundesvorstand war es denn auch — so enthüllt ein weiteres Spartakus-Dokument —, der am 26. 9. 1973 für den gegen die vds-Mitgliedsbeiträge klagenden Eckhard Jagnow in Oldenburg die betreffende Kostenrechnung „der Anwälte“ übernahm...

Daß es nicht bei platonischen Beziehungen des RCDS zur Großindustrie geblieben ist, erhellen weitere Dokumente. Ein vom Spartakus dem Gericht vorgelegtes Rundschreiben des RCDS Köln vom 26. April 1972 an die Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrates ertappt den finanziell verdächtig gut dotierten Verband gleichsam in flagranti. Es heißt da: „Der RCDS an der Universität zu Köln wendet sich vertrauensvoll an Sie. Bereits im vergangenen Jahr haben Sie viel Verständnis für unser Anliegen gezeigt und so hoffen wir, auch dieses Mal bei Ihnen Gehör zu finden.“ Im weiteren wird dann der Finanzbedarf des RCDS Köln für das laufende Jahr 1972 mit 40 000 DM (!) angegeben. Als rechter Rammbock empfahl sich, wie einem weiteren Dokument zu entnehmen ist, der RCDS Erlangen: „Unsere Aktivitäten galten in den letzten Monaten besonders der Unterstützung des bayrischen Hochschulgesetzes, das in allen wesentlichen Punkten unsere Zustimmung findet... Unsere Aufgabe ist es, in Zukunft noch stärker als bisher den kommunistischen Studentenkadern entgegenzutreten... Der RCDS

erlaubt sich daher, mit der höflichen Bitte um finanzielle Unterstützung seiner Arbeit an Sie heranzutreten.“ Wir wissen nicht, welchen Geldsack die schwarzen Kader aus Erlangen ans Land zogen, dafür entnehmen wir einem weiteren Dokument, der Ablichtung des Kassenprüfungsberichts des RCDS-Landesvorstandes Bayern für die Wahlperiode 73/74, unter „Haben“: „CSU: 16 332,08 DM.“ Das reichte dem obrigkeitstreuem Landesvorstand offensichtlich immer noch nicht, denn der Protokollführer der Landesdelegiertenversammlung vom 5. Juli 1974 resümiert das Verhältnis zur Mutterpartei wie folgt: „CSU: optimal wenn mehr Geld, ansonsten problemlos.“

Der RCDS kein Polizeiagent? Auch hier erweist sich der Schriftsatz des fortschrittlichen Rechtsanwalts Böhm als Fundgrube. So übernahm es das Bonner RCDS-Mitglied Horst Wolf nach „Rücksprache“ mit dem 14. (politischen) Kommissariat, für die gegenüber linken Demonstranten in Beweisnot befindliche Strafverfolgungsbehörde sowohl Belastungsfragen als auch belastendes Bildmaterial zu beschaffen. Beweis des Spartakus: Beglaubigte Ablichtung des originalen Aktenvermerks des 14. Kommissariats.

Der vorher genannte RCDSler Horst Wolf plädierte unter anderem auch in „Disput“, Nummer 4, Zeitschrift der Bonner Sektion des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“, für ein Berufsverbot gegen den der DKP angehörenden Diplompsychologen Hans Heim-

sen. Dies geschah im klassischen Tonfall des Spitzelberichts: „Im Studentenparlament verhielt sich Heimsen zwar ruhig, ließ jedoch keine zur verfassungsfeindlichen Haltung des Spartakus abweichende Meinung erkennen.“ RCDS-Gesinnungskumpel Johannes Theissen wiederum denunzierte mit Hilfe eines Fotos aus der „Kölnischen Rundschau“ vom 18. Mai 1972 einen demonstrierenden Romanistik-Studenten (im Rahmen eines Relegationsverfahrens). RCDS-Mitglied Max Nagel erklärte seinem politischen Gegner, dem früheren VDS-Vorstandsmitglied Matthias Albrecht, gegenüber, er werde sich persönlich für dessen Verweisung von der Universität einsetzen. Nagel und Wolf zusammen drohten den im Prozeß „RCDS kontra Spartakus“ auftretenden studentischen Zeugen Ingo Thiee, Jörn Hauss und Morus Markard, sie würden darauf hinwirken, daß diese „Berufsverbot“ erhielten. Diese und zahlreiche weitere Unappetitlichkeiten bringt der 58seitige Schriftsatz Rechtsanwalt Böhms ans Tageslicht.

Soweit einige neue Dokumente zur Politik des RCDS. Der MSB Spartakus wird fortlaufend über die neuen Entwicklungen im RCDS-Prozeß berichten. Nach diesen Entscheidungen im mündlichen Verfahren steht jetzt das Hauptverfahren vor der Tür. Die erste Verhandlung findet am 21. 10. im Landgericht Bonn statt. Schon jetzt kann man sagen, daß in diesem Prozeß, der sich über lange Zeit hinziehen wird, neue Enthüllungen über die Politik des RCDS zu erwarten sind.

Politik im Stil des

In Tübingen demonstriert die CDU was Regelstudienzeit bedeutet: 450 künftige Lehrer sollen zwangsexmatrikuliert werden!

Damit hatte Wolfgang Binder nicht gerechnet, als er am 30. August den Brief mit dem Absender „Universität Tübingen, Der Präsident“ öffnete. In unverfänglichem Amtsdeutsch hieß es da: „Nach Überprüfung Ihrer Daten hat die Verwaltung festgestellt, daß Sie die Regelstudienzeit in dem von Ihnen belegten Studiengang nach Ihrer Rückmeldung zum Wintersemester 1974/75 um mehr als 2 Semester überschritten haben.“

Um prüfen zu können, ob in Ihrem Fall Gründe für eine Verlängerung der Zulassung gegeben sind, wenden Sie sich bitte umgehend, spätestens bis 25. September 1974, an die Zentrale Verwaltung — Studienabteilung — 74 Tübingen, Wilhelmstraße 7, Neue Aula, Zimmer 52.

... Nach Ablauf der vorstehenden Frist, wird die Verwaltung Ihre Rückmeldung zum Wintersemester 1974/75 zurücknehmen und Sie mit Ablauf des Sommersemesters 1974 (30. September 1974) wegen Beendigung der Zulassung exmatrikulieren, falls Sie bis dahin nicht Gründe nachgewiesen haben, welche die Verlängerung der Zulassung ermöglichen.“ Datiert vom 27. August 1974.

So wie Wolfgang Binder ging es in diesen Tagen noch 450 anderen Tübinger Studenten, die sich auf das Lehramt an Gymnasien vorbereiten und das 10. Semester überschritten haben. Was war passiert? Im Juli 1973 war in Baden-Württemberg ein neues Landeshochschulgesetz (LHG) verabschiedet worden. Tausende Studenten demonstrierten gegen die „schwarze Hähnchenpest“ (Hahn = CDU-Kultusminister in Baden-Württemberg). Im Mai 4000 in Heidelberg, 4000 in Freiburg, 2500 in Karlsruhe, 1000 in Mannheim. Am zentralen Sternmarsch am 7. Juni in Stuttgart, der auf Initiative des MSB Spar-

takus stattfand, beteiligten sich schließlich fast 5000 Studenten aus ganz Baden-Württemberg. Das waren die größten Kampfaktionen der Studenten seit 1968. Denn dieses LHG brachte außer Beschneidung des politischen Mandats für die ASten, verstärktem Ordnungsrecht und Prüfungsdruck, in Paragraph 53,3 die Einführung der Regelstudienzeit.

Am 27. Juni 1974 erließ die Filbinger-Hahn-Schieß-Troika die „Sechste Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an der Unter- und Mittelstufe der Gymnasien“.

Hinter diesem Wortungetüm versteckt sich die bislang perfekteste Maßnahme zur Vollstreckung der Regelstudienzeit. Mit dieser Verordnung wurde Paragraph 5 der geltenden Prüfungsordnung für Gymnasiallehrer geändert und die Regelstudienzeit für Nebenfächer auf 6, für das Studium der Hauptfächer auf 8 Semester festgelegt.

Einmalig in der deutschen Universitätsgeschichte!

Damit wurde eine Willkür sanktioniert, der in der bisherigen Geschichte der deutschen Universitätsgeschichte einmalig sein dürfte.

Auf einen einzigen Schlag sollen 450 Lehrerstudenten aus einer

Universität quasi herauskatapultiert werden. 450 von ca. 15 500 Tübinger Studenten; das sind über drei Prozent der Gesamtzahl der Immatrikulierten.

Der AStA bemühte sich bei der Universitätsverwaltung um die Namen der Betroffenen, doch vergeblich. Unter dem Vorwand, ein Zugang zu den Personalakten sei nicht statthaft, wurde den AStA-Vertretern die Herausgabe einer Namensliste verweigert. Auch die Forderung, die Exmatrikulationsfrist auf Ende Oktober zu verschieben, damit die 450, die zum Teil im Urlaub waren, auf die „blauen Briefe“ reagieren könnten, wurde abgelehnt. Begründung: Aus Gründen der Arbeitsbelastung der Studienabteilung sei dies nicht möglich, außerdem begänne dann ja das neue Semester und damit würden die Exmatrikulationen juristisch schwieriger (!), dies mache eine Verlängerung der Frist unmöglich.

Gegen diese kaltschnäuzige Reaktion der Universitätsverwaltung wehrten sich nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch unorganisierte Kommilitonen wollen sich an Aktionen gegen diese Maßnahme beteiligen.

Anhand einer ersten noch unvollständigen Übersicht waren die bis zu diesem Zeitpunkt erfaßten Kommilitonen durchschnittlich seit 10,2 Semestern immatrikuliert. Der Tübinger Spartakus suchte einige von den erfaßten Kommilitonen auf. Ein ausführliches Gespräch führte er mit dem Kommilitonen Wolfgang Binder.

Wolfgang wohnt in einem der wenigen Studentenheime Tübingens, dem „Studo“. Er ist äußerlich das, was man sich gemeinhin unter einem Studenten vorstellt: Brillen- und Bartträger mit ziemlich langem Haar. Er kommt im Winter ins 11. Studiensemester.

In einer Erklärung solidarisierte sich der Spartakus-Bundesvorstand mit den 450 von der Exmatrikulation bedrohten Tübinger Studenten. In der Erklärung heißt es weiter:

Obwohl allein in Baden-Württemberg 6000 Lehrer fehlen, versuche die Landesregierung mit Drohung von Zwangsexmatrikulation, absoluten Numerus clausus für die pädagogischen Hochschulen und der Demagogie vom „Lehrerberg“ die Zahl der künftigen Lehrer drastisch zu begrenzen. Mit gleichzeitig vorgenommenen Streichungen von 73 Millionen DM im laufenden Haushalt der Landesuniversitäten werde eine unerträgliche Notsituation an den Universitäten in Baden-Württemberg verursacht.

Zugleich finanziere sie die Errichtung von sogenannten Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim allein in diesem Jahr mit 1,2 Millionen DM. In diesen Berufsakademien sollen für Großkonzerne wie Daimler Benz und SEL wissenschaftlich ausgebildete Kader herangezogen werden. In diesen „Kaderschmieden der Großindustrie“ (Erziehung und Wissenschaft, Organ der GEW, 9/74) sollen nach Vorstellungen des baden-württembergischen Kultusministers Hahn künftig 10 Prozent aller Abiturienten eines Jahrgangs ausgebildet werden — frei von jeder demokratischen Kontrolle, dafür unter der Obhut des Großkapitals.

Seit Oktober 1969 studiert er die beiden Hauptfächer Biologie und Sport. Ist Wolfgang mit seinen 11 Semestern eines der von der bürgerlichen Presse so oft zitierten „bemoosten Häuter“, die „anderen die Studienplätze wegnehmen“?

Wolfgang schildert uns einige Fakten aus seinem Studiengang: Im WS 1973/74 hat er sein Sportexamen erfolgreich bestanden, und im Augenblick schreibt er an seiner Zulassungsarbeit für Biologie. Im Februar will er sein Staatsexamen ablegen und dann in den Schuldienst eintreten.

Bis zum Frühjahr dieses Jahres erhielt Wolfgang ein Stipendium

SHRG: 450 raus!

Letzte Meldung!

Die Aktionen der Tübinger Studenten haben wahrscheinlich zu einem ersten Erfolg geführt. Wie die roten Blätter nach Redaktions-schluß erfuhren, soll der Er-lauf vorerst bis zum Som-mersemester 1975 außer Kraft gesetzt werden.

durch das Bundesversorgungs-gesetz; anfangs 420,— DM im Mo-nat, doch vom 3. Semester an wurde es immer weniger. Denn seine Mutter, eine Angestellte, hatte eine Gehaltserhöhung er-halten; Wolfgang's Vater ist Ren-ner. Von Januar bis März 1974 erhielt Wolfgang nur noch 38 DM Ausbildungsbeihilfe. Seine Eltern trugen schließlich mit 400 DM zur Finanzierung des Studiums bei. Wolfgang meint, daß dies eine harte Belastung für sie sei; er möchte ihnen nicht auf der Tasche liegen.

Wolfgang hat mit seiner Freundin einen einjährigen Sohn, zu dritt leben sie in zwei Zimmern mit insgesamt 33 qm Wohnfläche. Seit August 1973 arbeiten Wolfgang und seine Frau regelmäßig als Kellner in einer Studentenkneipe in der Nähe für ca. 70 Stunden im Monat verdienen sie nur 450 DM — ein zwar nicht gelegener, aber sehr schlecht bezahlter Job. Vorher hatte Wolfgang bereits regelmäßig in den Ferien gear-beitet.

Wegen des Kindes hat sich Wolf-gangs Frau, eine Engländerin, seit zwei Semestern von ihrem Sozial-pädagogik-Studium beurlauben lassen. Sie erhält sonst von keiner Seite finanzielle Unterstützung. Eigentlich wollte Wolfgang bereits im Oktober mit dem Studium fer-tig sein, hatte dann aber wegen des Jobs seine letzte Arbeit auf Februar 1975 verschieben müssen.

Und Wolfgang ist kein Einzelfall. Wie er ist der Großteil der Stu-denten gezwungen, neben und während des Studiums zu arbei-

ten. Die Folgen sind zwangsläufig Studienzeitverlängerungen. In Baden-Württemberg sollen diese Studenten in Zukunft für ihre soziale Notlage mit Exmatriku-lation bestraft werden.

Neben der Exmatrikulationsan-drohung stehen Wolfgang neue Belastungen bevor. Denn ihm soll wie vielen anderen Heimbewoh-nern gekündigt werden. Seit dem 1. April stehen nämlich die „Studo“-Bewohner im Mietstreik. Grund: das Studentenwerk will die Mieten rigoros erhöhen. Ein 11 qm großes Einzelzimmer soll künftig 151 DM (bisher 98 DM), ein Doppelzimmer 240 DM (bisher 140 DM) kosten. Das können die Studenten, zumeist BAFöG-Em-pfänger und fast 50 Prozent aus-ländische Kommilitonen, nicht zahlen. Die Streikfront steht fest; trotz eines angedrohten Räu-mungstermins für den 5. Septem-ber. Bisher haben nur 8 von 160 Heimbewohnern die neuen Miet-verträge unterschrieben.

Wolfgang ist bereit, mit anderen zusammen Protestaktionen gegen die Zwangsexmatrikulation und gegen die Regelstudienzeitbestim-mungen zu entwickeln. Er hofft dabei vor allem auf die Initiativen der politischen Hochschulgrup-pen. Allein fühlt er sich ziemlich unsicher und durch seine Ver-pflichtungen gegenüber seiner Familie zur Zurückhaltung ge-zwungen. Er meint zu uns: „Es sollte Aufgabe derer sein, die in politischen Vereinigungen sind, Vorreiter für die stille Masse zu sein, zu denen ich mich selbst zähle. Sie sollten Anhaltspunkte bieten, bei denen man mitmachen kann.“ Auf unseren Einwand, daß die fortschrittlichen Studenten-organisationen nicht stellvertre-tend für seine und die Interessen der anderen Betroffenen handeln können, reagiert er zustimmend. Wolfgang sieht auch, daß mit die-sen ersten Versuchen zur Durch-setzung der Regelstudienzeit, al-len Studenten in Baden-Württem-berg ähnliches passieren wird wie ihm. Dagegen müsse man etwas unternehmen.

Nach dem Gespräch mit Wolf-gang sprachen wir mit MSB-Ge-nossen, die auch im „Studo“ wohnen. Die Genossen Helga Kotthoff (Mitglied des Heimrates) und Leo Haidt (Tutor) glauben, daß noch mindestens fünf weitere Heimbewohner zwangsexmatri-

kuliert werden sollen. Helga ver-mutet, daß auch Ausländer dar-unter sind, und meint: „Für die zwei betroffenen ausländischen Kommilitonen stellt sich die Sache besonders schlecht dar. Beide haben große Sprachschwie-rigkeiten, die ihnen das Studium erschweren, beide bekommen wenig Unterstützung und arbei-ten in den Semesterferien.“

Der Tübinger Spartakus hat nach Bekanntwerden des Skan-dals rasch reagiert. Er hat die Studenten zur Solidarität mit den Betroffenen aufgerufen und bei den gemeinsamen Beratungen Aktionsvorschläge entwickelt.

Josef Enenkel, Vorsitzender der Tübinger Gruppe, erklärte uns: „Wir sehen in diesem Verstoß der Universitätsleitung einen Test da-für, mit welchem Widerstand man zur Zeit aus der Studentenschaft bei der Durchsetzung des LHG zu rechnen hat. Gelingt es Rektor Theiss, eine Solidarisierung der Betroffenen untereinander und die breite Solidarität der Nicht-betroffenen mit den Betroffenen zu verhindern, gelingt es ihm und damit dem Kultusministerium, die Exmatrikulation von 450 Kom-militonen lautlos über die Bühne zu bekommen, so wird das nächste Salamischeibchen des LHG nicht lange auf sich warten lassen.“

Unser wichtigstes Ziel neben der Zurücknahme der Zwangsexma-trikulation ist die Entwicklung von Aktionen gegen die Regel-studienzeitbestimmung des LHG. Denn sie stellen für die gesamte Studentenschaft eine unmittelbare Bedrohung dar. Dabei müssen wir vor allem Verständnis unter der Bevölkerung für unsere Pro-bleme gewinnen. Schließlich wol-len wir uns ja nicht auf Kosten der Werktätigen ein faules Leben machen. Deshalb müssen die Stu-denten ganz besonders zu einer gemeinsamen Haltung mit den Gewerkschaften kommen, die sich in einer gemeinsamen Stel-lungnahme der Landesverbände von DGB, ÖTV und GEW im Mai 1973 scharf gegen die Regelstu-dienzeit ausgesprochen haben. Sie erklärten damals: „Auch die staatliche Festlegung von Regel-studienzeiten wird abgelehnt. Nur im Vollzug einer demokratischen Studienreform können die Inhalte und Qualifikationen bestimmt werden, die in einem Studiengang sinnvoll sind.“

In dieser Situation kann man die Haltung der Vertreter des „Sozia-

listischen Zentrums“ im AstA nur als reaktionär einstufen, wenn sie auf eine breite Bewegung gegen die Regelstudienzeit verzichten, weil dies ein dem „Kapitalismus immanente“ oder gar „objektiv fortschrittliche Bestimmung“ sei. Und nicht anders als reaktionär muß man ebenfalls die Haltung der sogenannten „KSG“ einschät-zen, die sich weigern, in einer solchen Frage mit den Gewerk-schaften zusammenzuarbeiten. Der MSB Spartakus wird sowohl in Tübingen wie auch auf zen-traler Ebene Solidaritätsaktionen und Proteste gegen alle Versuche der Durchsetzung der Regelstu-dienzeit und Zwangsexmatrikula-tion unterstützen und initiieren. In einer Presseerklärung des Bun-desvorstandes zu den Versuchen der Zwangsexmatrikulation und der Demagogie vom „Lehrerberg“ in Baden-Württemberg heißt es: „Wem diese Maßnahmen offen-sichtlich dienen sollen, ist ein-deutig, denn bei allem Gerede von Finanzknappheit stellt die Lan-desregierung für das Jahr 1974 1,2 Mill. DM zur Errichtung von Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim parat, in denen für die Großkonzerne wie Daimler-Benz und GEL wissenschaftlich ausge-bildete Kader herangezogen wer-den. In diesen ‚Kaderschmieden der Großindustrie‘ (Erziehung und Wissenschaft, 9/74) sollen nach Vorstellungen von Kultusminister Hahn künftig 10 Prozent der Ab-iturienten eines Jahrgangs aus-gebildet werden frei von de-mokratischer Kontrolle, bei ent-scheidendem Einfluß der Unter-nehmen.“

Der MSB Spartakus fordert die Landesregierung Baden-Würt-tembergs zur sofortigen Zurück-nahme der Zwangsexmatrikula-tion auf. Er erklärt sich solida-risch mit den betroffenen 450 Tübinger Kommilitonen. Er for-dert gemeinsam mit DGB und GEW die Zurücknahme der Regelstudienzeitbestimmungen. Eins machten die Tübinger Ge-nossen des Spartakus sehr klar: Sie werden es bei Solidaritätser-klärungen und verbalen Protesten nicht belassen, sondern sie wer-den den Kommilitonen Aktionen vorschlagen, um die Exmatriku-lation der 450 Tübinger Studen-ten und weiterer Kommilitonen zu verhindern.

hochschule

Gebührenverweigerung in NRW Wie geht es weiter?

Rau: „Sehe Konflikte voraus“

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf bekannt wurde, fürchtet der Kultusminister harte Auseinandersetzungen mit den Studenten seines volkreichsten Bundeslandes im kommenden Wintersemester. Schon im Sommersemester dieses Jahres hatten an den nordrhein-westfälischen Universitäten die Zeichen auf Sturm gestanden. Der Anlaß war das neue Studentenwerkgesetz. Denn dieses Gesetz bringt den Studenten einschneidende Verschlechterungen:

So müssen alle Fachhochschüler und Gesamthochschulstudenten zum ersten Mal ohne irgend eine Gegenleistung oder soziale Verbesserung 10,- DM Sozialbeitrag bezahlen.

So sollen fast an allen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen zum Wintersemester höhere Beiträge kassiert werden.

Aber dabei beläßt es die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Nordrhein-Westfalens nicht. Das neue Gesetz bringt weitere konkrete Verschlechterungen:

- Die Wohneinheiten und Mensapreise sollen erhöht werden, da Minister Raus Gesetz das sogenannte „Kostendeckungsprinzip“ vorsieht.
- Kinderkrippen, Kindergärten und psychotherapeutische Beratungsstellen der Studentenwerke erhalten kein Geld mehr. So wird in Bielefeld der geplante Kindergarten gestrichen. Doch das ist nur ein Beispiel von vielen.

Der dringend notwendige Ausbau der BAFöG-Beratungsstellen unterbleibt aufgrund der mangelnden Subventionierung. Es steht zu erwarten, daß die für das Wintersemester geplante BAFöG-Erhöhung vor dem Frühjahr 1975 nicht ausgezahlt werden kann.

Diese massiven Verschlechterungen hatten die Studenten auch im Sommersemester nicht hingenommen. Ihre Antwort waren Urabstimmungen fast an allen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Zur Entscheidung stand die Frage, ob der höhere Beitrag verweigert wird oder nicht. Die Ergebnisse waren eindeutig: Das Votum fiel

landesweit mit über 96 Prozent aller abgebenden Stimmen für die Verweigerung der erhöhten Gebühren aus.

Obwohl das Ende des Sommersemesters kurz bevorstand, fanden die Kommilitonen in Nordrhein-Westfalen beachtliche Unterstützung in der Öffentlichkeit. GEW-Stadtverbände, DGB-Kreisverbände, der Bund demokratischer Wissenschaftler, Kreisjugendausschüsse und andere Verbände unterstützten die Forderungen der Studenten. Aber auch Professoren und Rektoren gaben ihre Unterschriften auf Solidaritätslisten. Die Senate verschiedenster Universitäten, so zum Beispiel in Bielefeld, und Fakultätskonferenzen beschlossen Solidaritätserklärungen.

Unter dem Druck dieser breiten öffentlichen Front gab es erste vereinzelte Zugeständnisse: Immatrikulationsfristen wurden verlängert. In Bielefeld gab es Studienbescheinigungen, die auch im Wintersemester Gültigkeit hatten.

Dann folgten die Semesterferien und brachten dem Kultusminister Rau eine erste kurze Atempause. Alles deutet daraufhin, daß diese Atempause nur sehr kurz wird. Denn in den Semesterferien hat sich weiterer Sprengstoff ange-



sammelt. Die roten blätter sprachen mit Erika Keil, Studentin im 3. Semester in Bielefeld, ist politisch bei keiner Gruppe organisiert, orientiert sich an den Vorschlägen des AStA. Als wir sie fragten, ob die Studenten im Wintersemester klein beigeben würden, grinste sie und meinte selbstbewußt: „Woher denn, über die Ferien ist es doch noch schlimmer geworden. Im letzten Jahr habe ich einen guten Job gehabt, gleich nach dem Abi. Aber dieses Jahr war nichts drin. Weder hier noch an meinem Heimatort.“

Und dann wird es ja noch nicht einmal die BAFöG-Erhöhung zum Wintersemester geben. Vor 1975 soll nichts laufen. Und die Preise steigen weiter, brauche ich euch nicht zu erzählen.“

Auf unsere Frage nach der Höhe des Beitrages meinte sie sofort abwehrend: „Das sind ja nicht nur die 10 DM, die wir mehr bezahlen sollen, da kommt doch jetzt schon viel mehr dazu: Wohnheimmieten, Mensapreise. Und wenn wir hier nachgeben, dann kommt die nächste Erhöhung im nächsten Jahr, und immer so weiter. Nur unsere BAFöG-Sätze, die

erhöhen sie nicht. Darum müssen wir jetzt einen Riegel vorschieben. Und wenn ich eine Mark mehr bezahlen müßte, ich würde mich weigern!" Erika hatte sich in Fahrt geredet, aber wohl zugleich die Meinung vieler Studenten sehr klar getroffen. Die Sorgen des Kultusministers sind also offenbar sehr berechtigt.

Die ersten Auseinandersetzungen und Aktionen werden an den Fachhochschulen erwartet, denn hier hat das Studium bereits Mitte September wieder begonnen. Für sie wie auch für die Uni-Studenten steht die Aufgabe, den empörten Kommilitonen vom ersten Semestertag an, wenn sie wieder an die Uni zurückkehren, in die Verweigerungsfront einzubeziehen. Manfred Weniger aus Essen, Referent beim VDS-Vorstand, mit dem die roten Blätter sprachen, erwartet neue Drohungen des Kultusministers. Er war jedoch sehr zuversichtlich und meinte: „Minister Rau kann nicht Tausende von Studenten exmatrikulieren. So kommt er doch nicht weiter. Er wird zwar versuchen, uns in der Bevölkerung zu isolieren und die Arbeiter gegen uns auszuspielen. Aber da passen wir auf. Von Anfang an. Schließlich besteht in der Bevölkerung großes Verständnis für alle Aktionen gegen steigende Preise und erhöhte Gebühren. Da achten wir drauf: Erfolg haben wir nur, wenn wir in der Bevölkerung Rückhalt haben. Da richten wir unsere Aktionen nach aus.“

„Es wird eine Vielzahl von Aktionen geben“, erklärte uns Manfred Weniger weiter, die sich an den verschiedenen Punkten entwickeln. Mietpreiserhöhungen, Mensapreise, usw. Aber dafür ist es notwendig, auch die Solidarität derer zu gewinnen, die sich noch nicht an den Verweigerungsaktionen beteiligt haben, so die BAFöG-Empfänger, die sich an einzelnen Orten zum Teil zurückmelden mußten, um mit ihrer Rückmeldebescheinigung die BAFöG-Zahlung zu sichern. Viele von diesen Kommilitonen haben ihre Zahlungen mit Protesterkklärungen verbunden und werden auch weiter die Aktionsfront stärken. Das ist eine ganz wichtige Sache.“

Und die zentrale Aufgabe, die jetzt vor uns steht, ist natürlich die Vorbereitung des Düsseldorfer Sternmarsches, den die Landesastenkonzferenz am 16. Sept. beschlossen hat. Dieser Sternmarsch der nordrhein-westfälischen Studenten wird einen Höhepunkt an der Verweigerungskampagne bilden.“

Andreas Martin aus Münster und Mitglied des Spartakus-Bundesvorstandes faßte in unserem Gespräch noch einmal die zentralen Aufgaben für die nächsten Wochen zusammen:

„Jetzt kommt es darauf an, die Streikfront zu verbreitern. Darum fordern wir alle Studenten auf:

- Wehrt euch gegen alle Einschüchterungsversuche, gegen Exmatrikulationsdrohungen und BAFöG-Entzug dadurch, daß ihr noch mehr Studenten gewinnt, daß ihr aktiv bei den Aktionsgruppen mitmacht. Gewinnt euch Kommilitonen, indem ihr in allen Vorlesungen und Seminaren über die sozialen Verschlechterungen diskutiert und die Kommilitonen um Unterstützung bittet.
- Verhindert die Erhöhungen von Mieten und Mensapreisen. Die Mietstreikaktionen waren in der Vergangenheit erfolgreich, wo sie sich nicht nur auf die Bewohner beschränkten, sondern wo die Unterstützung der anderen Kommilitonen und der Bevölkerung gewonnen werden konnte. Schließlich ist jeder von Mietpreiserhöhungen bedroht!
- Wo wir nicht im eigenen Uni-Saß schmoren, das haben die Verweigerungsaktionen bisher gezeigt, wo wir die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten gewinnen, wo wir die Politiker am Ort mit unseren Forderungen konfrontieren, wo die Gewerkschaften uns unterstützen, da können wir Erfolge erzielen. Das Geld ist schließlich da. Es wird für Konzernsubventionen und Polizeiausgaben mißbraucht.¹
- Und wir müssen uns gegen alle Versuche wehren, über die Studentenwerke die Staatsaufsicht einzuführen. Sie dient nur dazu, die sozialen Verschlechterungen durchzusetzen. Wir brauchen statt dessen demokratische Kontrolle und Mitbestimmung der Studenten, der Arbeiter und Angestellten des Studentenwerks.

Wenn wir uns auf diese Aufgaben konzentrieren, schaffen wir die Bedingungen dafür, daß Verweigerungsaktionen der nordrhein-westfälischen Studenten zum Erfolg führen, daß der Sternmarsch auf Düsseldorf zu einem wichtigen Meilenstein beim Kampf gegen die Erhöhung der Sozialgebühren und der damit verbundenen sozialen Verschlechterungen wird!“

Kultusminister Raus Sorgen sind offenbar sehr berechtigt.

¹ Allein der Innenminister NRW's schmeißt im Haushalt 1974 105 Millionen für neue Kasernen für die Bereitschaftspolizei (kasernierte Einsatztruppe unter Verantwortung des Innenministers), 400 Millionen für die Ruhrkohle AG zur Rationalisierung, Stilllegung von Zechen, also zur Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen raus. Und dies bei mehr als 500 000 Arbeitslosen!



Vorwärts, Argentinier!

Das ist das aktuelle Buch des Jahres über die dramatische Entwicklung im lateinamerikanischen Pampasstaat. Endlich ein Bericht aus erster Hand: HansJörg Hennecke, Chefredakteur bei elan, war in Argentinien. Er war auch bei General Peron, dem Präsidenten Argentinien's – drei Wochen vor dessen Tod. Was ist Peronismus? Was wollen die Peronisten erreichen?

Was tun die fortschrittlichen Kräfte Argentinien's für „das befreite Vaterland auf dem Marsch zum Sozialismus"? Antwort auf diese Fragen und viele neue Informationen gibt dieses Buch.

Damit kann man einen ganzen Gruppenabend bestreiten! Und natürlich auch verschenken!

HansJörg Hennecke: „Adelante Argentinos"! 128 Seiten, 5,80 DM.

Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Hiermit bestelle ich:

Exemplare des Buches „Adelante Argentinos"!

zum Preise von _____ DM zuzüglich Porto

Name: _____

Ort: _____

Straße: _____

Achtung: rote-blätter-Abonnenten erhalten das Buch für 4,- DM (Vorkasse)

Baikal-Amur-



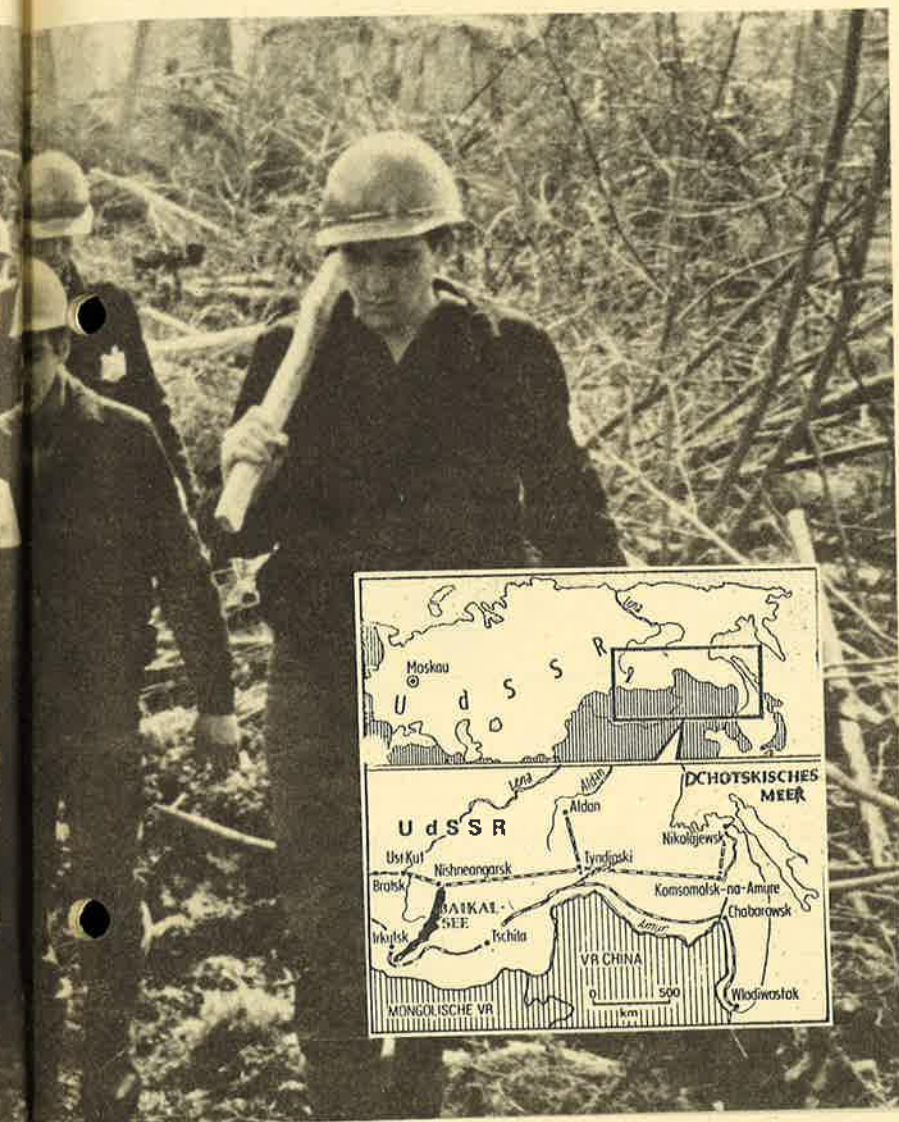
Was veranlaßt einen jungen Arbeiter, die Annehmlichkeiten des Leningrader Lebens aufzugeben und sich den Entbehrungen der sibirischen Taiga auszusetzen? Was ist so verlockend an Frost, Schnakenplage, Dauerregen und monatelanger Trennung von Freundin und Verwandten? Um ehrlich zu sein: Als ich inmitten einer vielhundertköpfigen Menge auf dem Roten Platz stand, die an diesem warmen Apriltag feierlich verabschiedet wurde, dachte ich in erster Linie an das Neue und das Abenteuer, das mich erwartete, an die unbekannte Landschaft

des Fernen Ostens. Aber es war auch ein bißchen Stolz dabei — Stolz darüber, zu den ersten zu gehören, die dieses Projekt in Angriff nahmen, über das die ganze Sowjetunion sprach: die Eisenbahn Baikal-Amur, 3200 Kilometer durch die Wildnis. Der Komsomol, der 34 Millionen Mitglieder starke Jugendverband der UdSSR, hatte die Patenschaft für dieses Unternehmen übernommen. Das bedeutete: Er war verantwortlich für den gesamten Bau, er stellte die Arbeitskräfte und übernahm ihre Betreuung. 20 000 junge Sowjetbürger hatten

Der junge Leningrader Arbeiter Waleri Grischin gehört zu den 600 Komsomolzen, die mit dem Bau der Baikal-Amur-Eisenbahn begannen. Er berichtet über seine Erfahrungen.



Magistrale



sich auf seinen Aufruf hin gemeldet. Einer von ihnen war ich, und natürlich hatte ich bei dieser Zahl Freiwilliger kaum gehofft, berücksichtigt zu werden. Man kann sich meine Überraschung vorstellen, als ich unter den 600, die die Pionierarbeit leisten sollten, den Namen Waleri Grischin aus Leningrad fand.

So kam es, daß ich am 27. April dieses Jahres auf dem Roten Platz in Moskau stand, mitten unter Komsomolzen aus allen Sowjetrepubliken. Angehörigen von 40 Nationen. Transparente waren zu sehen mit der Aufschrift „Unions-

komsomolbrigade XVII. Kongreß des Komsomol“ — dem Namen unserer Gruppe, benannt nach dem zur gleichen Zeit tagenden zentralen Treffen des sowjetischen Jugendverbands. Auf anderen stand in riesigen Buchstaben „BAM“ — die russische Abkürzung für die Eisenbahn-Baikal-Amur.

Erst im Zug hatten wir Gelegenheit, uns mit dem Chefindgenieur, Michail Saizew, zu unterhalten. Er ist der Leiter des Baukombinats Angarstroj, das bereits sibirische Erfahrungen sammeln konnte und bekannte Strecken

Die Eisenbahn Baikaj-Amur, die von dem sibirischen Strom Lena 3200 Kilometer durch die sibirische Taiga bis zur Stadt Komsomolsk am Amur ziehen wird, spielt für die industrielle Entwicklung der Sowjetunion eine wichtige Rolle. Einmal wird sie die sibirische Eisenbahn entlasten. Zum anderen ermöglicht sie die rasche Erschließung von Gebieten mit großen Vorräten an Bodenschätzen. So liegt zum Beispiel im Norden, 800 Kilometer von der Lena entfernt, das Kupfervorkommen Udokan, eine der größten Lagerstätten der Welt, in dem Erze im Tagebauverfahren gefördert werden können. Diesem Kupfer wird die Eisenbahn den Weg nach Osten und Westen ebnen. Auch die Kohlenbecken Südjakutiens können nach dem Bau der Eisenbahnlinie weiter erschlossen werden. Die Reserven werden auf 40 Milliarden Tonnen geschätzt. Hier wird die Brennstoffbasis für künftige Hüttenkombinate Sibiriens und des fernen Ostens entwickelt. Entlang der ganzen Strecke werden auch Betriebe zur Holzgewinnung und -verarbeitung gebaut. Somit wird in dieser Gegend ein riesiger neuer Industriebezirk geschaffen. 1979 soll diese Eisenbahn fertiggestellt sein, deren Kosten mit vier Milliarden Rubel veranschlagt sind. Mehr als 4000 Planieraupen, Bagger, Schlepper und Kräne, rund 10 000 Lastwagen sowie Hunderte eigens für den rauen sibirischen Winter entwickelte Maschinen werden eingesetzt werden, so daß praktisch das ganze Land an der Linie mitbaut.

B

A

M



Links: Die erste Brücke über die Neja. Tausende Brücken und Stege müssen gebaut werden, bevor die BAM vollendet ist.

Rechts: Häuser aus Holz lösen die Zelte ab. Langsam wächst eine Stadt aus der Wildnis.

gebaut hat. Diesem Kombinat war die Leitung des ersten Bauabschnitts übertragen worden. Von Salzew erfuhren wir erste Einzelheiten unserer künftigen Arbeit. Noch in diesem Jahr sollte durch dichte, unbewohnte Taiga eine 340 Kilometer lange Trasse geschlagen und eine Autobahn gelegt werden. Außerdem stand der Bau einer Siedlung auf unserem Programm.

Nach einer Woche Fahrt durch die sibirische Taiga erreichten wir am Abend des 3. Mai unser Ziel: „Swjosdny“, die „Sternensiedlung“ am Zusammenfluß der sibirischen Flüsse Neja und Tajura, mehr als 7000 Kilometer von Moskau entfernt. Von einer Siedlung allerdings konnte keine Rede sein. Eine Schneise im Wald als spätere Landepiste für Flugzeuge, ein paar Zelte, das war alles. Diese Vorarbeiten hatten 16 Menschen geleistet, die am 10. Januar mit vier Planiermaschinen, einem Lkw und einem Traktor von der Stadt Urst-Urt an der Lena gestartet waren und die 60 Kilometer durch die Taiga bei minus 50 Grad Celsius zurückgelegt hatten.

Am Morgen des 5. Mai legten wir den Grundstein für eine Schule mit 320 und einen Kindergarten mit 90 Plätzen. Swjosdny sollte nicht nur eine vorübergehende, notdürftige Unterkunft für Bauarbeiter sein, sondern die erste Stadt eines neuen, riesigen Industriegebiets. Die Fehler früherer Jahre, in denen Industrieanlagen und Verkehrswege in Sibirien oft schon gebaut waren, während Wohnungen, Schulen und Versorgungseinrichtungen noch fehlten, sollten hier nicht wiederholt werden.

Doch bis dahin war es noch ein weiter Weg. In der folgenden Zeit bekamen wir Vorstellungen von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Die Frühjahrs-sonne hatte den Frostboden aufgeweicht, und wir versanken bis zu den Knien im Schlamm. Traktoren und Lastwagen rutschten hin und her und blieben laufend stecken. Jeder Weg mußte mit Knüppeln und Stangen befestigt werden. Diejenigen, die schon im Januar gekommen waren, vertrießelten uns auf den Winter: „Dann werdet ihr den steinharten Frostboden noch mehr verfluchen als den Schlamm.“ Doch zunächst kam der Sommer und mit ihm



Hitze und ungezählte Schwärme von Schnaken und anderen Insekten.

Fast alle Arbeiten wurden von Komsomolzen verrichtet. Von einigen erfahrenen Meistern eingearbeitet, übernahmen sie auch Aufgaben wie die Leitung von Brigaden, die Kontrolle über die Einhaltung von Baufristen oder die Aufsicht über Materiallieferungen. Dabei standen die Mädchen nicht hinter den Jungen zurück. Probleme wurden abends in Versammlungen der Brigaden oder des gesamten Lagers diskutiert und meist auch gelöst.

Heute, drei Monate nach Beginn der Arbeiten, haben sich die meisten von uns an die Strapazen gewöhnt. Neue Gruppen sind eingetroffen, insgesamt arbeiten jetzt etwa 900 Komsomolzen an der 180 Kilometer langen Trasse. Acht junge Arbeiter sind in die „Zivilisation“ zurückgefahren, davon zwei aus familiären Gründen, einer wegen seiner angegriffenen Gesundheit. Nur drei hatten die Schwierigkeiten nicht geahnt und die eigenen Kräfte überschätzt. Ein großer Teil der jungen Menschen, die hier arbeiten, wird in dem Industriegebiet, das entlang der Eisenbahnlinie entsteht, eine neue Heimat finden.



Unten: Die Einwohner Sibiriens begrüßen die Neuankömmlinge mit Brot und Salz.



Oben: Mit dem Hubschrauber kommt eine neue Gruppe von Komsomolzen an der Baustelle an.



Polen:

Ulla Moser berichtet aus Polen

In einem Film sehen wir, wie diese Stadt nach Hitlers verhängnisvollem Befehl — Warschau dem Erdboden gleichzumachen — vollständig zerstört war. Geht man heute durch Warschau, kann man es kaum glauben. Das Besondere an Warschau ist der naturgetreue Wiederaufbau seiner Altstadt, die Pflege der historischen Bausubstanz.

So sind reizvolle Plätze wie der Alte Markt, romantische Gäßchen und Winkel wiedererstanden, die Warschau einen ganz besonderen Charme verleihen.

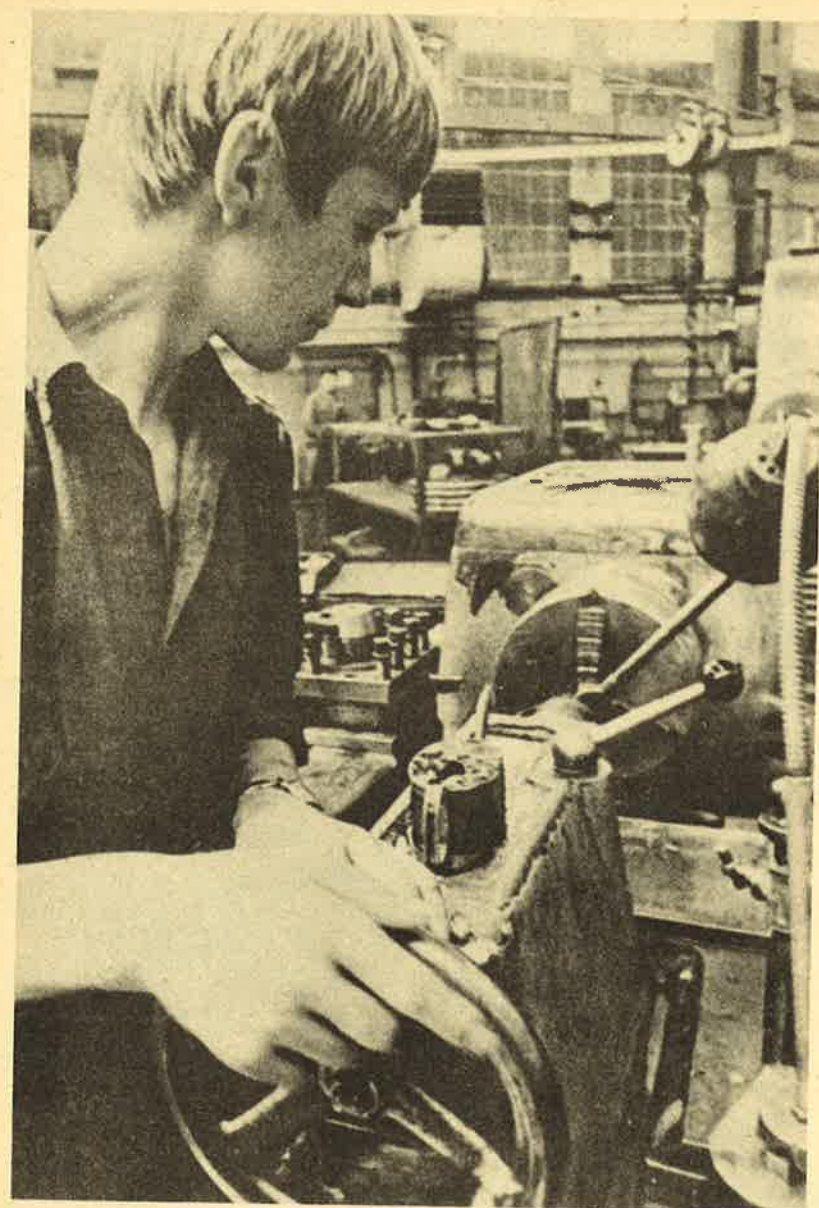
Polen besteht zum größten Teil aus einer Tiefebene. Deshalb führt auch die Fahrt nach Krakow fast nur durch flaches Land. Morgens um sechs Uhr kann man im Zug schon ein „kleines Frühstück“ einnehmen: Gulasch mit Sauerkraut.

Krakow ist traditionell eine Studentenstadt. Sie besitzt eine der ältesten Universitäten Europas.

In Polen studieren heute in der Mehrheit schon die Kinder der Volksintelligenz, jener Arbeiter und Bauern, denen erstmals in der Volksrepublik der Zugang zu Bildung und Universität geöffnet wurde.

Die Genossen des SZSP, des Sozialistischen Verbandes polnischer Studenten, schildern uns ihre Arbeit für die sozialen Interessen der Studenten. Wir lernen moderne Wohnheime im Studentendorf kennen und erfahren, daß die Sorgen der materiellen Absicherung des Studiums der Vergangenheit angehören.

Ganz besonders aktiv kümmert sich der SZSP um die kulturellen Interessen der Studenten und die Gestaltung der Freizeit. „Almatours“, das studentische Reisebüro, vermittelt billige Studien- und Ferienfahrten, Klubs werden eingerichtet, Filmtheater und Diskotheken. Aber auch wissenschaftliche Studienlager werden organisiert, die allgemeine Projekte in Angriff nehmen, oder die Zusammenarbeit mit Betrieben oder dem Austausch mit Studenten anderer Länder dienen.



„Polen gehört zu den sogenannten ‚Pufferstaaten‘, das heißt, es ist abhängig vom jeweiligen Willen seiner großen Nachbarn, wurde kolonisiert, aufgeteilt, annektiert und konnte dadurch nie zur selbständigen Nation und Staatsmacht werden.“ Erinnerung aus dem Geschichtsunterricht — Welche Verbrechen die Nazis an Polen begangen haben, erfuhren wir kaum, dafür aber viel über die „heldenhaften Vorstöße“ der Deutschordensritter. Vollends ausgespart aber blieb die heutige Volksrepublik Polen.

Sicherlich rührt der ausgeprägte Nationalstolz, der die Polen zu Recht erfüllt, gerade aus dem langen Kampf um Souveränität. Polnische Komponisten, Bildhauer, Maler, Schriftsteller und Filmemacher sind als Schöpfer dieser hochentwickelten Kultur sehr populär, ihre Arbeit wird gefördert und fällt auf fruchtbaren Boden. Auf all jene, die sich auch im westlichen Ausland einen Namen gemacht haben, sind ihre Landsleute besonders stolz.

Der Zug, der bei Frankfurt die Oder passiert, fährt bis Warschau durch flaches Land. Die Bauern arbeiten auf den Feldern. Es fällt

auf, daß viel mit sehr schönen Pferden gearbeitet wird. Man bekommt einen friedlichen, fast idyllischen Eindruck.

Der größte Teil der polnischen Anbaufläche wurde nach der Landreform nicht kollektiviert, und so kommt auch dieses Bild von kleinen Familienbetrieben zustande.

Daß die Polen stolz auf ihre Hauptstadt sind, ist leicht zu verstehen. Warschau ist eine wunderschöne Stadt, und durch das Leben auf den Straßen und Plätzen vermittelt sie eine fast südländische Atmosphäre.

Daß die alten Kirchen nicht nur historischen oder musealen Charakter haben, sondern auch von Gläubigen rege besucht werden, fällt uns nicht nur in Krakow auf. Wir sprechen darüber mit unseren Gastgeber. Sie wissen um den Einfluß der Kirche und erklären uns, daß sich die wissenschaftliche Weltanschauung aber nicht administrativ durchsetzen läßt, daß sich vermeintliche Märtyrer nur schwerer überzeugen lassen.

„Arbeit macht frei“ steht über dem Tor des Massenvernichtungslagers Auschwitz. Riesige Vitriinen gefüllt mit Haaren, Schuhen, mit Prothesen oder Brillen, mit Rasierpinseln und Bürsten zwingen, sich dieses Ausmaß der Unmenschlichkeit und des Rassenhasses vorzustellen.

Die Todesmauer ruft mit Schrecken den Gedanken an Chiles Junta wach, der Anblick der Strafzellen läßt sie als Vorbilder der Saigoner Tigerkäfige erkennen. Erschreckende Aktualität und Mahnung. Die Verbrennungsöfen und der Sammelgalgen geben

Polytechnik und Kulturrevolution

uns bei all dem Grauen den Auftrag, solange im Kampf nicht nachzulassen, bis so etwas nicht mehr möglich ist.

An der polytechnischen Hochschule in Gliwice sehen wir, daß es real möglich ist, Studienergebnisse und Forschungen im Interesse der Gesellschaft zu verwenden. Im Fachbereich Architektur entwickelten Studenten im Rahmen des Studiums beispielsweise Sporthallen oder andere Gemeinschaftseinrichtungen, die dann auch gebaut werden. Die Studenten wissen, wozu ihre Schöpferkraft und Phantasie gebraucht wird, sie lernen zugleich, was in ihrem Staat möglich ist: Solange dringend Wohnungen gebraucht werden, werden Wohnblocks aus Fertigteilen erstellt, das heißt, in die Planung von neuen Siedlungen muß die Fertigbauweise einbezogen werden.

Das Museum der Hütte „Boleslaw Bierut“ in Czeszochowa zeigt, wie eng die Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung in den Sudeten und schlesischen Gebieten mit der Entwicklung der dortigen Schwer- und Hüttenindustrie verbunden ist. Am Beispiel dieser Hütte sehen wir die ersten organisierten Kämpfe, die Entwicklung von Partei und Gewerkschaft bis hin zum opferreichen Kampf gegen den Faschismus.

Im Gespräch mit Genossen des ZMS (Arbeiterjugendverband), die in dieser Hütte arbeiten, taucht immer wieder die Frage auf, ob die geschlossenen Verträge wohl eingehalten werden. Dabei wird nicht nach der Haltung einzelner Politiker gefragt, sondern vor allem danach, ob die Bevölkerung der BRD für die Einhaltung der Verträge einzutreten bereit ist, und bessere Beziehungen zu Polen wünscht.

Sonntagmorgen in Warschau. Ein weitläufiger Park mit alten Bäumen, Rosenbeeten, mit Treppen



und Brücken, Schwanenteichen und Lustschlößchen, alles schön gepflegt und sorgfältig angelegt. Überall gehen Warschauer Familien und Liebespaare spazieren — hier bezahlt keiner Eintritt, und die Fürsten, die „Betreten-verboten“-Schilder aufstellen könnten, sind recht rar geworden. Gegen elf Uhr strömt alles zu einem kleinen Teich, der umgeben ist von Nelkenrabatten und Bänken. Auf einer Halbinsel steht ein Denkmal des großen Komponisten Frederic Chopin. Unter dem Denkmal, das von gewaltigen Winden bewegt zu sein scheint, steht ein Flügel und ein Mikrofon. Ein bekannter Pianist wird angesagt. Bald erklingen Chopins Klaversonaten und Etüden durch den Park — ein Morgenkonzert ganz besonderer Art.

Kunst, zugänglich für alle und nicht mehr im Besitz derer, die sie sich kaufen können — ein Stück echter Kulturrevolution.





Im August dieses Jahres fand in Potsdam ein internationales Ferienlager mit Jugendlichen aus der Bundesrepublik, aus Österreich, der Schweiz und der DDR statt. Aus der Bundesrepublik nahmen junge Arbeiter, Lehrlinge und Studenten teil. Viele von ihnen waren in der SDAJ, im MSB Spartakus organisiert, und einige sogar bei den Jusos. Aber ein großer Teil hatte sich noch nicht für eine politische Organisation entschieden.

Michael Freitag sprach für rote blätter mit einigen Teilnehmern, mit Ursula Niklas aus Stuttgart und Eve Antoniotti aus Marburg, die beide politisch nicht organisiert sind. Am Gespräch nahmen weiter Birgit Zacharias von der FDJ teil und Heinz, ein Juso, der darum bat, daß wir seinen Namen nicht nennen:

rote blätter: Warum seid ihr ins Lager gefahren, welche Erwartungen hattet ihr vorher, und wie sieht es jetzt unter dem Strich aus?

Heinz: Ich kann mich dem allgemeinen Eindruck nur anschließen. Mich hat das Lager weiterge-

bracht. Ich war schon durch die Situation in der SPD dazu gezwungen, mich sehr intensiv mit der Lage in der DDR auseinanderzusetzen und habe die Gelegenheit dankbar genutzt, hier mich konkret informieren zu können. Meine Ausgangsposition gegenüber der DDR war zwar schon

**Interview
mit Teilnehmern
des internationalen
Ferienlagers in Potsdam**

DDR

Ferien im Sozialis



vorher positiv, aber meine Erwartungen sind bestätigt worden, teilweise sogar übertroffen. Einen so offenen Diskussionsstil nicht nur hier im Lager, sondern auch in dem Werk, das wir besichtigt haben — ein Stahlwerk — hatte ich eigentlich nicht erwartet. Besonders hat mir imponiert, wie praktisch hier diskutiert wird, mit Perspektive, ohne Geschwafel.

Ursula: Ich bin hauptsächlich aus Neugier in die DDR gefahren. Bei der Diskussion in Betrieben ist mir aufgefallen, daß viele Fragen von uns kaum mehr richtig verstanden werden können, weil der Ausgangspunkt von uns mit dem von normalen FDJlern halt nicht mehr vergleichbar ist. Ein Beispiel: Lehrstellenverknappung ist in der DDR ein so fernes Problem. Man weiß zwar aus der „Jungen Welt“ (Zentralorgan der FDJ) daß es in der BRD so etwas gibt, aber konkret ist das in der DDR gar nicht erfahrbare.

Die Diskussion in Bildungsrichtungen hat mich deshalb besonders interessiert, weil ich selber Pädagogik studiere. Ich war in der PH Potsdam. In der Diskussion erwiesen sich Sektionsleiter, Direktoren, Didaktik-Assistenten und Studenten — aufgrund der Semesterferien waren nicht viele da — als Teil einer ganz klassenbewußten sozialistischen Intelligenz, die ihr „Bündnis mit der Arbeiterklasse“, worum wir in der BRD unter so großen Schwierigkeiten kämpfen, längst realisiert hat. Am liebsten würde ich hierbleiben.

Birgit: Für mich waren die Exkursionen wichtig, weil mir in der Diskussion die Mißstände in der BRD viel plastischer geworden sind. Man merkt dabei wieder mehr von unseren Errungenschaften, die ja für uns schon völlig selbstverständlich sind.

rote blätter: Wenn man Eure Antworten hört, meint man, hier im Lager würde nur politisch gearbeitet. Wart ihr zufrieden mit dem Freizeitangebot, wie sah es mit den Möglichkeiten aus, Kontakte zu knüpfen?

Birgit: Möglichkeiten gab es genug, wer sie nicht ausgenutzt hat, war nicht initiativreich genug.

Ursula: Insgesamt bin ich zufrieden. Ich möchte aber sagen, daß viele Genossen offenbar der Meinung waren, es handele sich beim Lager um einen ganz normalen Individualurlaub, so daß mitunter der kollektive Zusammenhalt etwas gefehlt hat. Man hätte vielleicht von Anfang an mehr über die Gruppen unternehmen sollen, dann wären vielleicht einige Spannungen vermieden worden.

Eve: Ich glaube auch, daß der Gruppenkontakt intensiver, organisierter hätte vonstatten gehen müssen.

rote blätter: Was würdet ihr besser machen beim nächsten Mal?

Eve: Ich glaube, das wichtigste ist, sich doch intensiver auf das Lager vorzubereiten. Dadurch geht der Freizeitwert nicht verloren und von den politischen Diskussionen hat man mehr. Vielleicht sollten einige Lesetips schon bei der Anmeldung von der Leitung an die Teilnehmer verschickt werden und an den einzelnen Orten Vorbereitungstreffs stattfinden.

Ursula: Wir wären dann auch in der Lage gewesen, unseren Gesprächspartnern aus der DDR noch besser unsere Erfahrungen zu vermitteln, ihnen bessere Gesprächspartner zu sein.

rote blätter: Noch eine Frage: Hat das Lager irgendwelche Auswirkungen auf eure politische Arbeit? Habt Ihr Anregungen etc. erhalten?

Eve: Ich wußte schon vorher, daß ich in den MSB eintreten würde und sehe mich in dieser Entscheidung bestärkt.

Ursula: Ich hatte vorher ein großes Informationsbedürfnis, was die sozialistischen Staaten anging. Meine Unsicherheit hat mich auch gehindert, mich im MSB zu organisieren. Das ist jetzt ein bißchen anders geworden. Ich glaube, daß es bei mir nicht mehr sehr lange dauert.

Heinz: Ich nehme als Konsequenz mit nach Hause, die Aktionseinheit von Sozialdemokraten mit der DKP und der SDAJ vorwärts zu bringen. Für mich ist klar geworden: Mit Antikommunismus und Antisowjetismus ist in der BRD für die fortschrittlichen Kräfte kein Blumentopf zu gewinnen. Ganz abgesehen, davon, daß er falsch ist. Zufrieden?

rote blätter: Vollkommen!



Beim freiwilligen Einsatz zum Kirschenpflücken. Der Erlös wurde für Chile gespendet.

sozialismus

smus

theorie Vor dem Gew

Die Angriffe der Unternehmer auf den DGB, die Forderungen der Rechtskräfte, einen Teil gerade der aktivsten Gewerkschafter, nämlich die Kommunisten, auszuschließen, sollen zweifellos einschüchternd und spaltend auf die Gewerkschaftsbewegung wirken. Dies ist den Unternehmern um so wichtiger, als wieder neue Lohnrunden vor der Tür stehen und die Arbeiter etwa auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag, ihre sozialen und politischen Forderungen auf den Tisch legen. Für den MSB Spartakus ist das ein Grund mehr, sich in seiner Bildungsarbeit im Oktober mit dem Thema „Gewerkschaften“ zu beschäftigen. Der folgende Artikel untersucht anhand der Erklärung des BDA zu gesellschaftspolitischen Grundfragen einige aktuelle Aspekte des Themas.

Allenthalben wird in der bürgerlichen Presse darüber gejammert, daß die Bundesrepublik von der ansteckenden „italienischen Krankheit“, von „britischen Verhältnissen“ bedroht sei. So verzeichnen auch die Arbeitgeberverbände eine „gesellschaftspolitische Unruhe“, eine „Woge der Kapitalismus-Kritik“, ja eine „Wiedergeburt des Marxismus“. Auch, daß der „Konflikt über die Richtung, in der sich die gesellschaftliche Ordnung fortentwickeln soll, (...) heute totaler und tiefgreifender (ist) als zu Beginn der Bundesrepublik“, ist eine zutreffende Erklärung, in der die Furcht des Großkapitals vor der zunehmenden Systemkritik von Teilen der Arbeiterklasse und der jungen Generation zum Ausdruck kommt. So sah sich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) genötigt, das „vorhandene Theoriedefizit aufzuarbeiten und ein gesellschaftliches Ordnungsprogramm der Unternehmer“ in Form einer „Erklärung zu gesellschaftlichen Grundfragen“ vorzulegen. Die Bedeutung, die das Großkapital dieser Erklärung beimißt, läßt sich daran bemessen, daß es die dritte Grundsatzerklärung des BDA in der BRD ist, nach den „Gedanken zur sozialen Ordnung“ von 1953, in denen die Unternehmer noch daran denken, sich die DDR wiedereinzuverleiben, und nach der Aufgabe der alleinseligmachenden Stütze auf die CDU in der Erklärung „Freiheitliche soziale Ordnung heute und morgen“ 1968.

Wirklichkeitsfremd wie die Behauptung, daß der Kapitalismus die krisenfesteste aller Ordnungen sei ist angesichts der sich verschärfenden Klassengegensätze, der zunehmenden Streikzahlen der letzten Jahre und der brutalen Aussperrungen der Unternehmer die Behauptung: „Das Klischee vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gehört der Vergangenheit an.“ (S. 34) Diese Behauptung steht im übrigen im Gegensatz zu den ständigen Forderungen in dieser Schrift, daß die Gewerkschaften mit dem Klassenkampf brechen sollten.

„Offen für die Zusammenarbeit . . .“

Der Kern der Unternehmertheorie ist schnell gefunden: „privates Eigentum und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (...) (seien) keine gesellschaftsfeindlichen Einrichtungen zum Nutzen einer Minderheit, sondern (...) die nachhaltigste Antriebskraft für die Verbindung von privatem und sozialem Nutzen“ (S. 18). Kurz gesagt: „Der Unternehmer nutzt der Gesellschaft, indem er sich selber nutzt.“

Daraus folgt ganz praktisch die „vorrangige Notwendigkeit, die überzogenen Ansprüche und Erwartungen in der Bevölkerung nach unten, statt nach oben zu orientieren“. Dieser Satz, der am häufigsten zitiert wird, zeigt kaum verschlüsselt den Hauptzweck der „Erklärung“, nämlich die Kette der Angriffe auf die Lohnforderungen der Arbeiterklasse und ihre Gewerk-

(Wichtige Materialien zum Thema „Gewerkschaftliche Grundsatzfragen“ enthält der gleichnamige Sonderdruck des Nachrichten-Verlages, 6 Frankfurt/M., Glauburgstraße 66.)

schaften fortzusetzen. Es geht dabei den Unternehmern nicht nur um die Senkung der Reallohne zugunsten ihrer Profite, vielmehr werden zugleich die staatlichen Sozialleistungen bedroht, wenn es heißt, „heute sei zu prüfen, ob man auch künftig, wie beispielsweise in der Gesundheitsversicherung, jede auch geringfügige Inanspruchnahme von Leistungen weiterhin der Gesellschaft oder besser dem einzelnen selbst zumutet (...). Ob es nicht angezeigt ist (...), das gegenwärtige Rentenniveau zu stabilisieren und außerdem der persönlichen Initiative Chancen für die Aufstockung zu eröffnen.“ (S. 36)

... Gegen die Tarifautonomie

Die CDU/CSU, die FDP, die SPD, die Regierung und die Gewerkschaften werden aufgefordert, diese Ziele gemeinsam mit dem BDA durchzusetzen. „Eine Politik, die zielstrebig darauf hinwirkt, die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der Labilität zu beseitigen, sich an den Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung überzeugend orientiert und deren Fortentwicklung im Augenmaß betreibt, wird die Unternehmerschaft in kritischer Partnerschaft zur Regierung und den den Staat tragenden Parteien nachhaltig unterstützen.“ (S. 18) — „Wir bleiben offen für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, denn wir wissen, daß viele der großen Aufgaben, wie die Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes und die Rückkehr zu stabileren Geldwertverhältnissen nur durch Zusammenarbeit zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberern unter Aufrechterhaltung der jeweiligen Eigenverantwortung erreicht werden können“, betonte BDA-Präsident Schleyer.

Anerkennung findet der BDA für die Versuche der SPD/FDP-Koalition, mit Hilfe von staatlich bestellten Gutachten zur Wirtschaftspolitik, insbesondere zur Preis- und Lohnpolitik, die gewerkschaftlichen Forderungen in der Öffentlichkeit zu diskriminieren und so an „inoffizielle“ Lohnleitlinien zu binden.

Zugleich aber warnt er die SPD-Führung in der Härte gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen nicht nachzulassen. Es bedürfe „der staatlich ordnenden Kraft im allgemeinen und (...) gegenüber dem Wettbewerb in der Wirtschaft und gegenüber den Tarifpartnern im besonderen“, denn „das in jeder Gesellschaft vorhandene Neidgefälle richtet sich gegen die Unternehmer“.

Falls aber die SPD-geführte Regierung nicht willens oder in der Lage sei, sich in diesem Sinne gegenüber den Gewerkschaften durchzusetzen, will der BDA die Zusammenarbeit mit ihr aufkündigen: „Aufgrund der Entwicklung liegt die nachhaltige ordnungspolitische Gefahr heute (...) in einer

Werkschaftsstaat?

Eberhard Brand: Zur Erklärung des BDA zu gesellschaftspolitischen Grundfragen

Politik, die den demokratischen Sozialismus in Raten einführen will oder dieses zwar tatsächlich nicht beabsichtigt, aber dennoch einen politischen Pragmatismus ohne Rücksicht auf seine politischen Fernwirkungen betreibt, an dessen Ende dann doch die Systemveränderung (...) steht. Die Erscheinungsform dieser Politik ist die nicht immer ausreichende Entscheidung gegenüber dem Radikalismus, mangelnde Durchsetzungsbereitschaft gegenüber dem Machtanspruch der Gewerkschaften und ihren syndikalistischen Ambitionen, ist kurzatmiger Reformeifer ohne finanzielles Augenmaß und ohne eindeutige ordnungspolitische Zielbestimmung, ist schließlich ungenügende Obsorge für Geldwertstabilität in der Verteilungs- und Sozialpolitik." Als Beispiele für den dem Großkapital feindlichen „Reformeifer“ werden die „Einführung der paritätischen Mitbestimmung, der sogenannten Demokratisierung aller Lebensbereiche oder der Kollektivierung der Vermögensbildung sowie die demokratische Bildungsreform genannt. Mit dieser Kampfansage will der BDA die rechten SPD-Führer dazu drängen, auch nur den geringsten Reformansatz, der die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern könnte, endgültig aus dem Regierungsprogramm zu streichen. Die Spitze der antigewerkschaftlichen Drohungen ist gerichtet auf die Aushöhlung der Tarifaufonomie durch staatliche Einkommenspolitik (Konzertierte Aktion, Gutachten, „kostenniveauneutrale Lohnpolitik“, vgl. Zitat oben). Für den Bereich des öffentlichen Dienstes wird direkt die gesetzliche Aufhebung der Tarifaufonomie gefordert.

Wie Eugen Loderer dazu in einem Leitartikel in der Metallzeitung hervorhebt, ist es von der Aufhebung der Tarifaufonomie „bis zum Ruf nach einem Verbot der Gewerkschaften nicht weit“ (Metall, 3. Sept. 1974).

Die richtige Antwort: Aktive Lohnpolitik

Die Forderung des DGB nach paritätischer Mitbestimmung wird als gesetzeswidrig bezeichnet. In diesem Zusammenhang spricht der BDA von der Gefahr des Abbaus der Demokratie, der sich daraus ergäbe, daß der DGB als demokratisch nicht legitimierte Macht (!) die Herrschaft in Gesellschaft und Staat erringen könne. Dieser „Gewerkschaftsstaat“ brächte „auch die politische Freiheit in Gefahr“. Nach der Logik des BDA brächte also die Demokratisierung die Demokratie in Gefahr. Nach der Methode „Haltet den Dieb“ soll von der tatsächlichen Gefahr für die demokratischen Rechte, von der unumschränkten Wirtschaftsmacht des Großkapitals abgelenkt werden, auf dem seine politische Herrschaft beruht.

Der Angriff der Unternehmerverbände richtet sich gegen jene, die die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Monopolkapitals verteidigen, gegen die marxistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung, gegen die sozialreformerischen Kräfte in der Sozialdemokratie

und die Gewerkschaften. Wie dieser Angriff der Monopolverbände abgewehrt werden kann, hängt vor allem davon ab, wie es gelingt, sich geschlossen diesen politischen Gegnern entgegenzustellen. Die Richtigkeit des Gedankens der Einheitsgewerkschaft erweist sich daran, daß die obszönen Angebote eines „Stabilitätspaktes“ mit der Verursachern der Instabilität gemeinsam zurückgewiesen werden.

Im Geschäftsbericht 1971 bis 1973 zum Gewerkschaftstag 1974 der IG Metall in Hannover wird festgestellt, daß das Jahr 1974 „mit der Verschärfung der nationalen und internationalen Konflikte um Einkommen und Macht in der Wirtschaft“ begann. Die IG Metall teilt den „Konjunkturpessimismus“ der Regierung nicht, und die „Untergangsanfänge der privaten Unternehmer stoßen ins Leere, die sogenannten Prognosen der Sachverständigen, Forschungsinstitute usw. werden von den Gewerkschaften als partiell entlarvt und abqualifiziert“. Die Bundesregierung „wird rückblickend im Zusammenhang mit der „Ölkrise“ kritisiert, „aus der Gefahr einer akuten Energieverknappung einen lohnpolitischen Knüppel zu machen“.

Die IG Metall kritisiert, daß mit dieser „Lohndisziplinierung“ die Tarifaufonomie ausgehöhlt wurde.

Die Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung, und nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum werden ausdrücklich beibehalten.

Ein großer Teil der Anträge auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall und anderer Gewerkschaften befassen sich mit der Tarifpolitik. In zahlreichen Anträgen wird das Eingreifen der Regierung zugunsten der Unternehmer durch Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion kritisiert. Es wird eine wichtige Frage sein, ob sich die Kräfte in den Gewerkschaften durchsetzen können, die den Austritt aus der Konzertierte Aktion fordern.

Ob die Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen können, oder ob sie verbale Bekenntnisse bleiben, hängt entscheidend davon ab, wie weit die Lohnabhängigen für die Durchsetzung ihrer Forderungen aktiviert werden können. „Oft wurden in der Vergangenheit Lohnverhandlungen an den Arbeiter vorbeigeführt, und erst im nachhinein sind sie dann über die abgeschlossenen Ergebnisse informiert worden. Doch heute hat sich das Bild in dieser für den ökonomischen Verteilungskampf wichtigen Frage geändert. Die spontanen Arbeitsniederlegungen, die hohe Beteiligung an Urabstimmungen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeitskämpfe machen dies deutlich.“ Nachrichten 8/1974 S. 5.

Zahlreiche Anträge zu den Gewerkschaftstagen ziehen daraus die Konsequenz, auch satzungsmäßig die aktive Einbeziehung der Gewerkschaftsmitglieder in die Tarifpolitik zu fordern. So sollen die Vertrauensleute in der Satzung der IG Metall verankert werden, die Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute gewählt werden, statt wie bisher durch die Bezirksleitungen berufen. Die „gewerkschaftlichen Vertrauensleute (haben) bei einem solchen System mehr Möglichkeiten (...), die Arbeit der Tarifkommissionsmitglieder zu unterstützen und sie ständig mit der Meinung und dem Willen der Arbeiter aus den Betrieben vertraut zu machen.“ (ebenda)

Die Tarifaufinandersetzungen in diesem Jahr sind durch ein beachtenswertes Novum gekennzeichnet. Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Politik für die Tarifkämpfe in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen offiziell festgelegt. Der Bundesausschuß der AfA hat sich der Einkommenspolitik von Bundeskanzler Schmidt rückhaltlos angeschlossen und will alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre auf die Sicherung des Realeinkommens (sprich 10prozentige Lohnerhöhung) festlegen. „Das soll offensiv geschehen: „Die AfA wird durch eine einheitliche demokratische Strategie sicherstellen, daß Sozialdemokraten diese Politik der Bundesregierung gegen alle Anfeindungen und Mißdeutungen vertreten werden.“ Damit werden viele Sozialdemokraten in einen Wissenskonflikt gebracht, der zugesplittet lautet: Reallohnerhöhung oder Solidarisierung mit der Regierung. Nach den Beschlüssen der Gewerkschaft kann und darf es nur eine Antwort geben: Die Gewerkschaften sind unabhängig von den Parteien und der Regierung, sie lassen sich einzig und allein von den Interessen der Arbeiter und Angestellten leiten.“ Nachrichten 8/1974, S. 4/5.

Da gibt's doch tatsächlich ein paar Schallplattenmacher in unserem Land, die spekulieren nicht auf den Geldbeutel, sondern auf den Kopf. Die wollen der Jugend nicht die sauer verdienten Groschen aus der Tasche ziehen, sondern fordern auf ihren Platten ganz offen auf: „Lehrlinge zusammenhalten!“ Die lassen nicht vom Abendrot am blauen Meer singen, sondern von „roten Fahnen“ und behaupten auch noch, daß man die „besser sieht“. Die sagen nicht, warte auf das Glück, sondern: „Auf, auf zum Kampf!“ Die erzählen nichts von Underground und Hasch, wohl aber von „Streik“. Und die verlangen auch von keinem, von der Liebe zu träumen, sondern verraten, was zu tun ist: „Brecht die Macht der Monopole!“ — Nicht von Polydor und Ariola ist hier die Rede, auch nicht von Bertelsmann und CBS. Wer anders als der „Pläne“-Verlag fordert ganz unverblümt: „Hören Sie mal rot!“?

„Pläne“ ist ein Name mit Tradition. Mit einer roten Tradition. Schon in der Weimarer Zeit trug eine Zeitung diesen Namen. Sie wurde herausgegeben von der DJ-1-11, einer fortschrittlichen Gruppe aus der bündischen Jugend, und ihre Hauptaufgabe war der Kampf gegen den Faschismus. 1956 — der kalte Krieg tobte auf dem Höhepunkt, der CDU-Staat hatte gerade die Kommunistische Partei verboten — waren einige Leute der Meinung, es müsse wieder was Rotes her. Arno Klönne und Frank Werkmeister gaben „Pläne“ neu heraus und machten sie bald zu einem Sprachrohr der demokratischen Öffentlichkeit gegen Antikommunismus und Aufrüstung.

1960: Die Atomkriegsgegner brachen auf zum ersten „Ostermarsch“. Vergessene Lieder der Arbeiterbewegung und des Kampfes gegen den Faschismus wurden wiederentdeckt, neue entstanden. Da möglichst viele Leute diese Lieder hören sollten, Rundfunk und Schallplattenindustrie sie aber nicht brachten, mußte man sich selbst helfen. 1961 wurde „Pläne“ ein Verlag und brachte seine erste Platte heraus, eine Single. Dieter Süverkrüp sang von Gerd Semmer übersetzte Lieder der französischen Revolution: „Ca ira“ — es wird schon gehen.

Es ging! Zunächst folgten weitere Ostermarschlieder. Schon 1959 hatte Hans Dieter Hüsch für den Rundfunk seine „Carmina Urana“ — vier Gesänge gegen die Bombe geschrieben. Sie wurde nie gesendet. Pläne brachte sie heraus. 1966 produzierte Floh de Cologne seine erste Platte, gemeinsam mit Dieter Süverkrüp: Lieder über Vietnam. Im gleichen Jahr dann die erste LP. Getreu der „Pläne“-Tradition waren es Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus. Die Bänder waren von italienischen Freunden ausgeliehen, aber kurz darauf erschien die erste völlig selbstgemachte: „Fröhlich ist du Wiener Schnitzel“ von Dieter Süverkrüp, zusammen mit der farbigen deutschen Sängerin Fasia Jansen wohl der Künstler, dessen Name am engsten mit „Pläne“ verknüpft ist. 1967/68: Höhepunkt der antiauto-

ritären Studentenbewegung und des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Beate Klarsfeld hieb Alt-nazi Kiesinger eine runter. Die Geschichte von dieser Ohufeige erzählt auf einer „Pläne“-Platte, wurde zum Hit. Von da an ging's mit Pläne bergauf.

Die Notstandsgesetze wurden verabschiedet. Am Rand der anti-autoritären Bewegung breitete sich der „Underground“ aus. Die Schallplattenindustrie willerte ihre Chance und überschwemmte den Markt mit Protestschnulzen. Pläne stieg nicht mit hinab, sondern blieb mit dem Ohr an der antiimperialistischen Bewegung. Ob im Kampf gegen den US-Krieg in Vietnam oder der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, ob in Protestaktionen der Lehrlinge, dem Kampf der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften oder der weltweiten Kampagne um die Freilassung von Angela Davis, immer standen „Pläne“-Sänger mit auf der Barrikade.

Je mehr diese Kämpfe zunahmen, desto breiter wurde die Palette der Pläne-Liedermacher. Mit Platten von Mikis Theodorakis, den Exil-Spaniern Juan und José und amerikanischen Freiheitsliedern wurde der internationale Widerstand gegen Faschismus und Reaktion erschlossen. Dietrich Kittner, die Machtwächter und Hans Dieter Hüsch brachten das Kabarett zu „Pläne“, Hanns Ernst Jäger und Ernst Busch erweiterten das Angebot mit Texten von Brecht, Tucholsky und Erich Kästner um die literarische Seite. 1970 fand in der BRD ein Arbeiterliederfestival statt. Die Platte, die davon gepreßt wurde, ist wohl das bekannteste „Pläne“-



Produkt: Mehr als 10 000 Exemplare von „Hören Sie mal rot“ wurden bisher verkauft. Von derartigen Erfolgen ermutigt, will sich „Pläne“ weiter auf das Gebiet der Klassik der Arbeiterbewegung vorwagen und plant eine Platte mit dem Hans-Eisler-Chor in Westberlin.

Erst- und einmalig in der BRD ist die „Peng-Serie“, eine Single-Reihe, in der jungen Gruppen und Sängern die Möglichkeit gegeben wird, sich vorzustellen. Und weil man selbstgemachte Lieder am besten in selbstgemachten Räu-



Dieses System funktioniert!

Pläne: Erster Verlag der Autoren in der BRD

war am 31. Mai das Solidaritätskonzert für Victor Jara, dem von der chilenischen Junta ermordeten Sänger des Volkes, zu dem mehr als 10 000 Besucher erschienen.

Der Verlag läßt keinen Zweifel darüber, was er will. Pläne sagt ganz offen von sich selbst:

„Pläne will mehr: Mehr Demokratie, mehr Frieden, mehr Fortschritt, mehr Mitbestimmung, mehr Sicherheit, mehr Gerechtigkeit für alle, die gearbeitet haben, die arbeiten und die arbeiten werden. Für viele Pläne-Plattenmancher heißt die Summe unter dem Strich: Sozialismus. Und der aktive Kampf um die einzelnen Posten dieser Rechnung deshalb: Klassenkampf.“

Wer für den Sozialismus kämpfen will, darf kein Kapitalist sein. Es ist deshalb selbstverständlich, daß Gewinne nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, sondern im Verlag bleiben. Das ermöglicht es, zum Beispiel eine Platte herzustellen wie „Kämpfendes Afrika“, die sich nicht „bezahlt“ macht. Selbstverständlich ist es auch, daß Entscheidungen kollektiv getroffen werden. Pläne ist der erste Verlag der Autoren in der BRD. Der Programmrat, dem alle elf Verlagsangestellte und Vertreter der Künstler angehören, entscheidet darüber, was produziert wird. Die Ergebnisse beweisen: Dieses System funktioniert.

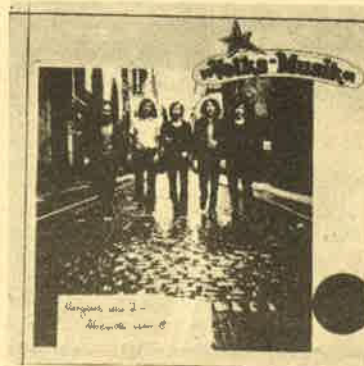
übergewechselt sind und die Zahl der Rock-Gruppen („Lokomotive Kreuzberg“, „Volksmusik“) verstärkten.

Nicht nur für die Alten wird gesungen. Schon vor einigen Jahren erschien der „Baggerführer Willibald“. Da an fortschrittlichen Kinderliedern in der BRD eklatanter Mangel besteht, entwickelte sich „Die Rübe“ von Christiane und Frederik zum Verkaufsschlager. Westberliner Pädagogen schrieben die Texte zum „Springpunkt“, die von den Machtwächtern vorgetragen werden und für die Vorschulerziehung geeignet sind. In Vorbereitung ist eine Kinderoper von Dieter Süverkrüp, zu der Hans Werner Henze die Musik schreibt.

Da der politische Kampf auch auf der Bühne ausgetragen wird, beschränkt sich „Pläne“ nicht nur auf die Herstellung von Platten. 1971 entstand als Ableger eine Agentur, die Auftritte und Tourneen von fortschrittlichen Künstlern vermittelt. Größte Veranstaltung

men singt, wurde eigens für diese Reihe im „Pläne“-Domizil in der Dortmunder Ruhrallee im Eigenbau ein kleines Studio fabriziert. Seit ein paar Wochen darf dort gesungen werden.

Von Anfang an hat „Pläne“ selbstverständlich den Kampf des chilenischen Volkes begleitet, vom Antritt der Volksfrontregierung bis zum Widerstand gegen faschistischen Terror. Von diesem Kampf handelt auch die „Chile-Kantate“ der Kölner „Flöhe“, die mit dieser Platte fest zu „Pläne“



rb musik

**„Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.“**

Bertholt Brecht



Erfahrungen aus der Vergangenheit für die Gegenwart

Großväter, das müssen nicht unbedingt weltvergessene Greise sein. Und auch nicht Ewiggestrige, die zwar vom Grauen der Weltkriege geprägt wurden, aber nichts aus ihnen gelernt haben. Sicher, in unseren Schulen und Geschichtsbüchern erfährt man wenig von denjenigen, die in der Weimarer Republik für Demokratie und Sozialismus, gegen den aufkommenden Naziterror gekämpft haben, die dann später unter Einsatz ihres Lebens dem Faschismus Widerstand leisteten. Um so besser, wenn der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt mit einem neuen Band seiner Taschenbuch-Reihe einige dieser alten Kämpfer der Arbeiterbewegung zu Wort kommen läßt: rote Großväter.

Zum Beispiel Carl Wüsthoff. Ein Metallarbeiter, seit 53 Jahren in der IG Metall, seit 52 Jahren in der Kommunistischen Partei. Er hat, wie Erasmus Schöfer im Vorwort schreibt, die Idee für den vorliegenden Band abgegeben. Seine Erzählungen aus dreißig Jahren aktiven Kampfes vermitteln ein sehr anschauliches Bild von einem Leben klassenbewußten Handelns. So etwa, wenn Carl Wüsthoff berichtet, wie er als Junge durch die Willkür und Brutalität eines Gutsbesitzers das Hassen lernt. Oder wenn er seine erste Demonstration unter roten Fahnen schildert. Dann die Er-

zählungen über Begegnungen Carl Wüsthoffs mit Ernst Thälmann, über gemeinsame politische Arbeit mit Willi Bredel. Unnötig zu sagen, daß Carl Wüsthoff sich heute nicht auf seinen Altenteil zurückgezogen hat: Er ist aktives Mitglied der DKP und arbeitet seit vielen Jahren in der Hamburger Werkstatt des Werkkreises. Eine Kollegin aus der Hamburger Werkstatt: „Er ist kein freundlich akzeptiertes Ehrenmitglied, sondern einer unserer vitalsten und aktivsten Kumpels.“

Oder zum Beispiel Wolfgang Langhoff. Ein bekannter fortschrittlicher Schauspieler, der im Februar 1933 von den Nazis verhaftet und ins KZ Börgermoor gebracht wurde. Er beschreibt in einem erschütternden Bericht das Leben in diesem KZ, erzählt, wie die Häftlinge ihren Widerstandswillen mit Kunst und Kabarett aufrechterhalten und schildert die Entstehung des berühmten Antifaschisten-Liedes „Wir sind die Moorsoldaten“.

Ein anderes Beispiel: Robert Schreiber. 1922 mit 15 Jahren in die Kommunistische Jugend eingetreten, drei Jahre später in die Kommunistische Partei. Nach der faschistischen Machtübernahme mußte er zunächst ins Saargebiet, dann nach Frankreich fliegen. 1936, als in Spanien Faschisten unter Führung von General

Der rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit 1914 bis 1945.

Herausgegeben von der Werkstatt Düsseldorf des Werkkreises

Literatur der Arbeitswelt. Fischer Taschenbuch 1445, Frankfurt 1974, 250 Seiten, 4,80 DM.

Franco die Republik durch einen blutigen Bürgerkrieg stürzen wollen, meldet sich Robert Schreiber als einer der ersten für die Internationalen Brigaden: Gruppen von Antifaschisten aus aller Welt, die den spanischen Patrioten im Kampf gegen den Faschismus beistehen. Robert Schreibers Bericht „Wir setzten über den Ebro“ beschreibt diesen seinen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg.

Ein letztes Beispiel: Pelle Igel, eigentlich Hans-Peter Woile mit Namen. Er gründete 1927 die Agitprop-Gruppe „Die roten Reporter“. Eine Gruppe, die im Auftrag der KPD Vorstellungen auf Straßen und Plätzen, in Gasthöfen und Sälen gab, die mit Songs, Gedichten, Sketchen und anderen kleinen Formen Agitation gegen den aufkommenden Faschismus betrieb. Pelle Igel war ihr Spielleiter und schrieb viele der Texte für die „Roten Reporter“. In seinem Bericht „Rote Re-

porter in Aktion“ schildert er Erfolge, Probleme und Schwierigkeiten in der Agitproparbeit: so z. B., wie die „Roten Reporter“ sich der reaktionären Polizeisurveillance entzogen, wie sie die Arbeit der Partei mit ihren kulturellen Mitteln wirksam unterstützten usw.

Soweit einige Beispiele aus dem Band. Es lohnt sich, sie selbst nachzulesen. Erasmus Schöfer im Vorwort: „Der rote Großvater erzählt“ ist eine Sammlung von Berichten und Erzählungen, die nüchtern, direkt, nicht ohne Humor, oft packend und erschütternd Klassenschicksal wiedergeben. Die Berichte sind illusionslos und doch zu Hoffnung und Optimismus anleitend. Sie zeigen die Opferbereitschaft und Entschlossenheit, den Mut und den Einfallsreichtum der Arbeiterklasse.“ (S. I)

Und da sagt man heutzutage oft, es gäbe keine Vorbilder mehr!

Uwe Naumann

RÉSISTANCE

Otto Niebergall: Romain Rubinstein
Walter Beling: Gerhard Leo
Alfred Spitzer: Theo Krotczek
Paula Ruess: Kurt Halker
Hans Heisel: Arno Müller
Max Friedemann: Paul Hartmann
Wally Hecking: Max Dankner
Karl Galle: Heinz Priess
Rudolf Leonhard: Walter Vesper
Ernst Melis: Hanns Kralik
Rudolf Engel: Ella Rumpf
Richard Hilgert: Walter Kramer
Dora Schaul: Herbert Linz
Harald Hauser: Peter Gingold
Walter Hochmuth: Werner Waldeyer
Martin Kalb: David Gingold
Werner Schwarze: Luise Kraushaar

**Résistance. Erinnerungen
deutscher Antifaschisten.**
Hrsg.: Institut für Marxismus-
Leninismus beim ZK der
SED. 355 S., 57 Abb., Faksi-
miles, Leinen.

Der im Röderbergverlag erschie-
nene Band, in dem zum ersten-
mal Berichte deutscher Kommuni-
sten und anderer Hitlergegner
über ihren Kampf in den Reihen
der französischen Widerstandbe-
wegung während des Zweiten
Weltkrieges veröffentlicht wer-
den, verdient besondere Beach-
tung.

34 Männer und Frauen aus der
großen Schar von mehreren tau-
send deutscher Hitlergegner
kommen zu Wort, die an der Seite
der französischen Kommunisten
und Hunderttausender anderer
Patrioten zur Befreiung
Frankreichs und damit auch des
deutschen Volkes vom faschisti-
schen Joch beitrugen. Die pak-
kend geschriebenen Tatsachen-
berichte zeugen davon, daß ohne
die solidarische Hilfe der FKP
und anderer französischer
Widerstandskämpfer das Wirken
der deutschen Antifaschisten in
Frankreich kaum möglich ge-

wesen wäre. Es wird deutlich, daß
der heroische Kampf der von der
KPD geführten Völker der
Sowjetunion gegen den faschisti-
schen Aggressor den deutschen
Hitlergegnern auch in Frankreich
Kraft und Siegeszuversicht gab.
In seinem besonders instruktiven
Beitrag behandelt Otto Niebergall
die mit der Überwindung vieler
Schwierigkeiten verbundene um-
fangreiche Arbeit der Leitung
der Organisation der KPD in
Frankreich, der u.a. Alexander
Abusch, Walter Beling, Otto
Niebergall und Albert Norden
angehörten, um in Abstimmung
mit dem ZK der FKP und mit
dessen Unterstützung die Teil-
nahme deutscher Antifaschisten
am Kampf der Résistance zu
organisieren und anzuleiten. Mit
Hilfe der Führung der FKP
konnten die leitenden deutschen
Kommunisten auch mit dem
Politbüro des ZK der KPD, das in
Moskau seinen Sitz hatte, stän-
dige Verbindung herstellen und
so in den Besitz von Beschlüssen
und Direktiven gelangen sowie
das Politbüro über die Tätigkeit
der deutschen Antifaschisten in
Frankreich informieren.

Von großem Interesse sind die
Ausführungen Otto Niebergalls
über die Herausbildung und das
Wirken der Bewegung „Freies
Deutschland“ für den Westen. Im
leitenden Komitee der Bewegung
„Freies Deutschland“ für den
Westen, dessen Präsident Otto
Niebergall war, vereinten sich
Kommunisten, Sozialdemokraten,
Mitglieder der ehemaligen bür-
gerlichen Zentrums-, Deutschen
Staats- und Deutschen Volkspar-
tei, Angehörige der Wehrmacht,
unter ihnen ein Vetter des Ober-
sten Claus Graf Schenk von
Stauffenberg, Oberstleutnant
Caesar von Hofacker vom Stab
des Militärbefehlshabers in
Frankreich.

Im Heldenbuch der Maquisards,
der Partisanen, die mit der Waffe
den antifaschistischen Befrei-
ungskampf führten, sind auch die
Namen von etwa 1000 deutschen
Patrioten eingetragen. An der
Seite französischer, sowjetischer,
ponischer, österreichischer,
tschechoslowakischer, spanischer,
italienischer, ungarischer, bulga-
rischer, rumänischer und anderer
Kämpfer beteiligten sie sich am
Schienenkrieg, an Sabotageakten,
an Gefechten mit Einheiten der
SS sowie an der Befreiung vieler
französischer Städte. Einen Ein-
blick in diesen opferreichen
Kampf geben die ehemaligen
Maquis-Offiziere Max Danker,
Karl Galle und Martin Kalb. In
dem Band wird auch das Wirken
von Max Brings (Alfred Woznik)
gewürdigt, der als Colonel
(Oberst) leitende Funktionen in
französischen Partisaneneinhei-
ten ausübte und — wie andere
deutsche Antifaschisten — mit
militärischen Auszeichnungen ge-
ehrt wurde.

So kündigt dieser Band von der
Kontinuität der unverbrüchlichen
Freundschaft zwischen den revo-
lutionären Parteien, der Arbeiter-
klasse und anderer Werktätiger
beider Länder, die auch durch
die Opfer im gemeinsamen Kampf
besiegelt wurde. Es ist Freundschaft,
die sich in unseren Tagen
bewährt. Denn sie gründet sich

auf die gemeinsamen Interessen,
die internationalen kommunisti-
sche und antiimperialistische Be-
wegung zu stärken, den Frieden
zu erhalten, stabile Sicherheit in
Europa zu schaffen, imperialisti-
sche Provokationen zu zügeln und
den sozialen Fortschritt voranzu-
bringen.

Prof. Dr. Klaus Mammach

UZ

**Unsere Zeit
Zeitung der DKP**



**Die Zeitung
der Arbeiter
gegen
die Millionäre**

Dahinter steckt Erfahrung. Da-
hinter steckt die marxistische
Arbeiterpartei, die DKP. In
jeder Nummer der UZ: die
Konzernpolitik wird entlarvt,
die Situation an Schulen und
Hochschulen wird durchleuch-
tet. Und was genau so wich-
tig ist: Anleitung zum Handeln
für den gesellschaftlichen
Fortschritt.

Plambeck & Co

Druck und Verlag GmbH

— Vertriebsabteilung —

404 Neuss/Rhld., Xantener Straße 7

Telefon 0 21 01 / 5 70 81 — 88

WOCHENZEITUNG

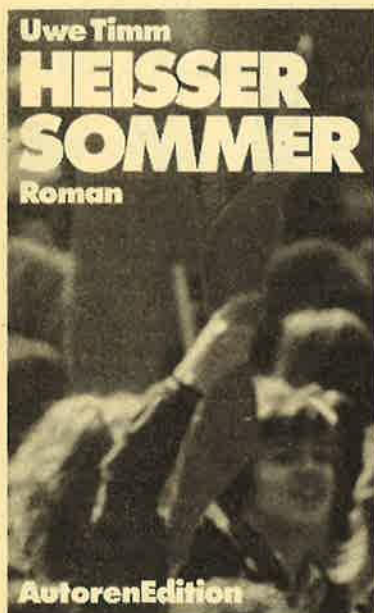
☐ Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **WOCHENZEITUNG**
für mindestens 1 Jahr

(Abonnementspreis:
vierteljährlich DM 6,50)

TAGESZEITUNG

☐ Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als **TAGESZEITUNG**
für mindestens 3 Monate

(Abonnementspreis:
monatlich DM 7,—)



Uwe Timm:

Heißer Sommer, Roman

autoren edition Bertelsmann

19,- DM

Uwe Timms erster Roman „Heißer Sommer“ hat mit uns zu tun. Ulrich Krauses Geschichte ist ein Teil unserer Geschichte, der der fortschrittlichen Studenten in der BRD.

Wer ist Ulrich Krause? Student der Germanistik, kurz vor dem Staatsexamen, packt er nicht den letzten Schein. Keinerlei Motivation zu einer Ausbildung ohne reale und subjektive gewollte Perspektive — zum Lehrer hat er nicht die Bohne Lust —, ein autoritärer, unkritischer Lehrbetrieb verursachen ihm „den Druck in der Schläfe“ und „diese Magenschmerzen“. Ulrich ist unfähig zur Arbeit, er ist unfähig zu befriedigenden zwischenmenschlichen Beziehungen, aber er ist auch unfähig zur Unterwerfung unter solche Verhältnisse zur „arbeitsamen“ Verdrängung, wie sie der brave Student Lothar, sein Zimmernachbar, praktiziert. Ulrich spürt in seiner Peron, im Gefühl der Fremdbestimmtheit, die Widersprüche der imperialistischen Verhältnisse, die auch die (klein)bürgerlichen Intellektuellen sozial in Bewegung set-

zen. Dieser persönlichen und auch der politischen Unterdrückung steht Ulrich jedoch zunächst nur leidend, dann mit ohnmächtiger, begriffsloser Wut gegenüber. Es ist — auch gestalterisch im ersten Teil des dreigegliederten Romans — drückender Vorsommer. Ulrich spürt, es geht „einfach so nicht weiter. Eine Sackgasse!“

Uwe Timm verquiekt die persönliche Emanzipation Ulrichs mit der Entwicklung der antiautoritären Studentenbewegung 1967 bis 1969. Es wird die Geschichte neuer Sackgassen, der Notwendigkeit und Ausweglosigkeit des spontanen, letztlich an Äußerlichkeiten orientierten und in die Isolation führenden Widerstands gegen die bestehenden Verhältnisse. Dabei zwingt Timm seinen Helden nicht in plötzlicher Erkenntnis nach vorn, sondern stellt in oft bedrückender Schärfe die Aussichtslosigkeit des im eigenen Saft Schmorens dar. Weder Antiautoritarismus noch scheinbar auf die Arbeiter ausgerichteter Rigorismus à la heutiger „K“PD, weder Hasch noch Straßentheateragitation, von außen an den zu belehrenden Arbeiter herangebracht, helfen Uli, die Lähmung seiner produktiven Fähigkeiten zu überwinden. Erst das Kennenlernen der materiellen Produktion aus existentiell gewordener Notwendigkeit, die Fesseln kleinbürgerlicher Isolation zu sprengen, erst die Erkenntnis der materiellen Produktion als notwendig und erst die Bekanntschaft mit Genossen der DKP, mit deren theoretischer und praktischer Erfahrung aus langem Kampf in ihrer Persönlichkeit, verhelfen Ulrich zu dem Schwung, zu einem neuen Anfang. Er kann jetzt bewußt einen Studienabschluß auf Lehrer anstreben, und er hat die Kraft, persönliche Beziehungen zu mittlerweile unter Unternehmer-Papas Protektion in bürgerliche Idylle wallenden Freiheitsversuchen abzubauen.

In diesem Prozeß des Erfahrung-Machens, der einer des Verlegens von Fluchtwegen ist, revolutioniert Uli auch seine Beziehungen zu für ihn bedeutsamen Menschen. Er versteht z. B., nachdem er die intellektuelle Mißachtung oder einfache Nichtbeachtung der Arbeit angestanden hat, seinen faschistoiden Vater besser. Die Eltern sind nicht mehr der Gegner, sie sind vielmehr auch deformiert, nämlich durch die Illusion, auch als kleiner Möbelhändler so selbständig zu sein wie Arndt v. Bohlens und Halbach. Er beginnt z. B. langfristig zu denken, die Zukunft wird ihm gegenüber spontaneistischer Augenblicksbezogenheit zum Problem. So kann er sich nicht mehr Petersen, einem Maoisten, den er persönlich sehr mag, zuwenden: Er stellt ihn sich mit Glatze vor, im Hinterzimmer eines Gasthofes, mit einem einzigen Lehrling, der übriggeblieben ist aus der Zirkelspaltung, aus dem gesell-

schaftsfernen Rigorismus. Wenn Ulrich und Petersen sich am Ende des Romans umarmen, ist das keine Aussöhnung mit dem Sektierertum, der kleinbürgerlichen splendid isolation, es ist die Dokumentation der gemeinsamen Quelle, aus der die Wut der Studenten in Organisationen floß, die als Bach versiegen werden oder zum Strom führen. Ulrich hat sich aus kleinbürgerlicher Beschränktheit gelöst, er wird in der Gewerkschaft arbeiten, vielleicht den MSB mitbegründen. Die Gestaltung des organisierten Kampfes an der Seite der Arbeiterklasse im Spartakus, der DKP, der Gewerkschaft ist nicht mehr Gegenstand von Timms Roman. An einem solchen arbeiten wir alle mit unserer politischen Praxis.

Den Prozeß des Lösens aus der Isolation durch die Erfahrung der Sackgassen sucht Timm durch die Betonung der äußeren Bedingungen in der literarischen Gestaltung zu bewältigen. Die Selbstreflexionen des Helden über seine eigene Entwicklung wird auf ein Minimum reduziert, Rückblenden auf vergangene Situationen stellen den praktischen Zusammenhang zur aktuellen Situation her, die Einblendung von Texten von Hölderlin bis Lenin dokumentiert die Entwicklung auf der Ebene formulierten Bewußtseins. Timms Stärke liegt spürbar in Situationsschilderungen von hoher Intensität und sprachlicher Treffsicherheit, in der Erfassung typischer Verhaltenszüge. Der Blick in die Enge von Ulrichs Elternhaus oder die sterile Offenheit großbürgerlicher Häuser, die ironisierende Schilderung der dilettantischen Weltveränderung aus moralischer Wut auf dem Wege individuellen Terrors gegen ein nächtlich parkendes Polizeiauto machen großen Spaß. Trotzdem bleibt diese oft an kommentierte Berichterstattung erinnernde Gestaltungsweise zu diskutieren. Das Innenleben, die Triebkräfte, Potenzen der handelnden Figuren, kommen nämlich nur sehr vermittelt zum Leser. Dieser fühlt sich manchmal — bei aller gemeinsamen Erfahrung mit und Verbindung zu den Romanfiguren — nur am Fenster sitzen, nicht mit auf der Straße im Geschehen. Der Knabenraum Ulrichs von der friedlichen Welt, das Schicksal dieser Triebkraft, die tief sitzt, z. B. wäre wichtig für eine umfassendere Menschengestaltung.

Auf jeden Fall gibt uns Timms Buch ein realistisches Bild des Aufbruchs der Intellektuellen in der BRD. Es kann uns in unserem heutigen Kampf durch Wissen um die Vergangenheit helfen. Wir sollten es lesen, untereinander diskutieren, damit im Verband einen Beitrag zur Verbindung von Literatur und Politik leisten, die ein Teil des Aufbruchs ist.



rb Gespräch mit dem Münchener Schriftsteller Uwe Timm

Vor wenigen Wochen erschien in der autoren edition des Bertelsmann Verlages ein Roman von Uwe Timm der sich mit einem Abschnitt der Studentenbewegung beschäftigt und die Erfahrungen und politische Entwicklung eines Studenten in den Jahren 1967 bis '69 schildert. Für rote blätter sprach Kirti Michael Maisel mit Uwe Timm.

rote blätter: Dein Roman beschreibt einen Teil der Studentenbewegung. Wie bist du zu diesem Thema gekommen?

Uwe Timm: Die Studentenbewegung ist meiner Meinung nach eines der wichtigsten innenpolitischen Ereignisse nach 1945 in der Bundesrepublik. Zugleich war die Studentenbewegung für mich subjektiv entscheidend, weil ich mich in kurzer Zeit politisiert habe. Ich habe damals im SDS gearbeitet.

rote blätter: Welche Erfahrungen, die Ullrich macht, erscheinen dir besonders wichtig, gerade auch für Studenten, die sich nach der Phase Studentenbewegung, die du beschreibst, organisiert haben?

Uwe Timm: Ich glaube, eine der wichtigsten Erfahrungen von Ullrich Krause ist, daß er seine individuellen Probleme, als gesellschaftlich bedingte erkennt und daß er lernt, darüber zu reden.

Und das ist auch heute noch wichtig. Oft wird die politische Arbeit in Gruppen durch solche unausgesprochenen persönlichen Probleme ungeheuer gehemmt, weil die dann oft ideologisiert werden und dann gar nicht mehr von den politisch sachlichen Problemen zu trennen sind. Wichtig ist auch die Erfahrung, daß die revolutionäre Arbeit Spaß machen kann und daß sie nicht neben dem alltäglichen Leben so herläuft, sondern den Anspruch stellt, die ganze Lebensweise einer Person zu erfüllen. Man kann nicht Kommunist im Betrieb oder in der Uni sein und dann zu Hause seine Frau ausbeuten.

rote blätter: Eine Frage zur Perspektive des Romans. Ullrich entwickelt ein revolutionäres Verhalten. Aber warum werden die damals schon vorhandenen marxistischen Kräfte in der Studentenbewegung, trotz ihrer entscheidenden Wirkung auf die Entwicklung, nur an der relativ farblosen Gestalt von Taster dargestellt?

Uwe Timm: Das ist die Frage, warum damals in fast allen Universitäten der sogenannte „antiautoritäre“ Flügel des SDS politisch bestimmend war. Die Studentenbewegung war zunächst eine Emanzipationsbewegung für durchweg bürgerliche Studenten, die einen radikal-demokratischen Ansatz verfolgten. Bestimmend waren Ausbildungsprobleme, aber auch Erziehung, Sex, Manipulation, vor allem der Protest gegen den Vietnamkrieg. Das war zunächst ein moralischer Protest und keine sozialistische Politik. Zugleich gab es massive antikomunistische Ressentiments. Es war also objektiv sehr schwierig für Kommunisten, ihre Politik durchzusetzen. Da waren zum Teil aber auch Vermittlungsprobleme. Taster zum Beispiel hat zwar die richtige politische Perspektive, kann sie aber nicht vermitteln, er benutzt Worthülsen.

rote blätter: Auffällig ist die geringe Verwendung von Reflexion der Hauptfiguren bezüglich ihrer Entwicklung. Warum diese distanzierte Schreibweise?

Uwe Timm: Mich öden Bücher an, in denen sozusagen immer noch mal ausgesprochen wird, was man als Leser selbst erschließen

kann. Man muß eben nur genau lesen. Ich sage zum Beispiel nicht: Und wieder quälte Ullrich der Gedanke, daß er herumgammelt, während Arbeiter schuften müssen. Ich schneide kommentarlos in die Beschreibung einen Satz ein, den ein Betriebsrat früher einmal zu Ullrich auf der Notstandsdemonstration gesagt hat: Wovon lebt ihr eigentlich? Alles andere empfinde ich als Bevormundung des Lesers.

rote blätter: Glaubst du, daß der Roman mehr als ein In-Sider-Roman sein kann?

Uwe Timm: Ich hoffe es sehr. Ich habe allerdings bisher erst mit zwei Lesern gesprochen, die nicht studiert haben, und die fanden den Roman sehr informativ, die haben ihn wie eine Chronik gelesen. Aber ein endgültiges Urteil kann man da noch nicht geben.

rote blätter: Welche Wirkung wünschst du dir von dem Roman?

Uwe Timm: Daß sich der unpolitische Leser politisiert und der unorganisierte organisiert. Aber das schafft natürlich Literatur allein nie. Sie kann einen solchen Prozeß allenfalls unterstützen. Und das wäre schon viel.

rote blätter: Das Sektierertum scheint in deinem Roman zu gut wegzukommen. Wie siehst du deinen Roman, der ja geradezu um das Problem linksradikaler Isolierung von Kleinbürgern kreist, von dem heutigen Entwicklungsstand der Auseinandersetzung mit sektiererischen Gruppen?

Uwe Timm: Ich glaube nicht, daß das Sektierertum zu gut wegzukommt. Der Petersen muß ja nicht unbedingt für die weitere revolutionäre Entwicklung, also für den Spartakus oder die DKP verloren sein. Ich wollte gerade darauf hinweisen, daß es durchaus auch unter den sogenannten Sektierern Leute gibt, die subjektiv redlich und mit dem Einsatz ihrer ganzen Person politisch arbeiten, was dann zwar objektiv falsch ist. Aber um die müssen wir kämpfen, d.h. die müssen wir zu uns rüberziehen.

rb buch

Eine Mehrheit unserer Bürger hält wesentliche Teile unserer schriftlichen Freiheit für kommunistisch. Umfrager fanden heraus, daß 69 Prozent der befragten Bundesbürger Artikel 15 des Grundgesetzes, welcher behauptet, daß Eigentum verpflichtet, für einen Artikel der DDR-Verfassung halten; nur 13 Prozent halten ihn für einen Artikel unserer Verfassung. Auch Artikel eins, der mit dem Satz beginnt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, hält die Mehrheit der Bundesbürger für einen DDR-Verfassungsartikel. Die Mehrheit der Wähler müßte demnach die DKP wählen.

Vielleicht halten die Befragten den Satz von der Unantastbarkeit der menschlichen Würde für Augenwischerei. Jeden Tag beweisen Vermieter, Fabrikbesitzer und Angehörige des Staatsapparates, daß die Würde antastbar ist, daß sie angetastet werden kann. Die Nachsilbe „bar“ heißt, es geht, und „unantastbar“ heißt demzufolge, es geht nicht. Es geht aber. Vielleicht trauen die Bundesbewohner Augenwischerei eher einer sozialistischen Verfassung zu. Ihre Wissenslücken sind genau dort, wo die großen Eigentümer sie brauchen.

Vor einigen Jahren legten die Beauftragten eines Umfrageinstituts in den USA einem „repräsentativen Querschnitt“ der Bevölkerung den Verfassungstext vor und fragten die Bürger nach ihrer Meinung. Sie machten ähnliche Erfahrungen wie ihre bundesdeutschen Kollegen jetzt: Die meisten antworteten, der Text stamme von Kommunisten. Nahezu die Hälfte der Amerikaner glaubt wieder an den Teufel.

Die Schludrigkeit, mit der unsere Verfassung getextet wurde, beweist die Sorge der Urheber: es könnte durch eine deutlichere Sprache das Ende der Ausbeutung quasi aus Versehen angeordnet werden.

Wenn die Wähler ihre Verfassung nicht kennen sollen — denn sie kennen sie nicht —

beweist das nicht, daß die Verfassungstexte des Volks von Anfang an im vollen Bewußtsein ihrer Absicht betrügen wollten, es beweist, daß sich seit der Entstehung der Verfassungstexte bis heute ihr Interesse geändert hat. Bekanntlich gehen die meisten der wichtigen Formulierungen der Verfassungen der sogenannten modernen westlichen Demokratien auf Texte zurück, die in der Revolte des Bürgertums gegen die Monarchie entworfen wurden. Damals war das Interesse des Bürgertums, sich zu befreien. Heute, zu unterdrücken. Wer das Grundgesetz beim undeutlichen Wort nimmt, von dem behaupten sie, er verstoße gegen das Grundgesetz. Die Bürgerlichen sehen noch immer nur bis zu sich selbst.

Als englische Zimthändler aus Liverpool und Tuchhändler aus Brunn eine bestimmte kritische Masse an Arbeitsergebnissen zusammengehandelt hatten, entwickelten sie die Naturwissenschaften zur Herstellung großer Warenmengen. Produktion und Handel machten die Bürger reich und klug. Ihr Reichtum ließ sie mächtiger werden als Grafen und Bischöfe. Die Ergiebigkeit ihrer Arbeitsmethoden erlaubte ihnen, den Feudalherren die Macht zu nehmen. Es gibt keine bürgerlichen Kohlenwasserstoffe, aber man kann sagen, von der Entstehung her sind die Naturwissenschaften bürgerliche Wissenschaften.

Wenn eine Klasse verkommt, verkommt der Roman, das Theater, die Musik, die Malerei. Den Talenten fällt weniger ein. Große Einfälle kommen vor großen Aussichten. Eine Klasse verkommt — das heißt, sie muß einen größeren Teil der Arbeitsergebnisse dafür verwenden, sich an der Macht zu halten. Es bleibt weniger Überfluß zur Entwicklung von Kreativität. Gleichzeitig werden die Worte größer, die den Arbeitenden durch private Verschwendung der Privilegierten verlorengehen. Je mehr die Reichen verschwenden, um so mehr gibt die Regierung für Rüstung aus.

Arbeiter- klasse und Wissen- schaft



von E. A. Rauter Antwort der Gesellschaft

Verdeckt die Klasse des Bürgertums ihre banausische Blöße mit einem Intellektuellenblatt, wie mit der „Zeit“, sind die Kollaborateure der Redaktion nur der Form nach Intellektuelle. Gesellschaftskritische Reportagen werden durch Sentimentalität entwertet und Ursachen durch Nahaufnahmen überdeckt. Ihr Ruf nach Gerechtigkeit klingt wie „Hallo, Darling!“.

In einer „Zeit“-Ausgabe erschienen vor Jahren eine Reportage über das Leben einer Fabrikarbeiterin. Die Redaktion ließ die Reportage unter dem Serien-Titel „Modernes Leben“ abdrucken. In einem Kasten

gab sie eine Begründung für den Abdruck: „Alle reden vom Arbeiter, kaum einer kennt ihn, seinen Alltag, seine Chance, seinen Feierabend.“

Danach gibt es im „modernen Leben“ zwei Arten von Menschen: die eine, das sind alle, denn kaum einer kennt „den Arbeiter“, also fast alle kennen ihn nicht. Die andere Art, das sind die Arbeiter. Da man sie nicht sieht, müssen sie unter der Erde leben. Sie haben offenbar nicht die Fähigkeit, auf sich aufmerksam zu machen. Sie haben keine Stimme, keine Fernsehantenne. In der Öffentlichkeit werden nur ihre Produkte erörtert; die „Öffentlichkeit“ streitet sich darüber, wer am meisten von ihnen abkrigeln muß. Sollten sich die Arbeiter den anderen vorgestellt haben, war es wirkungslos, die anderen, die alle sind, haben ihnen nicht zugehört oder haben nicht verstanden. Die Arbeiter haben nicht laut und deutlich genug gesprochen.

Der „Zeit“-Versprecher ist ein Beweis dafür, daß die Wirklichkeit ununterbrochen vor sich hinspricht und in weit höherer Geschwindigkeit sagt, daß es Klassen gibt, als bürgerliche Redakteure es abstreiten können. Die aufsteigende Klasse kann sich solche Vergeudung der Intelligenz nicht leisten.

Die Hauptbedingungen, die die Gesellschaftswissenschaften brauchen, um sich zu entfalten, sind dieselben, die die Naturwissenschaften zu ihrer Entfaltung gebraucht haben: Viele einzelne müssen sich für dieselben Probleme interessieren. Das Interesse entsteht, wenn bestimmte Probleme einen bestimmten Umfang angenommen haben. Die Forschenden müssen ihre Lösungen frei und öffentlich diskutieren und lehren, damit sich die Einfälle aller Interessierten auswirken. Eine größere Zahl von Leuten muß leben können beim Suchen. Unterhält die Gesellschaft sie nicht, muß die Klasse sie unterhalten.

Die Naturwissenschaftler steigerten den Ertrag menschlicher Arbeit. Die Gesellschaftswissenschaftler beschäftigen sich mit der Wirkung der Arbeit auf die Gesellschaft. Die Arbeitsergiebigkeit formt und ändert die Beziehungen zwischen den Menschen. Bei einer bestimmten Höhe der Arbeitsergiebigkeit entsteht privater Reichtum. Privater Reichtum erzeugt Armut. Je mehr ein Arbeiter herstellen kann, um so größer werden die gesellschaftlichen Probleme.

Die Päpste erkannten die Sonne nicht an, weil der Papst des Weltzentrums höhere Autorität genießt als der Papst

einer unter großen Kugeln herumfliegenden kleinen Kugel. Das Bürgertum erkennt den Mehrwert nicht an, um ihn nicht zu verlieren. Wer die unentgeltliche Arbeit leistet, hat andere Fragen an die Soziologie als wer sie sich aneignet. Jeder zieht aus dem Neid andere Schlüsse.

Mancher Fürst hat chemisch experimentieren lassen, weil er auf Gold hoffte. Die Bourgeoisie versucht es mit Gesellschaftswissenschaften, weil fröhliche Arbeiter besser arbeiten als mürrische. Aber sie macht Forschern und Lehrern zur Auflage, ohne Ursachen auszukommen. Sie sind selbst die Ursache. Das Problem der Gesellschaftswissenschaften ist, daß ihre Ursache vorschreibt, was die Forscher entdecken sollen. Eines der wichtigsten Arbeitsinstrumente der Soziologie, zum Beispiel, ist das Interview. Die Bürgerlichen fragen die Leute nach der Meinung, die sie vorher in sie hineingestopft haben.

Wissenschaft ist die Antwort der Gesellschaft auf ein Problem. Das Hauptproblem unserer Gesellschaft ist die private Aneignung durch einzelne der von allen hergestellten Güter. Die Besitzerklasse kann

das Problem nicht lösen, weil sie selbst das Problem ist. Mit den Gesellschaftswissenschaften untersucht die Gesellschaft sich selbst. Die Untersucher müssen aus allen gesellschaftlichen Gruppen kommen, die meisten Untersucher aus den größten Gruppen. Die Gesellschaftswissenschaften bleiben reine Hochstapelei, wenn die Klasse, die die Minderheit darstellt, die Untersuchungen führt. Mit derselben Wirkung hätte man im sechzehnten Jahrhundert dem Vatikan die Planeten anvertrauen können. Die Gesellschaftswissenschaften haben keine Zukunft, wenn nicht die „unselbständig Erwerbstätigen“ die meisten Untersucher stellen. Dessen braucht sich der einzelne Arbeiter nicht bewußt zu sein, ebenso wenig wie der flandrische Manufakturbesitzer sich der Tatsache bewußt war, daß seine Klasse die Naturwissenschaften entwickelte. Eine andere Gesellschaft gibt es nicht als die, in der Arbeiter und Angestellte die Mehrheit sind.

Ihre Angst um Oetkers Geld macht aus Ministern und Ministerpräsidenten Kulturfeinde, Banausen und Hochverräter (der Bund Demokratischer

Wissenschaftler: „Diese gewaltsame Untergrabung eines fundamentalen Verfassungsprinzips ist ein Mißbrauch des Ministeramts und fällt in den Bereich des klassischen Hochverrats“). Statt auf öffentlicher Aussprache bestehen sie darauf, daß erwachsene intelligente Menschen sich vor wissenschaftlichen Idioten verbeugen wie der, daß das Geld und der Boden arbeiten. Weil es keine andere Gesellschaftswissenschaft geben kann als die proletarische, müssen die Wissenschaftsminister versuchen, durch Berufsverbote die Entwicklung der Wissenschaft zu stoppen, wenn sie nicht riskieren wollen, selbst entlassen zu werden.

Man kommt aus der Schule und weiß noch nicht einmal, warum man Arbeiter ist. Ob

die Gesellschaftswissenschaften sich entwickeln können oder nicht, ist eine Machtfrage zwischen Eigentümern und Herstellern. Die stärkste Organisation der Hersteller, die Gewerkschaften, müssen ihre Macht dafür einsetzen, die Berufsverbote rückgängig zu machen. Die Zukunft der Arbeiterorganisationen hängt auch von dem ab, was in den Universitäten gelehrt wird.

Die Monopole werden größer, der Weltmarkt enger. Die Ergiebigkeit der Arbeit steigt weiter. Die Fehler der Produktionskommandeure werden für uns von Jahr zu Jahr gefährlicher. Der Druck der Eigentümer auf die Hersteller wird zunehmen. Die Bemühungen zur Produktion von Schildbürgern werden intensiver. Horst Holzer allein bietet keine Gefahr, daß Kultusminister Maier auf den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurückfindet, falls er jemals auf demselben gestanden haben sollte. Nur noch Sozialisten hängen am Grundgesetz.

Die Rektorin aller Universitäten heißt Wirklichkeit. Der größte Teil der Wirklichkeit besteht aus den Massen der Hersteller.

AIKE BLECHSCHMIDT:
LÖHNE, PREISE UND GEWINNE 1967 - 1973
Materialien zur „Lohn - Preis - Spirale“
und Inflation.

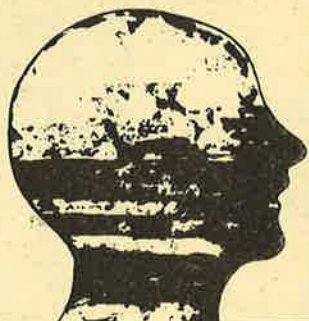
ISBN 3 - 921265 - 04 - 5
Paperback, 270 Seiten mit 25 Schaubildern und über
60 Tabellen.
DM 12,-

Die inflationäre Struktur des Kapitalismus



AIKE BLECHSCHMIDT,
GERHARD HOFFMANN,
REINHARD v.d. MARWITZ

ISBN 3 - 921265 - 06 - 1
Paperback, 7,00 DM



Dieter Duhm Angst im Kapitalismus

ISBN 3 - 921265 - 03 - 7, DM 9,00

**ACHTERBERG/DUHM/SAUER/FLEMMING/
STINGL:**

ANGST - ERFAHRUNG.

Erfahrungsberichte, Analysen und Kritik zu „Angst
im Kapitalismus“.

ISBN 3 - 921265 - 07 - X, DM 9,80

AHAD RAHMANZADEH:
**ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DER
ENTWICKLUNGSLÄNDER.**

ISBN 3 - 921265 - 05 - 3, DM 9,80



Sozioökonomische Voraussetzungen
zur Mobilisierung der Produktivkräfte

Verlag Kübler KG

6840 Lampertheim
Postfach 242



HANNA SCHYGULLA

Effi Briest

EIN FILM VON
RAINER WERNER FASSBINDER
NACH THEODOR FONTANE

„Die schönste, treffendste, richtigste Fontane-Verfilmung,
die wir bis jetzt hatten. Ein Meisterwerk!“

Friedrich Luft, DIE WELT

„Eine der kongenialsten Literaturverfilmungen!“

DER SPIEGEL

Prädikat: Besonders wertvoll • Filmverlag der Autoren

Ein Film muß noch nicht deshalb gleich schlecht sein, weil ihn sämtliche Großkritiker von „Welt“ (Friedrich Luft: „Endlich einmal ein deutscher Treffer“... „ein Meisterwerk“) bis „Spiegel“ („Eine der kongenialsten Literaturverfilmungen“) über den grünen Klee loben. Aber wer geglaubt hat, daß Faßbinder nach den zarten Anfängen seiner Fernsehserie „Acht Stunden sind kein Tag“ und nach „Angst essen Seele auf“ jetzt aufgehört hat, immer nur so zu tun, als habe er etwas zur gesellschaftspolitischen Diskussion in unserem Land beizutragen, wofür der Stoff eines Fontane-Romans durchaus die Voraussetzungen liefert, wird von „Effi Briest“ arg enttäuscht.

Denn die einzige Stelle, die das bietet, was Fontanes realistische Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft zur Bismarck-Zeit ausmacht, findet sich bei Faßbinder im Vorspann: Im Untertitel „Viele, die eine Ahnung haben von ihren Möglichkeiten und ihren Bedürfnissen und dennoch das herrschende System in ihrem Kopf akzeptieren durch ihre Taten und es somit festigen und durchaus bestätigen.“ Fontane zeigt, wie das Leben von Menschen durch ihre Unfähigkeit, sich aus den gesellschaftlichen Zwängen zu lösen, zerstört wird. Faßbinder liefert in zweieinhalb Stunden vielleicht drei oder vier Szenen, in denen man sich daran erinnert, daß Fontane so etwas gemeint hat. Der Rest ist Langeweile: unendliche Einstellungen mit stumm postierten Schauspielern. Das ist weniger Kino als eine Vorlese-Bühne, in der die Sprecher den Text verlegt haben. Doch Faßbinder selbst greift hier ein: als Erzähler, der mit denkbar unpassender, schnarrender Stimme einzelne Filmsequenzen unterbricht. Das soll wohl ebenso zur Distanz des Zuschauers von 1974 zum Stoff von 1895 beitragen wie die antiquierte Schwarzweiß-Aufnahme. Vieles ist natürlich schön. Besonders Hanna Schygulla. Faßbinders Marilyn Monroe, in der Titelrolle. Aber die allein hält einem die Augen auch nicht auf, zumal die anderen Schauspieler einfach schlecht sind, meist nicht wissen, wo sie mit ihren Gliedmaßen hin sollen. Am Einschlafen hindert lediglich ein nervtötendes Jammer-Geigen-Motiv von Saint-Saëns. Denn jegliche Spannung ist der Handlung genommen, weil Faßbinder die beiden Hauptpersonen der Fontaneschen Handlung, Effi und ihren Mann Instetten, wie mit einem Seziermesser von sämtlichen persönlichen Beziehungen und gesellschaftlichen Bindungen abtrennt. Was bleibt, ist ein ober-

flächliches Psychogramm der beiden Protagonisten, das nur durch einen Seitensprung zum Thema wird; das Ganze verpackt in eine Handlung, die bei Faßbinder im Gegensatz zur Fontane tatsächlich so karg ist wie ihre Darstellung in der jüngst bei Hanser erschienenen Monographie über das verhätschelte Jungfilmkind der Kino-Kritik: „Die siebzehnjährige Effi Briest (Hanna Schygulla) wird mit dem zwanzig Jahre älteren Baron Geert von Instetten (Wolfgang Schenck) verheiratet. Effi fühlt sich in ihrer neuen Heimat, einem kleinen Ostsee-Badeort, einsam. Sie ist unglücklich, ohne es sich immer ganz einzugestehen, weil sie sich von ihrem prinzipientreuen und ehrgeizigen Mann, trotz erwiesener Zuneigung, nicht wirklich geliebt weiß. Zunächst nur Abwechslung, dann Verwirrung, bringt die Bekanntschaft mit dem neuen Bezirkskommandeur Major Crampas (Ulli Lommel), dem auch ihr Mann sich freundschaftlich verbunden fühlt. Zwischen Effi und Crampas entwickelt sich eine zwischen Tändelei und Leidenschaft pendelnde Beziehung, die mit dem Umzug der Familie Instetten nach Berlin endet. Instetten entdeckt nach sechs Jahren zufällig jene frühere Beziehung zwischen Crampas und seiner Frau. Er fordert Crampas zum Duell und tötet ihn. Er verstößt Effi, behält aber die Tochter Annie und erzieht sie in einer Art Abwehr gegen ihre Mutter. Effis Lebenswillen und Lebenskraft sind gebrochen, nach etwa einem Jahr stirbt sie.“ Das also ist Faßbinders ausgesprochen traniger Beitrag zur Nostalgie-Welle. Wenn er etwas wert ist, dann höchstens als Anlaß, Fontanes Roman zu lesen (vor allem denjenigen zu empfehlen, denen „Effi Briest“ durch unfähige Deutschlehrer vergällt wurde).

Hartmut Schulze

Faßbinders ausgeprochen traniger Beitrag zur Nostalgie-Welle

rote blätter

Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus

Gewinner der Abo-Preisverlosung

61 Preise
verlost!



1. Preis:
Stemme, Jan, Stuttgart

Am Freitag, den 30. August, wurden die Gewinner in der Abo-Preisverlosung gezogen. Denn mit dieser Ausgabe 20 der roten blätter kann man die roten blätter zum Preis von 8,44 DM einschließlich Porto abonnieren! Zur Vorbereitung dieses Abo-Wettbewerbes hatten die roten blätter 61 Preise ausgeschrieben. Als ersten Preis eine Reise nach Moskau zu den Oktoberfeierlichkeiten. Weiter 20 Büchergutscheine im Wert von je 15 DM. Und 40 Freilabonnements. Die Büchergutscheine können in allen collectiv-Buchläden eingelöst werden.

Brigitte Bous, Vorsitzende der Spartakus-Gruppe am Bonner Abendgymnasium, zieht den Hauptgewinn.

Bücherpreise

1. Bartusch, Annegret, Osnabrück
2. Beyer, Marita, Münster
3. Classen, Dieter, Düsseldorf
4. Darksen, Heinz, Kleve-Keeken
5. Deutschen, Peter, Saarbrücken
6. Fischer, Gerd, Nürnberg
7. Groß, Wolf-D., Münster
8. Harder, Heiner, Hildesheim

9. Koch-Schulte, Birgit, Münster
10. Kontny, Karl, Tittau
11. Krämer, Ines, Mannheim
12. Lanninger, Angelika, Saarbrück.
13. Matecki, Christa, Duisburg
14. Mies, Thomas, Münster
15. Pogrzeba, Michael, Senden
16. Rohlfing, Wolfgang, Hamburg
17. Schäfer, Eberhard, Ffm.-Nied
18. Scheeren, Dieter, Karlsruhe
19. Schneller, Wolfgang, München
20. Winzen-Gossmann, Brigitte, Gießen

Abos

1. Aligner, Sepp, Grünthal
2. Alt, Karla, Mährlerten
3. Althof, Wolfgang, Hamburg
4. Asdonk, F.-J., Aachen



5. Bergmann, Christel, Essen
6. Billstein, Heinrich, Marburg
7. Drabant, Lilo, Ludwigshafen
8. Fischle, Brigitte, Stuttgart
9. Freitag, Jutta, Münster
10. Gehringhof, Lothar, Paderborn
11. Gräsel, Horst, Mannheim
12. Greve, Friedrich, Kassel
13. Grisow, Ingrid, Münster
14. Huhn, Michael, Gießen
15. Jakubowski, Klaus, Bremen
16. Jung, Gaby, Siegen
17. Klauck, Ingeborg, Stuttgart
18. Kraus, Regina, Freiburg
19. Krüger-Kirchhoff, I., Everswinkel
20. Lange, Dietmar, Langen
21. Littmann, Hamburg
22. Loeckle, Eva, München
23. Meine, Renate, Göttingen
24. Menges, Rosi, Heidelberg
25. Möhn, Nahmen, Hamburg
26. Müllerleile, Uli, Gießen
27. Ortman, Manfred, Hannover
28. Pape, Heinz, Regensburg
29. Pielsticker, H.-J., Mainz-Finthen
30. Pol, Bernd, Marburg
31. Przybilla, Norbert, Rebensburg
32. Radloff, Irene, Heidelberg
33. Reiss, Mathias, Regensburg
34. Rieke, Wolfgang, Bremen
35. Röhl, Ilonka, Bochum
36. Schallinski, Elisabeth, Paderborn
37. Scholz, Dieter, Marburg
38. Seldel, Elisabeth, Marburg
39. Tietze, Uwe, Göttingen
40. Wender, Herbert, Saarbrücken

rote blätter

Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus

Bestellkarte

- ☐ Ich bestelle ab Nr. bis auf Widerruf — jedoch mindestens für 1 Jahr (Jahresabo: 8,— DM und Porto)
- ☐ Ich bitte um Zusendung eines Einzelheftes (1,— DM und Porto)
- ☐ Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial
- ☐ Ich möchte zur Mitgliederversammlung des MSB Spartakus eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied des MSB Spartakus werden

(Zutreffendes ankreuzen)

Name:

Anschrift:

Unterschrift:

Studentenmagazin
rote blätter
Organ des MSB Spartakus

53 Bonn
Postfach

Demokratische Erziehung

Neu!

Eine politisch-wissenschaftliche
Zweimonatszeitschrift für das gesamte
Erziehungs- und Bildungswesen

Erscheint ab Januar 1975

Für Wissenschaftler und Studenten,
für Lehrer und Sozialpädagogen

Für alle im Erziehungsbereich Tätigen

Informiert über pädagogische
Erfahrungen und über die
Bildungspolitik des In- und Auslands

Analysiert neue wissenschaftliche
Ansätze und stellt demokratische
Alternativen zur Diskussion

Im Abonnement DM 3.50

Studentenabonnement DM 3.—,
im Buchhandel DM 5.—

○ Ich bestelle die Zweimonatszeitschrift „Demokratische Erziehung“

a) zum Preis von 3,50 DM zuzüglich Porto gegen jährliche Verlagsrechnung

b) als Studenten, Schüler, Wehrpflicht- oder Ersatzdienstleistender
zum ermäßigten Preis von 3,— DM zuzüglich Porto gegen jährliche
Verlagsrechnung

○ Ich bitte um ein Probeexemplar des ersten Heftes „Demokratische Erziehung“

Name:

Straße:

Wohnort:

Unterschrift:



An Pahl-Rugenstein-Verlag,
5 Köln 51, Vorgebirgsstraße 115

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

1/75